



50. Sitzung

Mittwoch, 23. Januar 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilung der Präsidentin Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	3817	Metin Hakverdi SPD Birgit Stöver CDU Dr. Kurt Duwe FDP Heike Sudmann DIE LINKE Frank Horch, Senator	3825, 3832 3827, 3832, 3834 3828 3829, 3833 3829
Aktuelle Stunde	3817		
Fraktion der CDU:		Fraktion der FDP:	
Die Luftbuchungen des Senats bei Straßeninstandsetzung und Grundsanierung		Hamburgs Infrastrukturausbau im grünen Würgegriff – was tut der Senat gegen Blockaden aus Kiel und Hannover?	
Klaus-Peter Hesse CDU	3817, 3822	(Fortführung am 24.01.2013)	
Martina Koeppen SPD	3818, 3824	Fraktion der SPD:	
Dr. Till Steffen GRÜNE	3819	In Hamburg klappt die Energie- wende	
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	3820	(Fortführung am 24.01.2013)	
Heike Sudmann DIE LINKE	3820	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Frank Horch, Senator	3821	Fortführung der Verhandlungen zur Elbphilharmonie hier: Übermittlung eines aktua- lisierten Angebotes durch HOCHTIEF	
GRÜNE Fraktion:		– Drs 20/6480 –	3834
Wilhelmsburger Reichsstraße: SPD verschaukelt die Bürgerin- nen und Bürger		dazu	
mit			
Fraktion DIE LINKE:			
Wilhelmsburger Reichsstraße: Senat lässt BürgerInnen planen und plant dann ohne sie!			
Dr. Till Steffen GRÜNE	3824, 3831		

Antrag der Fraktionen der CDU,
GRÜNEN, FDP und LINKEN:

**Aktenvorlageersuchen nach
Artikel 30 Hamburgische Ver-
fassung zur "Neuordnung zum
Fortgang des Projektes Elb-
philharmonie"**

– Drs 20/6644 – 3835

Dr. Eva Gümbel GRÜNE 3835

Gabi Dobusch SPD 3836

Dietrich Wersich CDU 3837, 3848

Katja Suding FDP 3840

Norbert Hackbusch DIE LINKE 3841, 3851

Barbara Kisseler, Senatorin 3842

Anja Hajduk GRÜNE 3844, 3851

Dr. Andreas Dressel SPD 3846

Robert Bläsing FDP 3849

Ole Thorben Buschhüter SPD 3852

Beschlüsse 3852

Antrag der FDP-Fraktion:

**Hamburg braucht einen Ma-
sterplan zur Sanierung von
Gehwegen, Radwegen und
Straßen**

– Drs 20/6482 – 3853

Beschluss 3853

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Flächendeckende Begrenzung
der Kappungsgrenze auf
15 Prozent in drei Jahren**

– Drs 20/6465 – 3853

mit

Antrag der CDU-Fraktion:

**Mietenstabilität – Während der
Senat noch an sinnvollen Maß-
nahmen werkelt, werden im
Bundestag die richtigen Ent-
scheidungen getroffen**

– Drs 20/6349 – 3853

und

Antrag der SPD-Fraktion:

**Weiter für Verbesserungen im
Mieterschutz eintreten – Ver-
ordnungsermächtigung für ab-
gesenkte Kappungsgrenze auf-
greifen**

– Drs 20/6470 – 3853

Heike Sudmann DIE LINKE 3853, 3855,

3859

Dirk Kienscherf SPD 3854

Hans-Detlef Roock CDU 3856, 3859

Olaf Duge GRÜNE 3857

Dr. Kurt Duwe FDP 3858

Jutta Blankau, Senatorin 3858

Beschlüsse 3859

Senatsantrag:

**Errichtung der Hamburgischen
Investitions- und Förderbank
(IFB)**

– Drs 20/6335 – 3860

dazu

Antrag der FDP-Fraktion:

**Hamburgs Mittelstand braucht
keine neue Staatsbank!**

– Drs 20/6621 – 3860

Andrea Rugbarth SPD 3860

Karin Prien CDU 3861

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE 3862

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 3863

Kersten Artus DIE LINKE 3864

Dr. Peter Tschentscher, Senator 3865

Beschlüsse 3866

Bericht des Verfassungs- und Be-
zirksausschusses über die Drucksache
20/4316:

**Verlängerung der Wahlperiode
(Antrag der CDU-Fraktion)**

– Drs 20/6458 – 3867

dazu

Antrag der Fraktionen der SPD,
CDU und GRÜNEN:

**Verlängerung der Wahlperiode
– Anpassung von Fristen**

– Drs 20/6629 – 3867

André Trepoll CDU 3867

Barbara Duden SPD	3868	Beschlüsse	3877
Dr. Till Steffen GRÜNE	3868		
Carl-Edgar Jarchow FDP	3869		
Dora Heyenn DIE LINKE	3869	Antrag der CDU-Fraktion:	
		Hamburg – Metropole der Chancen weiter als Mediationsstandort stärken	
Beschlüsse	3870	– Drs 20/6469 –	3878
Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses zum Thema:		Beschluss	3878
Ruhegehälter und Übergangsgelder für Senatorinnen und Senatoren sowie Staatsrätinnen und Staatsräte – Altersgrenze und Anrechnungsvorschriften (Selbstbefassungsan gelegenheit)			
– Drs 20/5955 –	3870		
dazu			
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und LINKEN:			
Maßvolle Korrekturen bei der Altersversorgung für Senatsmitglieder – Änderung des Senatsgesetzes			
– Drs 20/6640 –	3870		
und			
Antrag der Fraktion DIE LINKE:			
Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Senatsgesetzes: Absenkung der Amtsbezüge und maßvolle Anpassung der Versorgungsregelungen für Senatsmitglieder an die Lebenswirklichkeit Hamburger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer			
– Drs 20/6641 –	3870		
dazu			
Antrag der GRÜNEN Fraktion:			
Neuregelung der Ruhegeldansprüche muss auch für den amtierenden Senat gelten			
– Drs 20/6643 –	3871		
Dr. Andreas Dressel SPD	3871		
André Trepoll CDU	3872		
Jens Kerstan GRÜNE	3872		
Katja Suding FDP	3874		
Dora Heyenn DIE LINKE	3874		

Beginn: 15.01 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Beginnen möchte ich mit Glückwünschen. Diese richten sich an unseren Kollegen Gert Kekstadt, der heute einen runden Geburtstag feiert. Lieber Herr Kekstadt, im Namen des ganzen Hauses die allerherzlichsten Glückwünsche.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich noch einen organisatorischen Hinweis geben, damit es nicht zu Irritationen kommt. Während der heutigen Sitzung werden sich zwei Kameraleute ausnahmsweise frei im Plenarsaal bewegen, also auch zwischen den Abgeordnetenbänken, hinten auf der Präsidiumsbank und so weiter. Dies dient lediglich der Aktualisierung unseres Bürgerschaftsfilms.

Jetzt können wir noch weitere Glückwünsche aussprechen, und zwar an unseren Kollegen Heiko Hecht, der bereits im Dezember Vater einer Tochter mit dem Namen Clara geworden ist. Herzlichen Glückwünsch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bevor wir mit der Aktuellen Stunde beginnen, teile ich Ihnen mit, dass die Fraktion DIE LINKE ihre Anträge aus den Drucksachen 20/6461 und 20/6462 zurückgenommen hat, das sind die Tagesordnungspunkte 79 und 80.

Dann kommen wir zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Die Luftbuchungen des Senats bei Straßeninstandsetzung und Grundsanierung

von der GRÜNEN Fraktion

Wilhelmsburger Reichsstraße: SPD verschaukelt die Bürgerinnen und Bürger

von der FDP-Fraktion

Hamburgs Infrastrukturausbau im grünen Würgegriff – was tut der Senat gegen Blockaden aus Kiel und Hannover?

von der Fraktion DIE LINKE

Wilhelmsburger Reichsstraße: Senat lässt BürgerInnen planen und plant dann ohne sie!

und von der SPD-Fraktion

In Hamburg klappt die Energiewende

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite und vierte Thema gemeinsam zu debattieren. Ich rufe das erste Thema auf. Herr Hesse, Sie haben das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den vielen Glückwünschen, die wir gehört haben, kann ich leider nichts weiter Erfreuliches zu diesem Thema beitragen.

(*Dr. Martin Schäfer* SPD: Das kennen wir!)

Es ist schon etwas Besonderes, wenn eine Fraktion wie die FDP ein sehr wichtiges Thema zur Debatte anmeldet und die CDU sich trotzdem entscheidet, dieses Thema auch noch zur Aktuellen Stunde anzumelden. Das zeigt, wie sehr dieser Senat bei Straßeninstandsetzungen und Sanierungen bisher versagt hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Die letzten Wochen und Monate haben es gezeigt. Ich habe zu diesem Thema zwei Schriftliche Kleine Anfragen an den Senat gestellt, die vom Senat gut beantwortet wurden, was die Zahlen angeht, schlecht aber, was Ihre politische Arbeit und Ihr bisheriges politisches Wirken in diesem Bereich betrifft. Es ist deutlich geworden, dass die großen Ankündigungen des Bürgermeisters in seiner Regierungserklärung, mehr in die Substanz von Straßen zu investieren, nicht erfüllt worden sind. Im Gegenteil, dieser Senat schafft es nicht, die zur Verfügung gestellten Mittel abzurufen und dort zu investieren, wo sie hingehören: in unsere Straßen und Radwege.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Mit der Ankündigung des Bürgermeisters, der seit mittlerweile fast zwei Jahren nichts gefolgt ist, hat die SPD die Hamburgerinnen und Hamburger getäuscht. Sie haben angekündigt, in die Substanz zu investieren und dass mehr getan werde als unter Schwarz-Grün. Aber das Gegenteil ist der Fall, Sie haben versagt.

(Beifall bei der CDU und bei *Katja Suding* FDP)

Woran liegt es? Mehrere Millionen Euro – und wir unterhalten uns jetzt nicht über ein paar Hunderttausend – konnten 2012 nicht wie angekündigt investiert werden, da entweder zu wenig Personal im Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer oder auch in den Bezirken für die Umsetzung zur Verfügung stand. Die groß angekündigten Investitionen in unsere Straßen, für die Sie sich hier mehrfach belobigt haben, sind gescheitert, bevor sie überhaupt begonnen wurden. Die SPD schafft es

(Klaus-Peter Hesse)

nicht einmal, das haben die letzten Wochen und Monate gezeigt, die größten Schlaglöcher zu stoppen und weiß sich nur mit Straßensperrungen zu helfen. Das ist katastrophal für die Wirtschaft und unseren Wirtschafts- und Logistikstandort,

(Karin Timmermann SPD: Ausgerechnet Sie müssen das sagen!)

und das ist ein volkswirtschaftlicher Schaden, den Sie produzieren, liebe Frau Timmermann, und für den Sie die Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nicht auf die gesamten Anzeigen eingehen, die der Senat mittlerweile für den schlechten Zustand der Straßen erhalten hat, und ich will auch nicht sämtliche Straßensperrungen aufzählen, die mir in der Schriftlichen Kleinen Anfrage mitgeteilt wurden. Ich möchte Ihnen nur Ihren eigenen Spiegel vorhalten, denn der Senat hat in der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage sehr deutlich gemacht, woran es liegt: Die Bezirke haben entweder andere Prioritäten oder es herrscht, wie im Bezirk Hamburg-Nord, Personalmangel, es gibt zu wenig Menschen, die das machen können, oder es gibt schlechte Konditionen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Landesbetrieb hat diverse Stellenausschreibungen vorgenommen, um Personal zu finden, und ist daran gescheitert.

Jetzt könnte man eigentlich denken, dass dieser Senat sagt: Wir haben Geld im Haushalt eingestellt, wir können es nicht abrufen, weil zu wenig Personal da ist, dann müssen wir wohl ein bisschen kreativ sein und überlegen, ob wir externe Aufträge vergeben, damit irgendjemand anderes die Arbeit macht, die wir nicht machen können. Pustekuchen, auch das ist nicht geschehen. Das Geld ist im Haushalt gehortet worden, Sie schieben es vor sich her wie einen Berg, und die Verlierer sind die Autofahrerinnen und Autofahrer, die Radfahrerinnen und Radfahrer und auch die Fußgänger, die sich auf schlechten Straßen und Wegen in unserer Stadt fortbewegen müssen,

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Christiane Schneider DIE LINKE: Fußgängerinnen auch!*)

denn wenn das Personal knapp ist, werden auch wenig Fußwege instandgesetzt. Jetzt könnte man denken, dass die SPD verstanden hat und im Haushalt entsprechende Korrekturen vornimmt, aber Pustekuchen. Die SPD-Fraktion hat noch Haushaltsanträge gestellt, dass sie weitere Radwege bauen und weiter Geld in die Straßen stecken will. Man hat einfach noch ein bisschen Geld draufgeschaufelt. Ich prognostiziere Ihnen, dass Sie es nicht schaffen werden, dieses Geld im Jahr 2013 abzuführen. Dieses Geld wird nicht in die Straßen und Wege investiert werden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Doch, darauf können Sie wetten!)

Sie haben versagt und eine Luftbuchung vorgenommen, und dafür werden Sie zu gegebener Zeit von den Wählerinnen und Wählern die Quittung erhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Frau Koeppen das Wort.

Martina Koeppen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder erstaunlich, mit welcher Bravour sich Herr Hesse in die Bütt stellt

(Beifall bei der CDU)

und behauptet, dass das Handeln des Senats skandalös sei. Aber Ihre Rede, Herr Hesse, zeigt auch, wie wenig informiert Sie sind. Das, was Sie eben gesagt haben, geben die Antworten auf Ihre Schriftlichen Kleinen Anfragen nicht her.

(Beifall bei der CDU)

Bei Ihren Ausführungen verwechseln Sie stets Ursache und Wirkung. Das Handeln in Ihrer Regierungszeit war skandalös, und diese Folgen müssen wir nun beseitigen.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD: Richtig!*)

Meine Lieblingslektüre zu diesem Thema ist immer wieder der Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2010, zehn Seiten schwarz auf weiß, auf denen die Ursache exakt nachzulesen ist. Auf Seite 125, das sollten Sie sich einmal anschauen, sind zwei Diagramme zu sehen. Dort sind die Investitionsmittel und die Betriebsmittel angegeben, und die Trendlinie zeigt klar in den negativen Bereich. Das sind die Zahlen von 2000 bis 2008. Das, Herr Hesse, ist die Ursache dafür, warum Sie gefühlt immer im Stau stehen.

(Beifall bei der SPD)

Der eigentliche Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, ist, dass Sie es in Ihrer Regierungszeit versäumt haben, in die Hamburger Straßen und die Rad- und Gehwege zu investieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie haben es während Ihrer Regierungszeit geschafft, das Anlagevermögen in Grund und Boden zu wirtschaften, und das bringen wir jetzt in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Nach Ihrem heutigen Redebeitrag, Herr Hesse, wird die Strategie der ehemaligen CDU-Regierungssenate immer deutlicher: Wenn man keine

(Martina Koeppen)

Schlaglöcher beseitigt, dann gibt es auch keine Baustellen, und wo keine Baustellen sind, da gibt es auch keine Staus.

Ein weiterer positiver Effekt dieser Strategie war dann wohl auch, dass Sie mit dem eingesparten Geld Ihre Leuchtturmprojekte finanzieren konnten, und das ist der wirkliche Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Anstatt nun zu sagen, dass der SPD-Senat auf dem richtigen Weg ist und dass Sie diesen dabei unterstützen, schwingen Sie nur große Reden. Das reicht nicht.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Skandal!)

So verdeutlichen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, wieder einmal sehr genau, dass Sie nicht regierungsfähig sind.

Genauso sieht es bei Ihrer Wohnungsbaubilanz aus, Tendenz negativ. Sie prangern an, dass sich die Ingenieure in den Bezirken um die Erschließung von Bauvorhaben kümmern. Aber warum denn? Weil Sie es während Ihrer Regierungszeit nicht geschafft haben, genügend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Auch dies ist ein Skandal, und auch das bringt der Senat jetzt in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein kleiner Hinweis: Andere Parteien aus diesem Hause unterstützen den Senat bei diesen Bemühungen. Entsprechende Anträge der GRÜNEN und der FDP haben oder werden wir an den zuständigen Fachausschuss überweisen.

Aus Fehlern kann man lernen, und jetzt haben Sie von der CDU die Wahl: Entweder unterstützen Sie den Senat oder Sie prangern weiterhin Ihr eigenes Versagen an.

(Beifall bei der SPD)

Diese Entscheidung liegt ganz allein bei Ihnen. Wir werden jedenfalls weiterhin den eingeschlagenen Weg gehen, die Hamburger Infrastruktur wieder in Ordnung bringen und ausreichend Wohnraum schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Herr Dr. Steffen das Wort.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von dem, was Herr Hesse gesagt hat, war vieles richtig, aber nichts neu, und von dem, was Frau Koeppen gesagt hat, war nichts neu und auch nicht alles richtig.

(Zurufe von der SPD)

Richtig ist, dass in der Tat über Jahre zu wenig in die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur investiert wurde – darüber reden wir auch noch beim übernächsten Thema –, und zwar unter SPD- und unter CDU-Senaten. Es wurde aber ganz elegant ausgelassen, dass die Trendumkehr bei den Investitionen ausgerechnet unter einer grünen Verkehrs-senatorin vorgenommen wurde. Der schwarz-grüne Senat hat die Trendumkehr eingeleitet und das hat die SPD jetzt noch ein bisschen verstärkt.

(Zurufe von der SPD)

Aber die SPD sollte den Mund nicht ganz so voll nehmen, denn wir haben deutlich gesehen, dass es bislang nicht gelingt, die erhöhten Mittel wirklich auf die Straße zu bringen. Das liegt an Schwierigkeiten bei der Verwaltungsorganisation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen: Erst die Hausaufgaben machen und dann den Mund voll nehmen.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GRÜNE)

Man fragt sich, wieso die CDU dieses Thema anmeldet, wenn es gar nichts Neues zu sagen gibt, aber Herr Hesse hat gleich im ersten Satz offengelegt, dass es eine kleine Konkurrenz zwischen der FDP und der CDU gibt. Die FDP hat an recht guter Stelle eine Debatte zur Straßensanierung angemeldet und einen Antrag erstellt,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das hat Herr Hesse nicht auf sich sitzen lassen!)

und wenn wir die Debatte vorwegnehmen wollen, dann können wir das gleich machen.

Die FDP hat nämlich das gleiche Problem. Alle halten es für ein Thema, können aber auch nur sagen, dass die Strukturen in Ordnung gebracht werden müssen. Also erstens muss ausreichend Geld da sein, das haben wir jetzt, und zweitens müssen vernünftige Strukturen existieren.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist doch schon mal was, wir haben genug Geld! Da können sich die GRÜNEN doch immer drüber freuen!)

– Wir freuen uns schon seit der letzten Wahlperiode, dass es genug Geld gibt, und wir würden uns noch mehr freuen, wenn die SPD tatsächlich Verwaltungskompetenz hätte und das so in die Wege leiten würde, dass es etwas bringt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So einfach ist die Sachlage. Dann überlegt sich die FDP, was man zu dem populären Thema noch machen kann, und kommt mit einem Masterplan. Es ist erstaunlich, dass dieser Masterplan ausgerechnet von der FDP kommt. Bislang hatte ich nicht gedacht, dass ausgerechnet Sie Anhänger von Bürokratie und Sozialismus sind. Wir sollen jetzt noch

(Dr. Till Steffen)

mehr Verwaltungsmitarbeiter haben und eine Masterplan-Behörde schaffen, die dann schaut, wie die Leute ihre Arbeit machen. Am besten sollten wir noch eine Planstelle schaffen, damit die Anfragen von Herrn Schinnenburg immer beantwortet werden können, und dann geht es richtig voran.

Das Modell der Fünfjahrespläne hat sich bekanntermaßen nicht ganz bewährt. Wir sollten also eher darauf achten, dass die Ressourcen dahin gehen, wo die Fachleute das Geld auf die Straße bringen. Wir haben kompetente Leute in den Bezirken und beim Landesbetrieb, aber nicht genug. Wenn diese tatsächlich ihre Arbeit machen können, dann ist es gut, und wir sollten sie nicht damit von der Arbeit abhalten, dass sie noch mehr Daten zusammentragen. Diejenigen, die ihre Arbeit machen müssen, wissen, was zu tun ist, sie haben einen guten Überblick. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Schinnenburg hat nun das Wort.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Jetzt kommt der Masterplan!)

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst vielen Dank an Herrn Steffen, dass er mich schon angekündigt hat. Ich nehme immer gern zur Kenntnis, dass jemand meine Schriftlichen Kleinen Anfragen liest.

Herr Hesse, rufen Sie bei Wikipedia doch einmal das Wort "Luftbuchung" auf. Sie werden folgende Erklärung finden – Zitat –:

"Eine Luftbuchung beschreibt in der Buchführung eine Buchung ohne einen tatsächlichen [...] Hintergrund."

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Ja, genau!)

Lieber Herr Hesse, wollen Sie mit Ihrer Themenanmeldung etwa sagen, dass die Haushaltsansätze des Senats für Straßensanierung keinen wichtigen Hintergrund haben? Das glaube ich nicht, ganz im Gegenteil, es gibt einen ganz herausragenden Hintergrund für diese Haushaltsansätze. Ihre Wortwahl ist da nicht ganz angemessen.

Wir stellen alle einen Verfall der Hamburger Straßen, eine Gefahr für Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer fest. Das ist unstrittig. Was mich stört, und das kam gerade bei den ersten drei Debattenbeiträgen deutlich zum Vorschein, ist das alte Strickmuster. Die CDU zeigt auf die SPD, die SPD zeigt auf die CDU und auf die Bezirke, und alle zusammen sind ganz traurig, dass das gemeine Wetter so blöd ist nach dem Motto: Alle reden von der Erderwärmung, und wir werden vom bösen Frost gequält.

Meine Damen und Herren! So geht es nicht weiter. Den Leuten ist es auf Deutsch gesagt egal, wer an dem Straßenzustand schuld ist, sie wollen, dass endlich etwas passiert. Sie wollen nach vorn schauen und nicht zurück, und sie haben die Nase voll vom Schwarzer-Peter-Spiel. So geht es mir auch.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie uns alle etwas Luft ablassen und gemeinsam etwas für die Bürger tun.

Die FDP versteht sich, wie Sie wissen, als konstruktive Opposition. Wir kritisieren dann, wenn es etwas zu kritisieren gibt, wir loben dann, wenn es etwas zu loben gibt, und wir machen eigene Vorschläge. In diesem Fall greifen wir zur dritten Kategorie und machen eigene Vorschläge. Die FDP hat, wie Herr Steffen schon erwähnte, einen Antrag eingebracht. Wir wollen einen Masterplan erstellen. Herr Steffen, das ist einfach notwendig und hat nichts mit Bürokratie zu tun. Auf eine meiner Schriftlichen Kleinen Anfragen, die Sie gerade erwähnt haben, nämlich die Drucksachen 20/6350 und 20/6351, kam heraus, dass der Senat nicht einmal weiß, wo die Straßenschäden sind. Dann ist es doch naheliegend, die zuständige Behörde zunächst damit zu beauftragen, dieses festzustellen. Das ist unser erster Punkt, die Bestandsaufnahme aller Schäden. Der zweite Punkt ist die Kategorisierung aller Schäden, denn diese sind sicher nicht alle gleichwertig. Der dritte Punkt ist die Ermittlung aller Kosten für die Beseitigung jedes einzelnen Schadens und der vierte Punkt ein Zeit- und Maßnahmenplan. So geht man verantwortlich mit Problemen und vor allem auch mit dem Steuergeld um. Die FDP bietet dem Senat und der SPD die Zusammenarbeit an.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sehr gut!)

Um nicht missverstanden zu werden: Es gibt einiges an der Verkehrspolitik des Senats auszusetzen. Der Senat tut nichts gegen Staus

(*Jan Quast SPD:* Ich denke, Sie wollen mehr bauen!)

und setzt auf ein völlig missratenes Busbeschleunigungsprogramm. Aber der jämmerliche Zustand der Hamburger Wege sollte für uns alle Anlass sein, gemeinsam etwas zu tun. Das ist allemal besser als warme Luft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Sudmann das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Schönen guten Tag allerseits! Ich weiß nicht, ob Sie sich noch daran erinnern: Vor knapp vier Wochen haben wir hier zusammengenessen, also gar nicht so lange her, und den Haushalt nicht verabschiedet, bezie-

(Heike Sudmann)

hungsweise eine Fraktion hat den Haushalt verabschiedet.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hat ja auch erreicht!)

– Ja.

Wir haben lange im Vorwege über Verkehrspolitik gesprochen und festgestellt, dass dieser Senat trickst,

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist ja nichts Neues!)

indem er zum einen viele Reste hat bestehen lassen, auch Reste an Geldern, die er von Schwarz-Grün übernommen hat, weil Schwarz-Grün es auch nicht geschafft hat, alles Geld in die Straßeninstandsetzung zu investieren. Das haben wir alles debattiert und festgestellt, dass das Tricksen darin besteht, einerseits das Geld nicht auszugeben und auf den nächsten Haushalt zu verschieben, aber andererseits kein Personal zu haben. Ich frage mich darum, worin der Sinn der Debatte liegt. Ich habe es nun verstanden, der Sinn der Debatte liegt darin, dass CDU und FDP eine Konkurrenz haben und die GRÜNEN noch einmal sagen müssen, dass alles gar nicht so schlecht war. Das aber hilft den Straßen in Hamburg sehr wenig.

(Beifall bei der LINKEN)

Lieber Herr Dressel, seien Sie nicht so schüchtern, Sie dürfen auch klatschen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt kommt der Fünfjahresplan!)

Jetzt kommt das Aber. Der Rechnungshof hat in seinem Bericht 2010 festgestellt, dass ein enormer Werteverfall vorliegt; das hat Frau Koeppen auch angesprochen. Deswegen herrscht in diesem Haus ausnahmsweise eine große Einigkeit dabei, dass dort Geld investiert werden muss, weil etwas verfällt. Aber fast alle von Ihnen haben eben Krokodilstränen vergossen. Fast alle von Ihnen sind schon immer für Personalabbau gewesen oder sind jetzt für Personalabbau, und fast alle von Ihnen sind für die Schuldenbremse, und dann wollen Sie mehr Geld haben. Sie können aber nicht beides haben, auch nicht in einer so verkehrten Debatte, wie sie hier heute geführt wurde.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Senator Horch.

Senator Frank Horch:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Im Winter

(Olaf Ohlsen CDU: Der Winter ist kalt!)

wirft man dem politischen Gegner vor, dass er sich nicht um die Straßenschäden kümmert, und im Sommer hält man ihm Baustellen vor, weil sie

Staus verursachen. Wenn sich die Opposition jetzt wieder einmal des Straßenbaus erinnert, weil es Winter ist und Frostschäden auftreten, dann zeigt sich, dass Sie lediglich an einem kurzfristigen Schlagzeilenerfolg oder am Taktieren interessiert sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie, meine sehr geehrten Abgeordneten der CDU-Fraktion, machen da leider keine Ausnahme. Wie ernst das gemeint ist, wird für mich immer noch nicht ganz klar.

Ich nenne Ihnen zwei Beispiele. Ich habe mich erkundigt, weil ich früher noch nicht dabei war, und habe nachgelesen. In einer Aktuellen Stunde im September 2004 hat ein CDU-Abgeordneter gesagt – ich zitiere wörtlich –:

"Bleiben wir bei den Tatsachen und bei der Wahrheit, die jeder auf unseren Straßen feststellen kann. In vielen Bereichen unserer Stadt befinden sich unsere Straßen und leider auch unsere Radwege in einem erbärmlichen Zustand."

Ganze sieben Jahre später kam ebenfalls in einer Aktuellen Stunde diese Aussage, wieder von einem CDU-Abgeordneten – ich zitiere noch einmal wörtlich –:

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wahrscheinlich wieder derselbe!)

"Sie können Geld en masse zur Verfügung stellen und immer wieder versuchen, die Löcher auf den Straßen zu stopfen und auf irgendeine Art und Weise die Schäden einzudämmen. Das Problem ist aber, dass die Straßen grundlegend saniert werden müssen. Diese grundlegende Sanierung wird bei derart großen Schäden kaum in der kurzen Zeit möglich sein."

(Beifall bei Klaus-Peter Hesse CDU)

Das ist nach wie vor die Grundproblematik und Ausgangssituation. Recht haben Sie, meine Damen und Herren, die Frage ist nur, was Sie in den Jahren 2001 bis 2011 gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Politik, und das wird täglich deutlich, keine Schaufensterreden und kein politisches Taktieren. Sie erwarten, dass Sie die Herausforderungen sachlich angehen und die Probleme mit Augenmaß zur Lösung bringen. Das Grundproblem ist, das wissen Sie alle hier, was der Rechnungshof mehrmals gesagt hat: Es ist zu lange nicht in Sanierung und Instandsetzung investiert worden. Das ist eines der Grundprobleme in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

(Senator Frank Horch)

Wir haben jetzt dafür gesorgt, dass die Instandsetzung strategisch ins Visier genommen wird. Der Senat hat sich vorgenommen, die Straßeninfrastruktur grundlegend wiederherzustellen. Das erfordert ein insgesamt strukturiertes Vorgehen, fangen wir an mit dem Organisatorischen.

Wir haben sehr schnell dafür gesorgt, dass das Amt für Verkehr wieder einen Leiter bekommt. Das ist vorher dreimal in einem Ausschreibungsverfahren gescheitert. Wir haben für eine Personalaufstockung im Ingenieurbereich des LSBG gesorgt, und wir werden beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer ein sogenanntes Erhaltungsmanagement einrichten, das sowohl kurzfristiges als auch langfristiges Handeln, was Sanierung und Instandsetzung angeht, ermöglicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden uns ganz genau ansehen, welche weiteren organisatorischen Änderungen zur Optimierung und für die Planungs- und Abstimmungsprozesse erforderlich sind. Das hat am Ende auch etwas mit Personal zu tun.

Wir haben auch dafür gesorgt, dass der Straßenunterhaltung und -instandsetzung mehr finanzielle Mittel beigemessen werden; das ist überall sichtbar. Außerdem sind wir dabei, die aufgestauten Haushaltsreste der Vorjahre abzubauen. Es ist jedoch nicht damit getan, in Sofortprogrammen wie vor 2012 das Geld sinnlos auf die Straße zu bringen.

(Roland Heintze CDU: Sondern einfach gar nicht!)

Hamburg benötigt eine generelle Untersuchung über das 550 Kilometer lange Hauptverkehrsstraßennetz. Die letzte Untersuchung fand im Jahre 2008 statt. Wir haben deshalb Ende letzten Jahres eine Zustandserfassung unserer Hauptverkehrsstraßen vorgenommen. Diese wird zurzeit ausgewertet und in einigen Wochen vorliegen. Wir werden die Ergebnisse im Detail auswerten und diese Erkenntnisse nutzen, um die Maßnahmen nach entsprechenden Dringlichkeiten zu entwickeln. Wir möchten das System über die Hauptverkehrsstraßen ausweiten und wichtige Bezirksstraßen mit aufnehmen. Hier sind wir auf das Mitwirken der Bezirke angewiesen. Außerdem muss unter anderem die Wegeaufsicht durch eine höhere Anzahl und eine bessere Qualifikation der Wegewarte optimiert werden, um die Aussagen weiter zu verdichten.

(Olaf Ohlsen CDU: Traumtänzer!)

Über all diese Maßnahmen – ich könnte noch einiges mehr erzählen – werden wir sicherlich zeitnah im Verkehrsausschuss miteinander sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Erhalt unserer Infrastruktur wird eines der zentralen Themen des nächsten Jahrzehnts sein. Dabei, das

sage ich sehr deutlich, hat Sanierung Vorrang vor Neubau und Umbau.

(Beifall bei der SPD)

Aufgrund der Ernsthaftigkeit der Probleme möchte ich an Ihre Mitverantwortung appellieren. Das Thema ist für Hamburg viel zu bedeutend, um es mit vorgeschobenen Argumenten, mit Taktieren oder anderen Vorgehensweisen auszuschlachten, vor allem dann, wenn wieder der erste Stau mit einer Baustelle in Verbindung steht. Wir alle wissen, dass das ein Spagat ist, aber den Spagat müssen wir auch aushalten.

Bei der Planung unserer Bautätigkeiten müssen wir täglich ganz besonders den Verkehrsfluss, den öffentlichen Nahverkehr, den Individualverkehr und auch den Wirtschaftsverkehr im Auge behalten und trotzdem die von mir angesprochenen Ziele konsequent verfolgen. Die nachhaltige Sanierung und Instandsetzung unserer verkehrlichen Infrastruktur ist eine der großen Herausforderungen in Hamburg. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Hesse hat nun das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, auch ein lang anhaltender Applaus macht die Rede dieses Senators nicht besser. Sie war schlecht, sie war eine Fensterrede,

(Ksenija Bekeris SPD: Unverschämtheit!)

sie hat keinerlei Lösungen für die Probleme unserer Stadt angeboten,

(Jan Quast SPD: Erwischt!)

und ich möchte Ihnen auch gerne sagen, warum.

(Beifall bei der CDU)

Wenn sich der Verkehrssenator bei dieser Problematik, die wir auf unseren Straßen haben, hier hinstellt und der Opposition vorwirft, es wäre populistisch, dieses Thema nach dem Sommer anzumelden,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Im Winter anzumelden!)

dann kann ich nur sagen, lieber Herr Senator, über die Stausituation und auch über die Substanz unserer Straßen in diesem Parlament haben wir schon mehrfach gesprochen.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Ja!)

Es war der zweite Antrag, den wir als CDU-Fraktion in das Parlament eingebracht haben. Die Koordinierungsstelle für Staus aufzustocken, hat die SPD-Fraktion abgelehnt. Was wir seitdem erleben,

(Klaus-Peter Hesse)

ist eine Stausituation auf den Straßen, die fürchterlich ist und deutlich macht, dass dieser Senat seine Baustellen – die wenigen, die wir haben – nicht in den Griff bekommt. Das ist die Realität und das können Sie hier auch nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der CDU – *Olaf Ohlsen CDU*: Skandal!)

Wenn Sie uns vorwerfen, was wir denn von 2001 bis 2011 getan hätten, dann frage ich Sie, was Sie von 2011 bis 2013 getan haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Gucken Sie sich mal die Aufstockung der Mittel an! Wer hat denn die Mittel aufgestockt?)

Lieber Herr Schinnenburg, wenn wir hier über die Definition von Luftbuchungen bei Wikipedia reden, dann muss Wikipedia vielleicht den entsprechenden Eintrag ändern, denn für mich ist eine Luftbuchung, wenn ein Senat Mittel in den Haushalt einstellt, vorher schon weiß, dass er sie nicht abrufen kann, weil er dazu nicht in der Lage ist, und die Leute trotzdem glauben lässt, dass dort eine Priorität gesetzt wird und die Mittel auch tatsächlich für eine wichtige Maßnahme abfließen. Das ist und bleibt für mich eine Luftbuchung, und die haben Sie auch nicht in irgendeiner Form wegdiskutiert, Herr Senator.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sagen, von dieser Opposition kämen keine Vorschläge, dann haben Sie nicht richtig zugehört. Ich habe eben in meiner ersten Rede schon gefragt, warum der Senat keine externen Aufträge vergeben und andere mit der Planung beauftragt hat – die finanziellen Mittel waren da –, wenn er zu wenig Personal hat. Warum ist nichts getan worden im Bereich Entbürokratisierung? Warum hat man sich nicht einmal mit solchen Untersuchungen wie "Kommunaler Straßenbau – Anforderungen an den Unterhalt und alternative Finanzierungsmöglichkeiten der Gemeinden" mit den Themen Mindestinvestitionsquote,

(*Jan Quast SPD*: Ich denke, es liegt nicht am Geld!)

systematisches Erhaltungsmanagement, Einsatz moderner Technologien und technische Entwicklungen beschäftigt? Wer das liest – das können Sie gerne alle machen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Studie ist ein halbes Jahr alt –, der wird wissen, wie die Probleme unserer Stadt gelöst werden, aber ich habe den Eindruck, dass diese Untersuchung nach ihrer Herausgabe noch nicht einmal bei der Behörde angekommen ist, weil dort seit Jahren nichts geschehen ist. Seit 2001 herrscht Stillstand, was die Instandsetzung und Instandhaltung unserer Straßen angeht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Seit 2001?)

– Seit 2011.

(*Jan Quast SPD*: 2001 war schon richtig!)

Liebe Frau Kollegin Koeppen, insofern ist es, wenn Sie hier von einem gefühlten Stau auf unseren Straßen sprechen, eine Verhöhnung aller Menschen, die auf diesen Straßen im Stau stehen. Es ist eine Verhöhnung der Situation und hat mit der Realität nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Trotzdem wollen wir beim parlamentarischen Sprachgebrauch bleiben, Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU (fortfahrend): Sie sagen, was in der Schriftlichen Kleinen Anfrage beantwortet wurde, sei falsch von mir verstanden worden. Was haben denn die Bezirke an den Senat gemeldet?

Bezirk Hamburg-Nord:

"Die bereitgestellten Mittel konnten nicht in voller Höhe umgesetzt werden, da im genannten Zeitraum zwei Stellen Ingenieur und zwei Stellen Wegewart vakant waren und neben der Sanierung der Straßen eine zusätzliche Personalbindung durch Vorhaben wie zum Beispiel das Wohnungsbauprogramm und lokale Großprojekte wie das Pergolenviertel ausgelöst wurde."

Wandsbek:

"Die Ingenieure in Wandsbek sind in sehr großem Umfang durch das Großprojekt 'Jenfelder Au' und weitere besondere Einzelprojekte gebunden."

Harburg:

"Die vorhandene Personalsituation lässt eine Abarbeitung der erforderlichen Maßnahmen sukzessive zu."

Und wer heute die Zeitung zum Thema Radverkehr gelesen hat, der weiß, in welchem schlechtem Zustand unsere Radwege sind. Sie setzen einfach die falschen Prioritäten.

(*Jan Quast SPD*: Sie haben doch gar keine gehabt!)

Sie könnten investieren, Sie könnten Personal schaffen, und Sie könnten Ihre Probleme lösen, aber Sie tun es nicht. Sie diskutieren es einfach weg und geben hier nur Absichtserklärungen ab, dass Sie das alles ändern wollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Koeppen! Schauen Sie sich an, was der Senat zum Beispiel auf die Fragen 2 und 3 meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage – da geht es um Anzeigen gegen die Stadt aufgrund von Straßenschä-

(Klaus-Peter Hesse)

den oder um die Aufstellung der Verkehrszeichen "Straßenschäden" – geantwortet hat. Das habe ich mir nicht ausgedacht, sondern das ist die Antwort Ihres Senats auf meine Schriftliche Kleine Anfrage, und sie macht diese Aktuelle Stunde zu einem sehr wichtigen Thema.

Lieber Herr Senator, handeln Sie bitte in Zukunft. Setzen Sie sich auch mit Verbänden wie der Bauindustrie auseinander, die Ihnen vielleicht ein paar Tipps geben können, wie Sie die Probleme lösen. Schaffen Sie vernünftige Arbeitsbedingungen im LSBG, schaffen Sie eine vernünftige Bezahlung für Mitarbeiter, damit Sie Ihre vakanten Stellen auch besetzen können, und helfen Sie den Bezirken, ihre vakanten Stellen aufzufüllen, denn sonst werden Sie kein weiteres Schlagloch in dieser Stadt schließen können. Und stocken Sie die KOST auf, damit die Staus einigermaßen minimiert werden. Alles das haben Sie nicht getan. Jetzt haben Sie genug Lösungsvorschläge von der Opposition bekommen, machen Sie sich endlich an die Arbeit, denn zwei Jahre sind auch schon eine lange Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Koeppen.

(*Roland Heintze CDU:* Jetzt wird's gleich besser!)

Martina Koeppen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hesse, jeder Wortbeitrag von Ihnen verschlimmert Ihre Situation nur noch.

(Beifall bei der SPD)

Der Senator hat klar und deutlich ausgeführt, welche Verbesserungsmaßnahmen vorgenommen werden und was der Senat zu tun gedenkt. Der ADAC hat festgestellt, dass seit 1983 das erste Mal wieder ausreichend Mittel für die Straßen und die Radwege zur Verfügung gestellt worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Anstatt sich mit dem Bericht des Rechnungshofs auseinanderzusetzen, haben Sie hektische Notprogramme ins Leben gerufen. Seien wir doch einmal ehrlich: Sie haben ein Trümmerfeld hinterlassen, und jetzt behaupten Sie, dass Ausgabenreste Luftbuchungen seien. Dann zitieren Sie aus Ihrer Schriftlichen Kleinen Anfrage, und ich würde Sie auch da bitten, richtig zu zitieren.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Kann er ja nicht!)

Das werde ich jetzt einmal an einigen Beispielen tun. Da wird etwa gesagt, im Bezirk Hamburg-Mitte würden teilweise Mittel zur Absicherung kostenintensiver Maßnahmen angespart oder der Bezirk Eimsbüttel habe Mittel im Bereich des Titels zur Förderung des Radverkehrs reserviert, da im Rah-

men eines Gutachtens und eines Fahrradforums ein Gesamtkonzept entwickelt werde, welches Grundlage für den Einsatz der Mittel sein soll.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Sehr gut!)

Diese plausiblen Ausführungen scheinen Sie nicht ganz verstanden zu haben, Herr Hesse. Ich werde es einmal in einfache Worte fassen: Das ist ordentliches Regieren und daran ist nichts auszusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Aber es gibt noch weitere Begründungen, warum es Restmittel gibt. Ich zitiere auch einmal aus der Kleinen Schriftlichen Anfrage, die Sie gestellt haben:

"Dass die Kassenmittel noch nicht vollständig abgeflossen sind, ist der Schlussrechnungsprüfung geschuldet, die noch nicht bei allen Maßnahmen abgeschlossen ist."

Herr Hesse, Sie skandalisieren hier, dass die Bezirke und der LSBG Schlussrechnungen prüfen. Wollen Sie allen Ernstes dem Senat vorwerfen, dass Schlussrechnungen geprüft werden? Soll das jetzt unterlassen werden? Dieser Vorschlag kann doch nur von einer Fraktion kommen, die 30 Millionen Euro Einigungssumme an HOCHTIEF für die Elbphilharmonie überweist, ohne eine Gegenleistung zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal dazu, was auch der Senator Ihnen angeboten hat, und der Antrag der FDP ist der erste richtige Schritt auf dem Weg: Wir bieten Ihnen die Zusammenarbeit an, um gemeinsam die Straßen, Radwege und Gehwege wieder in einen ordentlichen Zustand zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema gibt, kommen wir zum zweiten und vierten Thema, angemeldet von der GRÜNEN Fraktion und der Fraktion DIE LINKE:

Wilhelmsburger Reichsstraße: SPD verschaukelt die Bürgerinnen und Bürger

Wilhelmsburger Reichsstraße: Senat lässt BürgerInnen planen und plant dann ohne sie!

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Steffen bitte.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wilhelmsburger Reichsstraße hat eine ausgesprochen bewegte Geschichte, und sie hat auch eine sehr bewegte Geschichte im Hinblick auf Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung. Das gesamte

(Dr. Till Steffen)

Projekt der Verlegung der Straße von ihrem bisherigen Verlauf heran an die Bahntrasse ist entstanden aus einem Verfahren der Bürgerbeteiligung, das Ende der Neunzigerjahre durchgeführt wurde. Damals entstand aus der Problemanalyse heraus die Idee, die Wilhelmsburger Reichsstraße zu verlegen, da die Straße den Stadtteil ungünstig zerschneidet, zu einer sehr starken Lärmbelastung großer Bereiche Wilhelmsburgs führt und dieser Trassenverlauf Wilhelmsburg an der inneren Entwicklung hindert.

Ein solches Projekt haben sich auch verschiedene Parteien zum Ziel gesetzt, es wurde konkretisiert und geplant, und im Rahmen der Planung gab es dann auch Widerstände. Diese Widerstände rührten natürlich sehr stark aus Richtung derjenigen, die stärker in die Nähe der künftigen Trasse rücken werden. Es ist erst einmal legitim, wenn man sich Sorgen macht, dass man seine Kritik entsprechend äußert. Deswegen gab es in der letzten Legislaturperiode ein weiteres Beteiligungsverfahren, das nicht mit einem Konsens abgeschlossen werden konnte – nach meiner Analyse, weil die Meinungen sehr weit auseinanderlagen. Auf der einen Seite erklärte der Senat, er wolle in der Nachfolge des ersten Beteiligungsverfahrens diese Verlegung erreichen, und auf der anderen Seite äußerten sich die Bürgerinnen und Bürger konkret dahingehend, dass sie diese Verlegung im Endeffekt nicht wollten mit der Konsequenz, dass es bei der Zerschneidung und der Verlärmung Wilhelmsburgs bleibt.

Das war natürlich ein unbefriedigendes Ergebnis, und deswegen war es vollkommen richtig, dass in dieser Legislaturperiode ein neuer Versuch unternommen wurde, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Der Bezirk Hamburg-Mitte hat sich fraktionsübergreifend engagiert. Es wurde ein vernünftiges Verfahren installiert, und es wurden hinreichende Mittel zur Verfügung gestellt, damit dieses Beteiligungsgremium, das eingerichtet wurde und das aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Verbände, Institutionen und Fraktionen besteht, sich zum Beispiel auch Expertise besorgen kann. Hier ist dann Professor Knoflacher engagiert worden. Das geht natürlich nicht kostenfrei, und diese Mittel sind richtigerweise zur Verfügung gestellt worden.

Das Tolle war, dass es gelungen ist, in diesem Beteiligungsprozess die unterschiedlichen Seiten zusammenzubringen, sodass es einen Minimalkonsens gab, der besagte, dass man als Basis die Verlegung akzeptiere, aber als Bürgerinnen und Bürger Wilhelmsburgs und als Bezirkspolitiker gemeinsam noch Möglichkeiten sehe, hier etwas zu verändern. Das war von beiden Seiten ein großer Schritt, auch für Teile der SPD, die noch im letzten Wahlkampf damit geworben hatte, die Verlegung ganz zu verhindern – jedenfalls in der Person des Abgeordneten Hakverdi. Und es war natürlich eine

große Entwicklung, dass plötzlich alle an Bord waren und auch entsprechende Vorschläge vorgelegt wurden. Man hatte schon gedacht, das sei doch gut und diese Kuh sei vom Eis. Und dann kommt der Senat und legt den nächsten Schritt der Planungen vor, und die beteiligten Bürgerinnen und Bürger stellen fest, dass gar nichts passiert ist und das Gleiche drinsteht wie vorher.

Beim Thema Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung sind sich alle einig, dass man eine Bürgerbeteiligung, die am Ende nicht einfließt, lieber lassen sollte. Es gibt die Möglichkeit, es nicht zu machen, die Sache durchzuziehen, und alle wissen Bescheid. Oder man beteiligt, aber dann soll das auch Einfluss haben. Man sollte aber nie eine Beteiligung durchführen und das Ergebnis dann ignorieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Das führt zu massiven Widerständen und massiver Unzufriedenheit mit Politik. Es ist ein ganz schlechter Befund, dass der Senat diese Beteiligung ignorieren und die Vorschläge nicht aufnehmen will. Dabei sind die Vorschläge wunderbar, und sie lassen sich zu guten Teilen noch in die bisherige Planung einbinden. Bei manchen Sachen muss man prüfen, ob sie zu Zeitverzögerungen führen würden, was wir nicht wollen, aber einige Sachen sind schon auf den ersten Blick übertragbar, etwa die Tempobeschränkung von 80 km/h auf 60 km/h, was die Verlärmung der Wohngebiete neben der neuen Trasse deutlich einschränken würde. Auch der Vorschlag, im Zulauf auf der Bremer und Winsener Straße nachts Tempo 30 einzuführen, würde eine Entlastung bringen. Ebenso ließe es sich machen, die Häuser der Anwohnerinnen und Anwohner im Bereich Georgswerder mit einem Lärmschutz zu versehen, ohne dabei die Planung insgesamt infrage zu stellen.

Da wundert es natürlich schon, dass der Senat nicht in der Lage ist, hierzu etwas zu sagen. Dabei geht es nicht nur um die Formalitäten des Planverfahrens, sondern es geht auch um ein politisches Verhalten zu diesen Vorschlägen, denn es ist natürlich möglich, sich politisch zu äußern und zu sagen, man werde das übernehmen und es werde im nächsten Planschritt zu finden sein. Das aber passiert nicht und deswegen sind die beteiligten Bürgerinnen und Bürger zu Recht erbost.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Dann hat jetzt Herr Hakverdi das Wort.

Metin Hakverdi SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Projekt der Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße ist bekannt. Die Vorteile liegen auf der Hand: erstens die Zusammenführung von zwei Lärmquellen und

(Metin Hakverdi)

ein besserer Lärmschutz, der damit verbunden ist, zweitens das Heben von Stadtentwicklungspotenzial – übrigens nicht nur für Wilhelmsburg, sondern in Wilhelmsburg, das wissen Sie, gibt es Potenzial, um auch Hamburger Interessen stadtentwicklungsmäßig umzusetzen –, drittens die Funktion der bisherigen Trasse zu erhalten, und viertens ist es ein gutes Geschäft mit dem Bund, der es mitfinanziert. Das ist eine Traumlösung,

(Jens Kerstan GRÜNE: Super!)

ein wunderbares Projekt, das die meisten unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Steffen, für Sie als Abgeordneter gelten in diesem Haus andere rechtliche Regeln, was Ihre Meinungsfreiheit angeht, als außerhalb dieses Hauses als einfacher Bürger. Deswegen muss ich das zur Kenntnis nehmen, was Sie sagen. Die Bürgerbeteiligung an sich hat unterschiedliche Positionen. Es gibt Menschen, die sagen, Bürgerbeteiligung bestehe darin, in direkter Demokratie abzustimmen: Ja oder Nein. Die Politik macht einen Vorschlag, dann kommen die Initiativen, schlagen etwas anderes vor und am Ende stimmt man ab. Wir haben das in Hamburg auf verschiedenen Ebenen, etwa beim Wohnungsbau und bei anderen Projekten. Hier ist es etwas komplizierter. Hier geht es nicht nur um Ja oder Nein, sondern es geht um viele differenzierte Positionen, und der Vorgängersensat ist glorreich gescheitert, eine Bürgerbeteiligung zu organisieren. Das Wort "gescheitert" stammt nicht von mir, sondern von der zuständigen Senatorin selbst.

Uns ist es gelungen, diese Bürgerbeteiligung zu organisieren und ein Verfahren und ein Forum zu finden, wo sich die unterschiedlichen Interessen einbringen können. Das war aus zwei Gründen sehr schwer: erstens weil es viele sehr unterschiedliche Interessen gab von Positionen, die letzten Endes das Projekt einfach nicht wollen, und von anderen, die sich dafür eingesetzt haben, und zweitens, weil es im gesamten Stadtteil ein sehr großes Misstrauen gegenüber Politik allgemein und insbesondere gegenüber der Behörde, der Behördenleitung und einzelnen Behördenmitarbeitern gab, daher rührend, welche Erfahrungen die Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger in der vergangenen Legislaturperiode gemacht haben.

(Jens Kerstan GRÜNE: Umso schlimmer, was Sie jetzt machen, wenn das stimmen würde!)

Diesen Scherbenhaufen mussten wir zusammenfügen, und es ist uns gelungen – übrigens nach einem Vorschlag, der aus der Behörde selbst kam, aus dem Amt V –, endlich eine gemeinsame Position in Wilhelmsburg zu entwickeln. Ich bedanke mich bei allen, die dabei mitgeholfen haben. Das waren viele Beteiligte aller Fraktionen – bis auf die

CDU, die bedauerlicherweise an dem Verfahren nicht teilgenommen hat. Ansonsten haben alle hier im Hause vertretenen Fraktionen dort teilgenommen, zusammen mit vielen engagierten Nicht-hauptamtlichen, die das alles in ihrer Freizeit mit einem enormen zeitlichen Aufwand machen.

Nun gilt es, so gut es geht, das in dieses Verfahren einzubetten. Wenn jetzt, und so verstehe ich die Opposition auch mit der Anmeldung dieses Themas, die Forderung aufkommt, der Senat solle hier und heute erklären, was er davon übernehme – das waren ungefähr die Worte von Herrn Steffen, wenn ich Sie richtig verstanden habe –,

(Jens Kerstan GRÜNE: Nee!)

dann ist es natürlich genau das nicht. Ich bitte alle, die sich an diesem Verfahren beteiligen wollen und Interesse daran haben, die Ergebnisse aufmerksam zu lesen, vielleicht noch das eine oder andere Protokoll der verschiedenen Sitzungen zu lesen. Dann werden Sie sehen, dass Schwarz-Weiß uns bei diesem 130-Millionen-Euro-Projekt mit extrem vielen unterschiedlichen Meinungen nicht weiterbringt. Nehmen Sie die Menschen vor Ort ernst, nehmen Sie dieses Gremium ernst, in das extrem viel Arbeit investiert worden ist,

(Jens Kerstan GRÜNE: Genau!)

und messen Sie sich alle bei dem, was Sie parlamentarisch hier voranbringen, daran, ob die Interessen der Wählerinnen und Wähler vertreten werden.

(André Trepoll CDU: Das ist ja eine Belehrungsrede!)

– Das ist eine Belehrungsrede für die CDU, das stimmt,

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Der will doch in den Bundestag! – Robert Heinemann CDU: Der Ministaatsmann!)

da in der großen Runde mit allen Beteiligten bei Dutzenden von Sitzungen kein einziges Mal ein Vertreter der CDU-Fraktion anwesend war. An der Manpower kann es nicht gelegen haben, denn die anderen Kolleginnen und Kollegen in Wilhelmsburg von der Fraktion DIE LINKE, der FDP und auch von den GRÜNEN sind personell deutlich schwächer aufgestellt. Insofern muss ich annehmen, dass es eine politische Entscheidung war.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie – meine Zeit ist abgelaufen –,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei Dr. Stefanie von Berg und Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE)

diese Ergebnisse ernst zu nehmen, sie differenziert zu betrachten und nicht schon am heutigen Mittwoch, nachdem am Freitag letzter Woche die Stellungnahmefrist abgelaufen ist, altklug Forde-

(Metin Hakverdi)

rungen aufzustellen. Beschäftigen Sie sich in den nächsten Wochen und Monaten damit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun erhält Frau Stöver das Wort.

(*Arno Münster SPD:* Die war doch gar nicht dabei!)

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hakverdi, so viel appeldwatschen Unsinn habe ich selten gehört.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Waren Sie nun da oder nicht?)

Sie haben nichts zur Sache gesagt.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Zur Situation, die Sie vorgefunden haben: Die Unzufriedenheit aufseiten der Beteiligten und vor allen Dingen die Unzufriedenheit bei denen, denen Sie so viel versprochen haben, lieber Kollege Hakverdi – Sie selbst haben den Wilhelmsburgern versprochen, dass man eventuell die Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße verhindern könne –,

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Wann hat Herr Hakverdi das denn gesagt?)

ist selbst verschuldet. Im Wahlkampf haben Sie das gesagt, heute haben Sie anders gesprochen, das habe ich wohl zur Kenntnis genommen. Die SPD-Fraktion weiß nicht, was sie will. Sie weiß vielleicht auch nicht, was sie tut. Will sie Bürgerbeteiligung oder will sie keine Bürgerbeteiligung? Die Behörde möchte vielleicht weniger Bürgerbeteiligung, während die SPD und allen voran Herr Hakverdi den Wilhelmsburger Bürgern eine echte Bürgerbeteiligung versprochen haben, weil es vorher angeblich überhaupt keine gegeben habe. Ich hoffe, Sie hören die Ironie in meiner Stimme.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Nee!)

Die SPD und allen voran Herr Hakverdi haben den Wilhelmsburgern suggeriert, dass man die Planung verhindern könne. Was jetzt aus dieser versprochenen echten Bürgerbeteiligung geworden ist, das ist nicht nur inkonsequent, sondern weiß Gott auch nicht besser als das, was vorher passiert ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist immer wieder das Wort Beteiligungsgremium gefallen. Hier bitte ich noch einmal deutlich auf die Wortwahl zu achten. Nicht ein Beteiligungsgremium, sondern ein Beratungsgremium wurde eingesetzt. Das ist etwas anderes und das drückt nur eines aus: Uneinigkeit innerhalb der SPD beziehungsweise zwischen Senat und SPD auf ganzer Linie.

(Beifall bei der CDU)

Mit noch einer Mär muss ich aufräumen: Natürlich ist eine hochrangige Vertreterin, eine Wilhelmsburgerin, bei diesem Beratungsgremium mit dabei. Das ist Frau Dr. Herlind Gundelach, sie diskutiert aktiv mit. Sie war damals Staatsrätin in der entsprechenden Behörde und ist jetzt Senatorin außer Dienst.

(*Thomas Kreuzmann CDU:* Die kennt Herr Hakverdi nicht, das ist das Problem!)

– Ich glaube, Herr Hakverdi kennt sie ganz gut.

Herr Hakverdi hat versucht, die Historie ein wenig darzulegen. Es ist tatsächlich so, dass ein Beratungsgremium entstanden ist, weil die Wilhelmsburger Bürger auf den Senat zugegangen sind und gesagt haben, sie sähen durchaus die Vorteile, wollten aber mitgestalten, sie wollten Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger für eine noch bessere Planung erreichen. Aus dieser Bitte ist dann das Beratungsgremium entstanden. Herr Hakverdi hat gesagt, dass sie hart an Lösungen arbeiten, das sehe ich genauso. Aber deren Aufnahme in das laufende Verfahren ist nicht unbedingt gegeben.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Doch!)

Es ist rechtlich nicht bindend, die Ergebnisse dieser Beratungen nachher auch zu übernehmen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Rechtsverbindlich kann das auch nicht sein!)

Das Planfeststellungsverfahren läuft selbstverständlich parallel weiter, das ist auch ganz wunderbar. Und, das wurde schon angedeutet, die klare Ansage an das Beratungsgremium war – immer noch keine Beteiligung –, nicht die Verlegung infrage zu stellen, sondern eine Verbesserung der Planung aus Sicht der Anwohner zu erarbeiten; der berühmt-berüchtigte Professor Knoflacher ist schon angesprochen worden. Das ist entstanden, weil das Beratungsgremium sehr viele Schleifen in der Diskussion und viele unterschiedliche Ansätze hatte, weil Streit in der Gruppe entstanden ist und es auch eine Gruppenspaltung gab. Jetzt liegt das Gutachten von Professor Knoflacher vor, und auch dieser in Umweltfragen geschätzte Verkehrsexperte spricht sich klar für die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße aus und sieht die Maßnahme als sinnvoll an. Das Gremium wird sich nächste Woche aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Gutachten beschäftigen. Wer behauptet, ein Votum oder eine Stellungnahme liege vor, der ist nicht richtig informiert.

Die Wilhelmsburger Reichsstraße ist natürlich nicht nur ein rein Wilhelmsburger Thema. Das darf es auch gar nicht sein, sondern die Interessen der südlichen und nördlichen Stadtteile und deren Anbindung müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Das gilt für den Lärmschutz entlang der Bremer Straße, der Harburger Chaussee und der An-

(Birgit Stöver)

schlussstelle Georgswerder; das hat Herr Steffen schon ausgeführt. Für die CDU-Fraktion ist es wichtig, dass die bestehende und wirksame Bündelung von Verkehr auf der Wilhelmsburger Reichsstraße erhalten bleiben muss. Nur so ist der Verkehr aus den reinen Wohngebieten herauszuhalten. Die jetzige Leistungsfähigkeit der Wilhelmsburger Reichsstraße – immerhin fahren dort täglich 55 000 Autos – muss unbedingt erhalten bleiben. Wenn es dazu eines Beweises bedarf, dann muss man nur auf die zurückliegenden Asphaltierungsarbeiten verweisen und auf die Tatsache, dass man damals von Norden wie auch von Süden aus im Stau gestanden hat.

(Beifall bei der CDU)

Die Anwendung und Ausgestaltung des Lärmschutzes muss selbstverständlich in vollem Umfang nach der geltenden Rechtsgrundlage erfolgen, und es darf an keiner Stelle zu Verschlechterungen für die Anwohner kommen. Das gilt natürlich besonders für die Wohngebiete östlich der Bahngleise.

Ein letzter Satz dazu: Ergänzend muss natürlich ein konsequenter Ausbau des ÖPNV erfolgen,

(Dirk Kienscherf SPD: Das geht darüber hinaus!)

insbesondere der S-Bahn und der U4, was als leistungsfähiges Alternativangebot zum Pkw verstärkt werden muss. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Duwe hat nun das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Beim Thema Wilhelmsburger Reichsstraße, ihrer Verlegung und der Bürgerbeteiligung macht dieser Senat genauso weiter, wie auch Schwarz-Grün verfahren ist. Es gab sehr viel Bürgerbeteiligung, und es gibt auch heute noch Foren, Arbeitsgremien et cetera. Es wird viel Geld für Gutachten ausgegeben, auch für dieses Gutachten von Herrn Professor Knoflacher. Als es vorlag, wurde aber trotzdem nicht einmal hineingeschaut, sondern Plan A wurde einfach weitergeführt. Man hat die Verwaltung weiterarbeiten lassen wie bisher, und man darf sich nicht wundern, dass die Menschen, die sich darum bemüht haben, dass dort auch alternative Vorschläge erarbeitet werden, sich hier verschaukelt fühlen. Es ist leider etwas unglücklich gelaufen, um es einmal diplomatisch auszudrücken. Man hätte sich beim Senat und bei der Behörde mindestens noch drei Monate Zeit nehmen und dieses Gutachten durchlesen können, um dann zu Entscheidungen zu kommen. Das ist unglücklich gelaufen und aus Sicht meiner Partei leider auch bei der SPD nicht auf gute Grundlagen gefallen. Wenn Herr Hakverdi heute

ein bisschen diplomatisch verbrämt erzählt, was die SPD sich so alles überlegt habe, dann klingt es, als habe er Kreide gefressen.

Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat Ende Dezember noch einmal einstimmig an die Behörde appelliert, die Ergebnisse dieses Gutachtens wirklich einfließen zu lassen. Diejenigen, die sich dieses Gutachten durchgelesen haben – es gibt einige, die das wirklich getan haben –, sagen, dass es darin interessante Argumente dafür gibt, einige Details dieser Planung noch einmal zu überdenken. Je weiter man in den Planungsarbeiten vorangeht und die Verwaltungsschritte fortführt, desto schwieriger wird es, wieder neue Ideen in diese Planung hineinzubekommen, und das sollte man hier wirklich nicht machen.

Ganz wichtig ist auch, dass man vielen Menschen Hoffnungen gemacht hat und jetzt wieder macht. Bei dem Thema "Wilhelmsburg 2013 plus" wird wieder sehr viel debattiert und Ideen werden zusammengetragen, was man machen könnte und sollte, ohne zu wissen, wo diese Hunderte Millionen Euro für den Abriss der Wilhelmsburger Reichsstraße und die Entwicklung des Stadtteils eigentlich herkommen sollen, nachdem die Reichsstraße endlich verschwunden ist. Bei der Betrachtung der aktuellen Planung stellt sich natürlich auch die Frage, ob da wirklich nur eine Bundesstraße verlegt wird, ob es wirklich nur darum geht, Lärmschutz für die Anwohner zu schaffen, mehr Verkehrssicherheit zu erzeugen und Wilhelmsburg als Stadtteil aufzuwerten, oder ob man nicht vielleicht doch de facto hier eine Autobahn durch Wilhelmsburg führt. Die hat dann zwar keine blauen Wegweiser, sondern gelbe. Aber wenn man sich die Details dieser Planung anschaut, dann ist das wirklich eine Autobahn. Da muss der Senat klar sagen, ob er das will oder nicht. Wenn er das nicht will, dann müsste er grundlegend an den Planungen etwas ändern, denn ansonsten wird jeder, der aus Berlin kommt und nach Bremen will, über die Wilhelmsburger Reichsstraße fahren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Warum? Die ist doch mautpflichtig!)

– Glauben Sie im Ernst, dass der bis zum Horster Dreieck fährt und dann auf die Bremer Autobahn? Das ist bei den Lkws auch nicht der Fall.

In diesem Fall sollte der Senat mit offenen Karten spielen und zeigen, ob keine Verkehrsflussänderungen durch diese Planungen entstehen werden. Das wird aber entstehen, wenn es so durchgeführt wird, wie Sie es jetzt geplant haben. Wenn der Senat das will, dann soll er es sagen. Dann müssen wir sehen, ob die Wilhelmsburger und die Menschen im Süden Hamburgs wollen, dass der Süden durch eine Autobahn zerschnitten wird. Wenn nicht, dann muss an den Planungen etwas geändert werden. – Vielen Dank.

(Dr. Kurt Duwe)

(Beifall bei der FDP und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE* – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Als ich letzte Woche das "Hamburger Abendblatt" las mit der Unter-Überschrift "SPD-Politiker: Verkehrsbehörde ignoriert Bedenken gegen neue Reichsstraße" dachte ich, dass da endlich einmal jemand aufmuckt und dass vielleicht wesentlich mehr Bürgerschaftsabgeordnete Bundestagskandidaten werden sollten. Das war mein erster Gedanke. Als ich heute die Rede von Herrn Hakverdi gehört habe, dachte ich, lieber doch nicht, es bringt nichts.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Wir können bei der Wilhelmsburger Reichsstraße feststellen, dass alle Senate, ob schwarz-grün oder rot, das Motto verfolgen: Tarnen, Täuschen, Tricksen.

(*Karin Timmermann SPD:* Nur DIE LINKE Gott sei Dank nicht!)

Ich fange mit dem Thema Tarnen an, Herr Duwe hat es eben auch angesprochen. Hier wird eine Straße geplant, die man nicht Autobahn nennt, die aber von den Ausmaßen her sämtlichen Eigenschaften einer Autobahn entspricht. Den Anwohnern und Anwohnerinnen vor Ort soll es aber als Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße verkauft werden.

Zum Thema Täuschen: Es wurde immer gesagt, diese Wilhelmsburger Reichsstraße könne man so überhaupt nicht mehr nutzen, sie sei nicht mehr verkehrstauglich. Auch das hat Herr Knoflacher in seinem Gutachten widerlegt.

Zum Thema Tricksen: Eben sprach Herr Hakverdi davon, dass von den alten Senaten Misstrauen geschürt worden sei, aber Sie machen dasselbe. Sie tricksen als SPD, indem Sie den Bürgern und Bürgerinnen zugestehen, ein Beratungsgremium aufzustellen und dort ganz tolle Beschlüsse fassen zu dürfen, aber die SPD macht weiter mit dem Planungsfeststellungsverfahren. Sie sind nicht darauf eingegangen, Herr Hakverdi, denn meines Wissens gibt es keine einzige Vorschrift, die besagt, dass man das Planfeststellungsverfahren jetzt hätte fortführen müssen. Sie hätten jetzt keine Planänderung machen müssen. Aber genau das hat der Senat gemacht und genau das ist heftig zu kritisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben schon viel über das Beratungsgremium gesprochen und auch über das verabschiedete Papier. Ich zitiere einmal die vier Kernaussagen:

"Erst wenn man weiß, in welcher Stadt man leben will, kann man das dazu passende Verkehrssystem planen, gestalten und projektieren.

Verkehrslösungen sollen sich nicht an der Eigendynamik des Autoverkehrs orientieren.

Die derzeitige Trasse B4/75 ist verkehrssicher.

Die geplante Doppeltrasse weist eine nicht akzeptable Risikobewertung auf."

Das macht viermal klatsch, klatsch, klatsch, aber Sie wollen einfach so weitermachen. Das geht überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Knoflacher und auch das Beratungsgremium haben doch wirklich Weitsicht bewiesen, denn sie haben gesagt, dass man nicht einfach planen könne, ohne an die Stadtteilentwicklung zu denken, ohne ein Gesamtverkehrskonzept zu machen. Man könne auch nicht weiterplanen, ohne noch einmal auf die Geschwindigkeit zu schauen. Es gibt nämlich sehr viele Vorschläge, die unter anderem deutlich machen, dass es auch kleiner und langsamer geht. Dann kann man über eine Straßenveränderung reden. Es geht auch besser. Und wir als Links-Fraktion finden, dass es auch ehrlicher geht.

Initiieren Sie einen offenen Prozess und eine offene Beteiligung, bei der alle Fragen geklärt werden, in der die Ergebnisse des Beratungsgremiums berücksichtigt werden, in dem Sie auch abwarten, bis das Gutachten von Herrn Knoflacher wirklich abgeschlossen ist. Dann können Sie sich eventuell rühmen, dass Sie bei niemandem mehr Misstrauen entstehen lassen und dass Sie die Bürger und Bürgerinnen in Wilhelmsburg ernst nehmen. Das, was Sie jetzt machen, ist für diese ein Schlag ins Gesicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Horch.

Senator Frank Horch:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin Ihnen dankbar für die Gelegenheit, das Projekt zur Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße an die Bahntrasse noch einmal als eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen in Hamburg zu würdigen.

Der Bund und Hamburg sind nach einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 2008 übereingekommen, die Bündelung von Straße und Schiene vorzunehmen mit der Perspektive für eine grundlegende Verbesserung der Lärmsituation in einem besonders belasteten Stadtteil wie Wilhelmsburg. Die Verlegung der Straße ersetzt die ohnehin dringend gewordene Grundinstandsetzung der Wil-

(Senator Frank Horch)

helmsburger Reichsstraße. Für die Verlegung hat der Bund insgesamt 136,3 Millionen Euro veranschlagt, von denen Hamburg 10,4 Millionen Euro selbst trägt.

Das Ziel des damaligen Senats, IBA und igs bereits mit einer verlegten Wilhelmsburger Reichsstraße begegnen zu können, war von Beginn an, das müssen wir heute sagen, unrealistisch.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann gut verstehen, dass sich viele Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger ernsthaft Gedanken über die Gestaltung ihres Stadtteils machen. Die große Mehrheit begrüßt das Vorhaben, das haben wir heute schon einige Male gehört. Die Vorteile liegen auf der Hand: ein deutlich besserer Lärmschutz für Zigtausende Menschen, eine wesentlich höhere Verkehrssicherheit und letztlich die einmalige Chance, Wilhelmsburg städtebaulich weiterzuentwickeln. Die Verlegung wird zu einem Gewinn für die gesamte Insel und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Die doppelte Zerschneidung durch Bahntrasse und Straßentrasse wird endlich aufgehoben.

(Beifall bei der SPD)

Seit der Machbarkeitsstudie 2008 sind die Planungen intensiv betrieben und umfassend vor Ort abgestimmt und weiterentwickelt worden. Allein seit der knapp zweijährigen Regierungsübernahme hat es rund 15 Diskussions- und Beratungsveranstaltungen gegeben.

Was wurde jetzt konkret für Wilhelmsburg zusätzlich erreicht? Die Liste, das darf ich sagen, kann sich sehen lassen. Der Lärmschutz, insbesondere im Bahnbereich, wurde zum Schutz der Wohnbevölkerung massiv nachgebessert. Das ursprünglich vorgesehene Tempo von 100 und 120 Stundenkilometern wurde mit dem Hinweis auf ein bebautes Gebiet auf 80 Stundenkilometer gesenkt. Die an die neue Wilhelmsburger Reichsstraße angrenzenden Autobahnabschnitte A 252 und A 253 werden künftig zu Bundesstraßen, und der gesamte Verlauf erhält die durchgehende Bezeichnung "Bundesstraße 75". Das bedeutet, den Straßencharakter als Fernstraße mit begrenzter Bedeutung für den Fernverkehr auszulegen.

(Jens Kerstan GRÜNE: Das ist gar nicht das Thema! – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Senator Frank Horch (fortfahrend): – Ich bin so gefordert heute, später.

Die Brücke Kornweide wurde ertüchtigt, sodass der Schwerlastverkehr Wilhelmsburg im Süden umfahren wird. Hamburg hat sich zudem bereiter-

klärt, den rund 1 Million Euro teuren Lärmschutz im Bereich der neuen Anschlussstelle Wilhelmsburg-Mitte auf eigene Kosten zu erstellen. Wir haben die Radwegführungen verbessert, wir haben die intensive Begrünung der Mittelstreifen der Randbereiche mit zusätzlichen Lärmschutzanlagen übernommen. Das sind viele kleine und wichtige Maßnahmen, die die Ergebnisse des gesamten Beteiligungsprozesses sind. Die ursprünglich angestrebte Durchleitung von Verkehren der A 26 nach Norden über die Wilhelmsburger Reichsstraße wird nicht kommen, das sei hier noch einmal deutlich betont.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sehen, wir haben im Rahmen der Beteiligung und der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in Wilhelmsburg schon enorm viel erreicht. Wir werden auch außerhalb der Planfeststellung für die Wilhelmsburger Reichsstraße weitere Fortschritte – das ist eben auch gefordert worden – für Wilhelmsburg, für die Anrainerbereiche Veddel und Harburg im Rahmen des Verkehrskonzepts für den Hamburger Süden erzielen. Die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße schafft die Voraussetzung für eine weitergehende Verkehrsberuhigung des angrenzenden Straßennetzes im gesamten Süden.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Verkehre zur neuen Anschlussstelle Wilhelmsburg-Mitte verträglich führen und dabei so wenig Fläche wie möglich in Anspruch nehmen. Wir werden auch die Bremer Straße grundsätzlich mit Verbesserungen versehen und eine Entlastung der Wohn- und Erholungsgebiete umsetzen, unter anderem auch mit einem lärmindernden Asphalt.

(Beifall bei der SPD)

Auch für die Harburger Chaussee machen wir uns ähnlich intensive Gedanken.

(Beifall bei *Metin Hakverdi SPD*)

Ich begrüße es außerordentlich, dass mit dem Beratungsgremium in Wilhelmsburg ein weiteres Instrument der Beteiligung und Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in den Planungsprozess gefunden wurde. Er ist ein wichtiger Baustein – ich darf das sagen, weil wir es im Hafen ähnlich praktiziert haben – innerhalb eines Planbegleitungs- und Beteiligungsprozesses, in diesem Fall zur Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße.

Wir befinden uns – das betone ich auch noch einmal deutlich – noch mitten im Planfeststellungsverfahren. Jeder konnte seine Anregungen und Einwände vorbringen und alles ist aufgenommen worden. Wir haben uns damit auseinandergesetzt, und das tun wir auch immer noch. Planänderungen sind die Folge, wie ich es eben ausgeführt habe. Wir werden erneut dazu Stellung nehmen, und diese Stellungnahmen gehen in die Bewertung ein.

(Senator Frank Horch)

Es wird vernünftig abgewogen, was machbar und was sinnvoll ist.

Auch der Beschluss der Bezirksversammlung wird bewertet, und es wird dazu eine umfassende fachliche Stellungnahme erfolgen. Vieles andere befindet sich noch in diesem laufenden Prozess. Den Planfeststellungsbeschluss gibt es schließlich noch nicht.

Lassen Sie mich allerdings an dieser Stelle noch etwas zur Straßenbreite und zur Geschwindigkeit sagen. Die Straße braucht eine ausreichende Breite. Ein kleinerer Querschnitt als 28 Meter erscheint mir aus Sicherheitsgründen nicht verantwortbar. Und die Forderung einer weiteren Reduzierung der Geschwindigkeit auf 60 Stundenkilometer sehe ich ebenfalls für den Verkehr sehr kritisch. 80 Stundenkilometer ist eine angemessene Geschwindigkeit. Sie wäre zweckmäßig und gewährleistet einen insgesamt sicheren Verkehr. Aus meiner Sicht würden Autofahrer bei 60 Stundenkilometern auf Stadtstraßen, unter anderem auch in Wilhelmsburg, ausweichen, weil dann die Wilhelmsburger Reichsstraße keinen Fahrzeitleistungs Vorteil mehr beinhaltet.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Dann können Sie auch Tempo 30 machen!)

Meine Damen und Herren! Diese und andere Themen werden immer wieder im laufenden Prozess aufbereitet und sind Gegenstand einer umfassenden Stellungnahme, auch zu den Fragen des Bezirks. Es kann also gar keine Rede davon sein, dass die Forderungen der Bezirksversammlung ignoriert würden. Ob und in welchem Umfang den Forderungen entsprochen werden kann, lässt sich hier und heute, das sehen Sie mir bitte nach, noch nicht abschließend sagen. Wir nehmen aber alle vorgetragenen Punkte sehr ernst und setzen uns inhaltlich, genauso wie bei diesen vielen Veranstaltungen, sehr ernsthaft damit auseinander. Diesen Anspruch haben alle, die sich in den breiten Beteiligungsprozess eingebracht haben. Diesen Anspruch werden wir erfüllen, das garantiere ich Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte war zum Teil erkenntnisreich, zum Teil aber auch weniger. Weniger erkenntnisreich war sie im Hinblick auf die Rede des Senators.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Herr Horch, man kann Ihnen in der Tat nicht vorwerfen, dass Sie die Forderungen der Bürgerinnen

und Bürger ignorieren, denn Sie haben eben über die Forderungen gesprochen, aber Sie haben sie gleichzeitig schon weggewogen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hat er ja gar nicht! – Dirk Kienscherf SPD: Das stimmt doch nicht!)

Insoweit ist die Debatte offenbar schon erledigt. Sie haben gesagt, alles, was Sie eingangs vorgetragen hätten, sei bei den Beratungen dieses Gremiums schon im Topf gewesen, es sei alles schon Gegenstand der Entwicklung gewesen. Und trotzdem gab es die weiteren Beratungen und das weitere Gutachten von Knoflacher. Das hat doch genau aufgesetzt auf diesem Stand, den Sie eingangs vorgetragen haben. Dann sind die Forderungen nach Reduzierung der Fahrbahnbreite und Absenkung der Geschwindigkeit verblieben. Dazu haben Sie eben jedoch gesagt, das eine würden Sie kritisch sehen und das andere nicht. Insoweit gab es in der Sache eben eine klare Auskunft des Senators, und insofern ist der Vorwurf, der auch Gegenstand unserer Anmeldung ist, durchaus zutreffend.

(Dirk Kienscherf SPD: Das stimmt doch nicht!)

Ich finde auch, dass Sie die verkehrliche Lage an der Stelle falsch beschreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist natürlich nicht richtig, dass die Wilhelmsburger Reichsstraße im Hinblick auf parallel verlaufende Stadtstraßen schon dann unattraktiv würde, wenn die Geschwindigkeit auf 60 Stundenkilometer abgesenkt würde. Eine kreuzungsfreie Verbindung mit 60 Stundenkilometern ist eine zügige Verbindung im städtischen Bereich, und es ist natürlich nicht attraktiv, auf parallel verlaufende Straßen wie die Georg-Wilhelm-Straße in Wilhelmsburg auszuweichen oder auf andere Strecken. Das bleibt für die innerstädtischen Relationen eine attraktive Verbindung, und deswegen besteht das Risiko nicht.

Es verbleibt aber ein Risiko, das beschreiben auch die Anwohnerinnen und Anwohner der Bremer Straße und in Wilhelmsburg. Auch Herr Duwe hat es mit einem nicht ganz zutreffenden Beispiel angesprochen. Sicherlich ist die Wilhelmsburger Reichsstraße keine Abkürzung von Bremen nach Berlin oder umgekehrt, aber sie ist eine Abkürzung, die unter Umständen kürzer und schneller ist als die Benutzung der A 1. Und deswegen ist es durchaus sinnvoll zu überlegen, ob man für die Wilhelmsburger Reichsstraße 60 Stundenkilometer anordnet und nachts auf der Bremer Straße 30 Stundenkilometer, um die Attraktivität dieser Verbindung quer durch die Wohngebiete zu nehmen. Das bleibt ein wichtiger zu prüfender Punkt.

Erkenntnisreich war aber der Beitrag von Herrn Hakverdi. Ich freue mich, dass Herr Hakverdi für

(Dr. Till Steffen)

die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße ist. Sie sind offenbar beauftragt worden, eine solche Rede zu halten. Ich bleibe bei meiner Kritik im Hinblick auf Ihre Haltung in der Vergangenheit. Dass sie etwas irrlichternd war, habe ich an dieser Stelle schon einmal gesagt. Sie wollten vor der Wahl die Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger glauben machen, Sie würden sich gegen die Verlegung insgesamt aussprechen. Deswegen ist es gut, dass das vom Tisch ist und dass es für Sie die Notwendigkeit gab, sich so zu äußern.

Sie waren, ehrlich gesagt, auch der Anlass für unsere Anmeldung. Ihren Artikel im "Hamburger Abendblatt" vom letzten Donnerstag haben wir als aktuelles Thema für die Aktuelle Stunde gesehen. Sie haben an der Stelle großen Alarm geschlagen und gesagt, der Senat ignoriere die Bürgerinnen und Bürger, das war Ihr Vorwurf.

(Dirk Kienscherf SPD: Nee, das hat er doch gar nicht gesagt!)

Ich nehme Sie schon ernst und denke mir, wenn ein SPD-Abgeordneter die Notwendigkeit sieht, zur Zeitung zu laufen und zu sagen, der Senat ignoriere die Bürgerinnen und Bürger, dann wird er wohl vorher mit dem Senat darüber gesprochen haben, dann wird es wohl schon einen Versuch gegeben haben, das in einem direkten Gespräch zu klären.

(Dietrich Wersich CDU: Das macht er hinterher!)

Entweder machen Sie das nicht, das kann sein, oder es hat stattgefunden und der Senat hat Ihnen die Auskunft gegeben, dass er es schlecht fände, was die Bürgerinnen und Bürger dort vorschlagen. Und dann hat er gesagt, er fände es auch schlecht, dass der Senat es so mache, hat aber eine andere Rede hier gehalten.

(Dirk Kienscherf SPD: Märchenstunde!)

Insoweit bleibt das ein bisschen widersprüchlich. Das müssen Sie SPD-intern klären. Für die Bürgerinnen und Bürger in Wilhelmsburg ist es jedoch wichtig, dass es in der Sache nicht bei der Aussage bleibt, die der Senator heute getroffen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann, Herr Hakverdi. Frau Sudmann kann es durchaus ertragen, dass Sie vor ihr reden. – Also, das Wort hat Herr Hakverdi.

Metin Hakverdi SPD:* Frau Sudmann als Letzte-Wort-Fetischistin, das ist sehr sympathisch, danke.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Sie haben Ihren Zettel ja gar nicht dabei!)

Es geht um ein bisschen mehr, als das hier zu personalisieren, Herr Dr. Steffen, das meine ich ganz im Ernst. Das Timing ist ein bisschen falsch, um in der Sache zu sprechen, denn wir haben noch nicht die Stellungnahmen aller im rechtlichen Verfahren, im Planfeststellungsverfahren, vorliegen. Die Kritik, die in Wilhelmsburg aufgekommen ist, lautete, dass zu einem Zeitpunkt, als die Behörde das rechtliche Verfahren ganz normal nach Recht und Gesetz fortgeführt hat, nicht Rücksicht genommen wurde auf die Ergebnisse dieses Beratungsgremiums. Das ist auch ein kompliziertes Problem, denn rechtlich besteht keine Veranlassung dazu, sondern nur politisch.

(Jens Kerstan GRÜNE: Ja!)

Die Behörde hat sich an Recht und Ordnung gehalten und das Verfahren durchgezogen. Die Frage, die man jetzt stellen muss, ist, wo flechtet man nun, wenn man es gut machen will, dieses Beratungsergebnis ein.

(Antje Möller GRÜNE: Das bespricht man doch vorher!)

Da kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Ich hätte es gern – das habe ich Ihnen öffentlich erklärt – andersherum gehabt. Jetzt macht sich aber das Bezirksamt Hamburg-Mitte in seiner Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren diese Stellungnahme zu eigen, und dann muss es de lege schon eine Auseinandersetzung damit geben. Das ist insofern sogar noch etwas mehr, weil es im rechtlichen Verfahren ist.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Stöver?

Metin Hakverdi SPD: Gern.

Zwischenfrage von Birgit Stöver CDU: Lieber Kollege Hakverdi, Sie sprechen immer von Ergebnissen des Beratungsgremiums. Soweit ich informiert bin, tagt das Beratungsgremium erst nächste Woche. Ist das korrekt? Also von einer abschließenden Stellungnahme und Ergebnissen kann man wohl nicht sprechen. Ist das richtig?

(Roland Heintze CDU: Er ist nicht so genau im Bild!)

Metin Hakverdi SPD (fortfahrend): Die Frage ist sicherlich berechtigt, weil Sie niemanden haben, der Sie informieren kann. Im Ergebnis gibt es verschiedene Verfahren. Das geht jetzt auf meine Redezeit, ich erkläre es Ihnen nachher länger und ausführlicher.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Nicht ausweichen!)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Hakverdi, ich würde Ihnen vorschlagen, noch einmal in die Geschäftsordnung zu schauen, denn es wird nicht auf Ihre Redezeit angerechnet.

Metin Hakverdi SPD (fortfahrend): – Wunderbar.

Dann kann ich es Ihnen ausführlich erklären. Es gibt zwei Punkte dabei. Das eine ist das Verfahren, das man einbringen möchte zum Planfeststellungsverfahren, das jetzt rechtlich angeschoben wurde. Und der andere Punkt ist, dass wir uns vorgenommen haben, bis zu den Sommerferien auch andere daran angeschlossene Verkehrsprobleme – zum Beispiel der Wegfall der Freihafengrenze oder das von Ihnen angesprochene Problem Georgswerder – mit zu besprechen. In diesem Verfahren ging es bis zu diesem Zeitpunkt nur darum, sich im Planfeststellungsverfahren zu äußern.

(*Birgit Stöver* CDU: Ich hatte nur gesagt, Ergebnisse gibt es noch nicht!)

Es gab verschiedene Schritte. Es gab einen Zwischenbericht von Professor Knöflacher, den sich schon die Mehrheit in diesem Gremium zu eigen gemacht hat. Den Rest können Sie dann von Ihren Kollegen aus der BV-Fraktion erfahren, denn die haben mit gestimmt, als es darum ging, das zu bestätigen.

Aber zurück zu Dr. Steffen. Ich erkenne Ihre Kritik und ich teile sie sogar in Teilen.

(*Jens Kerstan* GRÜNE: Ach!)

Man hätte es nämlich auch früher machen können. Dann hätte man aber ein rechtliches Problem gehabt, im Prinzip kann man das auswürfeln. Wichtig ist, dass es Berücksichtigung findet, denn man muss zwei Dinge tun. Man muss einerseits ein rechtlich einwandfreies Planfeststellungsverfahren führen und andererseits diese Extraaufgabe erfüllen, zu der Ihre Regierung – das sage ich ausdrücklich auch an die Adresse von Frau Hajduk – nicht in der Lage war.

(*Dr. Anjes Tjarks* GRÜNE: Jetzt sind wir aber geschockt!)

Vom Timing her ist es heute vielleicht schlecht, darüber zu sprechen, weil wir die Stellungnahme des Bezirksamts Hamburg-Mitte abwarten sollten. Sie wird sich voraussichtlich die Stellungnahme des Beratungsgremiums zu eigen machen, wie ich einer Pressemitteilung des Bezirksamts entnehme. Und erst dann kommt die politische Wertung, Herr Dr. Steffen, dann können Sie kritisieren.

(*Jens Kerstan* GRÜNE: Und darum sind Sie zum "Abendblatt" gegangen!)

– Ich bin nicht zum "Hamburger Abendblatt" gegangen, sondern ich habe in meiner Fraktion als Regionalausschussvorsitzender gehandelt. Ich ha-

be – dies als Information für alle – nur eine Resolution eingebracht, in der letzten Endes der politische Wille bekundet wurde, dass, obwohl es nicht Teil des Planfeststellungsverfahrens ist, die Ergebnisse berücksichtigt werden sollten. Wissen Sie, wer gestern im Regionalausschuss nicht mitgestimmt hat? Die CDU-Fraktion hat sich enthalten, sie wollte das gar nicht mehr. Insofern mein Respekt an die CDU, sie ist wenigstens ehrlich.

(*Jens Kerstan* GRÜNE: Wie war das mit dem "Abendblatt"?)

Sie will keine Bürgerbeteiligung, sie findet das schlecht und stimmt dann auch nicht mit. Das ist eine klare politische Ansage.

(*Jens Kerstan* GRÜNE: Das mit dem "Abendblatt" habe ich noch nicht ganz verstanden!)

– Das erkläre ich Ihnen nachher noch einmal persönlich.

(*Dietrich Wersich* CDU: Alle im Hause meinen, es ist jetzt gut, Herr Hakverdi!)

Geben Sie sich bitte alle zusammen Mühe. Damit meine ich nicht nur die Fraktionen im Hause, damit meine ich auch den Senat. Geben Sie sich die Mühe, die Ergebnisse dieses Beratungsprozesses aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen. Ich sage es mit ganz einfachen Worten: Lesen hilft.

(Beifall bei der SPD – *Antje Möller* GRÜNE: Deshalb haben wir auch das "Abendblatt" gelesen!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Was war das, Herr Hakverdi? Das ist meine Eingangsfrage.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

– Danke.

Der revolutionäre Beschluss, weshalb Sie sich an die Presse gewandt haben und der im Regionalausschuss Ihr Vorschlag gewesen war, hieß damals ganz entspannt: Bevor es zu einer Entscheidung zum Planfeststellungsbeschluss käme, möge sich doch die BWVI, die Behörde von Herrn Horch, mit den beschlossenen Positionen kritisch auseinandersetzen und es in die weitere Beurteilung einfließen lassen. Das ist überhaupt nichts Neues, das ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn ich jetzt sehe, dass Sie damit zum "Hamburger Abendblatt" gegangen sind, dann haben Sie den Bürgerinnen und Bürgern einen großen Gefallen getan, weil wir das nämlich deswegen heute diskutieren. Aber das hat sich, ehrlich gesagt, als eine Luftbuchung erwiesen. Das finde ich echt enttäuschend.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, Sie sind etwas arrogant aufgetreten.

(Heike Sudmann)

(*Dietrich Wersich CDU: Nein, das täuscht!*)

Zu Frau Stövers Frage könnte man im ersten Moment sagen, dass sie doch wissen müsse, dass der Beschluss des Beratungsgremiums Anfang Dezember war. Sie haben es hoffentlich genauso gut gelesen wie ich. Bei der Positionierung des Beratungsgremiums auf Grundlage des ersten Berichts des Gutachters steht eindeutig:

"Eine endgültige Empfehlung kann erst nach Fertigstellung und Bewertung des Gutachtens erfolgen."

– Zitatende.

Insofern hat Frau Stöver recht, ob wissentlich oder unwissentlich, sie hat recht.

(*Birgit Stöver CDU: Wissentlich, unwissentlich, was soll das?*)

Insofern, Herr Hakverdi, stimmen auch Ihre Zeitabläufe nicht, wenn Sie jetzt sagen, der Senat könne nun weiter entscheiden und Sie hätten schon alles zusammen. Sie haben noch lange nicht alles. Sie haben nämlich noch nicht die abschließende Meinung der Bürger und Bürgerinnen; soweit zu Herrn Hakverdi.

Jetzt kommen wir zu Herrn Senator Horch. Ich bin nicht nur enttäuscht, ich bin richtig sauer. Sie haben beschrieben, wie die Wilhelmsburger Reichstraße aussehen wird. Sie haben gesagt, dass es so und so kommen werde. Aber Sie haben nicht ansatzweise offengelassen, dass es noch einen Entscheidungsspielraum gibt. Sie sagten dann, alles werde in eine fachliche Stellungnahme einfließen. Die Leute wollen keine fachliche Stellungnahme, die wollen eine Veränderung der Planung.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen einfach, dass die Breite von 28 Metern, einer der Hauptkritikpunkte, aus Sicherheitsgründen erforderlich sei. Herr Knoflacher, der im Gegensatz zu Ihnen und zu mir ein Experte ist, hat gesagt, dass genau das nicht erforderlich sei. Sie sagen, dass eine Geschwindigkeit von 80 Stundenkilometern notwendig sei. Auch da sagt Herr Knoflacher, dass das nicht nötig sei. Wenn Sie so mit den Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburgern umgehen, dann ist das wirklich empörend, das kann man nicht anders sagen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Aber ich hoffe, dass viele vor Ort die Debatte heute mitbekommen, denn dann wird nämlich am kommenden Samstag die Demonstration mit dem passenden Titel "5 vor 12" hier vor dem Rathaus gut besucht werden. Ich wünsche es den Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburgern jedenfalls.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hakverdi, ich muss Sie in mehreren Punkten noch einmal berichtigen. Sie haben in mehreren Punkten definitiv die Unwahrheit gesagt. Den ersten Punkt haben Sie selbst entkräftet, denn Sie sagten, die CDU sei nicht daran beteiligt gewesen und sie habe sich nicht im Beratungsgremium blicken lassen. Das haben Sie gerade selbst gesagt, dass das nicht der Fall war. Die BV-Abgeordneten waren dabei

(*Dirk Kienscherf SPD: Im Regionalausschuss!*)

und Sie unterschlagen einfach ganz frech, dass die Senatorin a.D. Gundelach mit dabei ist.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens können Sie definitiv nicht behaupten, die CDU sei gegen Bürgerbeteiligung. Sie haben gerade selbst ausgeführt, dass wir an dem Beratungsgremium teilgenommen haben, das ist eine Form von Beteiligung. Diese Aussage ist einfach nicht richtig, und ich möchte Sie bitten, sie wieder zurückzunehmen.

Drittens gibt es – das hat Frau Sudmann schon gesagt – definitiv kein abschließendes Votum. Ich bin zwar nicht mit dabei, aber ich bin gut informiert, Herr Hakverdi; dessen können Sie sich sicher sein. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann bleibt mir mitzuteilen, dass uns deutlich weniger als 15 Minuten verbleiben, um auch das dritte Thema aufzurufen. Wird vonseiten der anmeldenden Fraktion, das ist die FDP-Fraktion, eine Vertagung der Aussprache auf morgen beantragt? – Das ist der Fall.

Dann werden wir morgen die Aktuelle Stunde mit dem dritten Thema fortsetzen.

Wir kommen zu Punkt 43, Drucksache 20/6480, Unterrichtung durch die Präsidentin: Fortführung der Verhandlungen zur Elbphilharmonie, hier: Übermittlung eines aktualisierten Angebots durch HOCHTIEF.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Fortführung der Verhandlungen zur Elbphilharmonie

hier: Übermittlung eines aktualisierten Angebotes durch HOCHTIEF

– Drs 20/6480 –]

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/6644 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU, der GRÜNEN, der FDP und der LINKEN vor.

[Antrag der Fraktionen der CDU, GRÜNEN, FDP und LINKEN:

Aktenvorlageersuchen nach Artikel 30 Hamburgische Verfassung zur "Neuordnung zum Fortgang des Projektes Elbphilharmonie"

– Drs 20/6644 –]

Die Drucksache 20/6480 möchte die SPD-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Kulturausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Gümbel, bitte.

Dr. Eva Gümbel GRÜNE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als wir im September vergangenen Jahres in der Aktuellen Stunde über das Thema Elbphilharmonie sprachen, hat uns die SPD gesagt, dass es für HOCHTIEF kein zusätzliches Geld geben werde, um den Bau der Elbphilharmonie fertigzustellen. Frau Dobusch, Sie sagten wörtlich, dass diese plötzliche Kostensteigerung um viele Hundert Millionen Euro Ihnen nicht passieren würde.

(Jan Quast SPD: Passiert ist das vorher alles! Passiert durch Unterlassen!)

Und auch der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Dr. Dressel, sagte, dass dieser Senat, unterstützt durch die SPD-Fraktion, kein Zusatzgeld geben könne, damit es auf der Baustelle weitergehe. Vorausgesetzt, die Äußerungen resultierten nicht aus Unkenntnis der schwierigen Situation am Bau und dienten einer Verlängerung der Wahlkampfrhetorik, so hatten wir es hier mit einer ernsthaften Verhandlungs- und Konfrontationsstrategie zu tun, die der Senat mit dem Unternehmen HOCHTIEF und seiner Niederlassung in Hamburg abbildet. Man muss feststellen, dass diese Strategie des SPD-Senats gescheitert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Kurz vor Weihnachten verkündete der Bürgermeister das Ende dieser Linie. Man verabschiedete sich von der immer wieder vom Senat ins Spiel gebrachten Alternative, den Bau der Elbphilharmonie in Eigenregie mit der ReGe durchzuführen und gewerkeweise auszuschreiben. Stattdessen wird mit HOCHTIEF weitergebaut und das kostet die Stadt netto 198 Millionen Euro. Im Gegensatz zum September letzten Jahres will also der SPD-geführte Senat zusätzliches Geld an das Unternehmen zahlen. Diese Kehrtwende muss auch für die anderen Fraktionen nachvollziehbar sein. Als Erklärung wird die wesentlich veränderte Vertragsstruktur angeführt. Sehr wichtig ist an dieser Stelle, dass die 198 Millionen Euro eben keine klassischen Mehrkosten sind, also aus geprüften und dem Grunde und der

Höhe nach für richtig befundenen Mehrkostenforderungen von HOCHTIEF resultieren, sondern dass es sich hierbei um einen politischen Preis handelt. Mit diesen 198 Millionen Euro wird die Bereitschaft von HOCHTIEF honoriert, die bisherige Vertragssituation zu ändern und in ein neues Vertragsgeflecht zu wechseln. Worin, so muss man aber fragen, besteht diese Vertragsveränderung? Auffällig ist, dass der Generalplaner, also Herzog & de Meuron, als ehemals eigenständiger Vertragspartner unter die Oberhoheit von HOCHTIEF gestellt wird. Im Konfliktfall bedeutet das Konstrukt der künstlerischen Oberleitung, dass die Architekten sich nicht werden durchsetzen können. Damit ist eine für die Stadt schwierige vertragliche Dreiecksbeziehung aufgelöst, aber man muss sich fragen, welche Konsequenzen das hat, denn natürlich besteht die Gefahr, dass diese neue Einigung zulasten der Qualität am Bau geht.

Aber man kann die Vertragsveränderung auch wie folgt interpretieren: HOCHTIEF hat sich gegen die Architekten durchgesetzt, 198 Millionen Euro kassiert und die Strafzahlungen an die Stadt in Höhe von 40 Millionen Euro gespart. Bei einem Bauwerk, das für die Stadt von so zentraler Bedeutung ist und für das schon so viel Geld ausgegeben wurde und noch einmal fast 200 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben werden, kann es aber nicht sein, dass man die Qualitätsfrage allein HOCHTIEF überlässt, einem Bauunternehmer, der ein natürliches Interesse daran hat, möglichst kostengünstig zu bauen. Insofern wird man die Frage stellen dürfen, ob die Vertragsänderung, die jetzt die alleinige Deutungshoheit über den Bau HOCHTIEF zuspricht, nicht genau das ist, was sich HOCHTIEF schon immer gewünscht hat. Wenn das aber so ist, dann muss man doch die Frage stellen, wofür die Stadt 198 Millionen Euro bezahlt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Dietrich Wersich CDU und Robert Bläsing FDP)

Sie sehen, wir stellen uns viele Fragen und es geht um sehr viel Geld.

Wir bieten Ihnen an, die parlamentarische Beratung konstruktiv zu begleiten. Voraussetzung dafür ist aber, dass Sie gegenüber dem Parlament Transparenz herstellen und uns die Akteneinsicht über den Verhandlungsprozess im letzten Jahr gewähren, dem Parlament also alle internen Unterlagen zur Verfügung stellen, die es braucht, um diesen Abwägungsprozess vom Ablauf des ersten Ultimatums im Mai letzten Jahres bis zur Entscheidung im Dezember 2012 nachzuvollziehen. Mit dem heutigen Akteneinsichtersuchen berufen wir uns auch auf eine Zusage des Bürgermeisters, die Sie, Herr Scholz, im Rahmen der Haushaltsberatungen am 11. Dezember 2012 hier im Parlament gegeben haben. Herr Bürgermeister, Sie sagten damals, es müsse gewährleistet sein – ich zitiere –:

(Dr. Eva Gümbel)

"[...] dass jeder und jede nachvollziehen kann, was die Alternativen sind [...]."

Jeder soll die Entscheidung nachvollziehen können, damit es nicht eine Entscheidung ist, die der Senat alleine trifft. Genau das ist unser Wunsch. Wir wollen die Entscheidung nachvollziehen können, und dazu benötigen wir die entsprechenden Informationen. Der Bürgermeister hat sich viel Zeit für seine Abwägung genommen, und ich finde, die Zweifel des Bürgermeisters sind auch das beste Argument für die rückhaltlose Offenlegung aller Entscheidungsgründe.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe bisher eher zu den Optimisten beziehungsweise Optimistinnen in Sachen Elbphilharmonie gehört.

(*Dietrich Wersich CDU:* In Sachen SPD!)

Ich habe darauf gesetzt, dass wir, wenn wir gründlich genug aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und HOCHTIEF nichts durchgehen lassen, zwar nicht ungeschoren davonkommen und gar nichts dazuzahlen müssen, dann aber doch schnell wieder auf einen guten Weg kommen, den Wandel schaffen und uns endlich wieder mit den eigentlichen Fragen beschäftigen können.

(*Andreas C. Wankum CDU:* Was sind die denn? – *Antje Möller GRÜNE:* Geld ist nicht so wichtig!)

Die eigentlichen Fragen aus Sicht einer Kulturpolitikerin sind natürlich: Was soll und wird die Elbphilharmonie für die Stadt sein, was soll die Musikstadt sein, und wie bekommen wir dieses dann großartige Konzerthaus gefüllt mit vielfältigem Leben?

(*Dietrich Wersich CDU:* Das stimmt, dazu sind Sie noch gar nicht gekommen!)

Das wäre dann endlich wieder Kultur im eigentlichen Sinne und ganz nach meinem Geschmack.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Zwischen Wunsch und Wirklichkeit gibt es eine gewisse Lücke,

(*Jens Kerstan GRÜNE:* 200 Millionen Euro, was ist das schon?)

das gebe ich gerne zu, aber auch das ist nichts Außergewöhnliches im Leben von uns Politikern und Politikerinnen; eine gewisse Durststrecke dürfte noch vor uns liegen. Ende Februar aber werden wir wissen, ob auf Basis des Angebots von HOCHTIEF eine Neuordnungsvereinbarung zustande

kommt – natürlich vorbehaltlich der Zustimmung dieses Hauses –, mit der die Risiken zukünftig aufseiten von HOCHTIEF liegen und die Stadt nur noch – wobei "nur noch" natürlich ein großes Ding ist – darauf schauen muss, dass das gebaut wird, was wir auch bestellt haben. Außerdem besteht, wenn es so kommt, wie wir hoffen, die reelle Chance, dass endlich mit dem ewigen Gerangel zwischen den Verantwortlichen – zwischen Generalplaner und Generalunternehmer, HOCHTIEF und Herzog & de Meuron –, einem Geburtsfehler des Projekts, Schluss sein wird. Und was am Wichtigsten ist: Dann wissen wir endgültig, wie teuer uns dieser Prestigebau kommen wird und wann wir ihn in Besitz nehmen können. Aber ich gebe zu, dass ein bitterer Nachgeschmack bleibt. Es werden insgesamt 575 Millionen Euro netto sein. Dazu werden noch Steuern kommen, Zinsen sind bereits geflossen und werden auch weiterhin in nicht unbeträchtlicher Höhe fließen.

All das ist natürlich eine Zumutung. Es ist eine Zumutung für jede Bürgerin und jeden Bürger, und es ist vor allen Dingen eine Zumutung im Zusammenhang mit Haushaltskonsolidierung und Schuldenbremse; da gibt es überhaupt kein Drumherum. Das ist eine bittere Pille, darüber kann dann auch die netteste Verpackung, sei es die Außenhaut oder sei es die Innenhaut im Saal, nicht hinwegtäuschen. Allerdings sehe ich trotzdem keine Alternativen. Vorschläge, einen halbfertigen Bau zum Mahnmal für Größenwahn zu erklären, zeugen eher von einem mir nicht ganz fremden Bedürfnis, dieses Projekt endlich in den Griff zu bekommen; ernsthaft in Betracht kommt so etwas natürlich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Eine solche Bankrotterklärung käme eine Stadt wie Hamburg letztendlich viel teurer zu stehen als das, was wir jetzt haben. Nun könnte man zwar nach der unrühmlichen Vorgeschichte sagen: Ist der Ruf erst ruiniert, dann lebt es sich ganz ungeniert. So machen wir es aber nicht, das wäre durchaus unhanseatisch und nicht angemessen. Bleibt als Alternative nur, aus unserem Herzen keine Mördergrube zu machen und HOCHTIEF in die Wüste zu schicken, wahlweise auf den Mond. Noch haben wir keinen ausgearbeiteten Vertrag. Der Senat hat deshalb in weiser Vorausschau erstens für den Fall der Fälle ein Szenario für den Ausstieg vorbereitet, zweitens für diesen Fall eine Klausel verabredet, die uns sofortiges Kündigungsrecht und sofortigen Zugang zur Baustelle sichert, und drittens die Kosten grob kalkuliert, die auf uns zukämen, wenn die Stadt selbst weiterbauen würde.

(*Andreas C. Wankum CDU:* Haben Sie die Kalkulation gesehen?)

Das sind alles sehr vernünftige und unabdingbare Verabredungen, die wir brauchen.

(Gabi Dobusch)

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem, ich will das gar nicht verleugnen, war für mich das Ernüchterndste: Die Kosten sind mehr oder weniger gleich, ob mit HOCHTIEF oder ohne.

(*Dietrich Wersich CDU*: Was kennen Sie denn da? Das behaupten Sie! Haben Sie das gesehen? – *Katja Suding FDP*: Was haben Sie denn da gesehen?)

Es bleibt also wie im antiken Heldenepos eine Entscheidung zwischen zwei gleich großen Übeln; Skylla und Charybdis lassen grüßen. Entweder wir setzen nach all den schlechten Erfahrungen mit HOCHTIEF und den Verträgen wieder auf eine solche Lösung – und da weiß ich nicht, ob dabei den Juristen oder einer Nicht-Juristin wie mir mehr heiß und kalt wird – oder wir gehen all die Risiken ein, die eigenes Bauen, also Neuvergabe, Übernahme von Gewährleistungen, siehe Berlin, so mit sich bringen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Dobusch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich?

Gabi Dobusch SPD (fortfahrend): Nein, er ist ja gleich dran.

Ich bin mir sicher, dass allen, die die Aussagen der ReGe im Untersuchungsausschuss verfolgt haben, auf jeden Fall heiß und kalt würde.

Meine Damen und Herren! Wir haben in Sachen Elbphilharmonie von Anfang an auf Transparenz gesetzt – deshalb gab es den ersten PUA, deshalb gibt es den aktuellen PUA –, und das wird auch weiterhin gelten.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das ist ja völlig neu!)

Der Senat hat frühzeitig das Gespräch mit den Oppositionsführerinnen und -führern gesucht und wird das auch weiterhin tun. Er hat uns zügig eine Mitteilung mit den Fakten vorgelegt, auf deren Grundlage wir hier debattieren.

(*Antje Möller GRÜNE*: Aber Sie haben kein Wort dazu gesagt!)

Wir werden das, wie versprochen, natürlich auch zur Vertiefung der Debatte an den Kulturausschuss überweisen. Dass alle Vertragsabschlüsse dem Vorbehalt der Zustimmung der Bürgerschaft unterliegen, versteht sich von selbst. Im Kontext dieser Zustimmungsdrucksache soll und wird alles vorgelegt werden; insoweit sind wir uns einig. Bezüglich der Zeitschiene liegen die Vorstellungen im Moment noch auseinander. Wir schlagen vor, nicht während, sondern nach dem Verhandlungsprozess alles offenzulegen,

(*Anja Hajduk GRÜNE*: Ah ja!)

denn ich kann mir nicht vorstellen, dass der Prozess davon profitiert, wenn wir 121-stimmig – plus Senat – verhandeln.

Noch etwas zum Thema Frist – da spreche ich direkt die ehemaligen Senatorinnen und Senatoren an –: Sie sollten eigentlich wissen, dass elf Werk-tage für eine Aktenvorlage eine unrealistische Zeitvorgabe ist.

(Beifall bei der SPD)

Aber Ende Februar ist alles in Ordnung. Alles soll und muss Ende Februar auf den Tisch, da sind wir uns einig, denn wir wissen, dass nur Transparenz wieder Akzeptanz schafft. Wir als Bürgerschaft sollen und müssen alles wissen, um dann im Frühjahr sorgfältig und ohne Hast eine verantwortliche Entscheidung treffen zu können. Dafür werden wir sorgen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Bis sich die Elbphilharmonie mit ihren vielen, vielen Geburtsfehlern wieder in einen von Hamburg und seinen Bürgerinnen und Bürgern geliebten Schwan verwandelt, wird wohl noch einiges Wasser die Elbe hinunterfließen. Wir wollen das Projekt aber – ich hoffe, Sie wollen es auch noch –, und wir wollen es so gut es geht und ordentlich zu Ende bringen. Ich fände es gut und in der Sache auch angemessen, wenn wir das mit möglichst breiter Unterstützung aus diesem Hause weiter bewegen, begleiten und beschließen könnten. Dazu werden wir unseren Beitrag leisten. Gerade diejenigen, die in den letzten Jahren Verantwortung für dieses Projekt getragen haben, sollten jetzt nicht abseits stehen, sondern weiter Verantwortung übernehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Dobusch, Ihre Rede war nichts anderes als Verdunkelung, Beschwichtigung und Flucht aus der Verantwortung.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

So haben Sie dem Projekt Elbphilharmonie und Ihrer Fraktion keinen Dienst erwiesen.

Ich möchte zu Beginn noch einmal ausdrücklich sagen: Die Elbphilharmonie ist eine faszinierende Idee Hamburger Bürger gewesen. Es war eine mutige Entscheidung

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Mutig?)

des damaligen Senats, diese Elbphilharmonie zu realisieren.

(Dietrich Wersich)

(Dirk Kienscherf SPD: Fahrlässig! Sie haben uns das eingebrockt!)

Und es ist richtig – alle wissen es und keiner bestreitet es –, dass am Anfang Fehler gemacht wurden. Aber, Herr Kienscherf, es ist auch richtig, dass dieses Projekt von CDU, SPD und GRÜNEN in diesem Haus gewollt und gemeinsam beschlossen worden ist.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und bei Dr. Andreas Dressel und Dirk Kienscherf, beide SPD)

Es waren Politiker wie Willfried Maier und Dorothee Stapelfeldt, die viele gute und auch teure Ideen eingebracht haben

(Zurufe von der SPD)

und damit wesentlich dazu beigetragen haben, dass aus der Elbphilharmonie mehr geworden ist und dass sie teurer geworden ist.

(Beifall bei der CDU)

Diese Wahrheit gehört dazu.

Ich habe großes Verständnis für diejenigen in der Stadt, die von der Elbphilharmonie eigentlich nichts anderes mehr hören wollen als die Musik vom Eröffnungskonzert. Dennoch glaube ich, dass es unsere Pflicht ist, angesichts der dort zu verbauenden Steuergelder Transparenz darüber zu schaffen,

(Dr. Martin Schäfer SPD: Jetzt endlich mal!)

wieso dieses Bauvorhaben jetzt erneut innerhalb kürzester Zeit so viel teurer wird. Diese Pflicht zur Transparenz hat in dieser Stadt einer, der die Verantwortung trägt, die hat Bürgermeister Olaf Scholz.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Deshalb erwarten wir auch, dass heute derjenige redet, der die Verhandlungen fast im Alleingang an sich gezogen hat, nämlich der Bürgermeister. Wenn der Bürgermeister und die SPD ihrer parlamentarischen Verantwortung nicht gerecht werden, dann ist es einfach nur unsere Pflicht als Oppositionsabgeordnete,

(Dirk Kienscherf SPD: Heuchlerisch!)

Aufklärung in die Vorgänge rund um die Elbphilharmonie zu bringen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN und der FDP)

"Statt Millionen Steuergelder als so genannte Einigungssumme auszugeben, müssen die überhöhten Forderungen des Baukonzerns zurückgewiesen und der Baukonflikt vor ein Schiedsgericht gebracht werden."

"Die Stadt muss sich jetzt unverzüglich und mit allen juristischen Möglichkeiten aus der

Vereinbarung lösen und die gesamten Mehrkosten in einem Schiedsgutachterverfahren klären lassen. Nur so kann eine weitere Kostensteigerung zu Lasten der Steuerzahler vermieden werden."

"Wir haben den Senat davor gewarnt, den Nachtrag 4 mit dem Generalunternehmer abzuschließen und damit auf dessen überhöhte Forderungen einzugehen."

Diese drei Zitate aus dem Februar 2010 stammen von Peter Tschentscher, heute Finanzsenator in diesem Senat. Das war damals die Haltung der SPD, und ich frage mich, was von dieser kritischen Haltung aus den Tagen, in denen Sie keine Verantwortung trugen, übrig geblieben ist.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Nichts, wirklich gar nichts von dieser Haltung ist in dem Beschluss übrig geblieben.

Im Nachtrag 4 sind damals, wir müssen uns das vor Augen halten, die Mehrkosten detailliert aufgelistet gewesen. Dieser Nachtrag 4 war Anlass für einen Untersuchungsausschuss. Er war aber auch Anlass für die Stadt, aus dem Verfahren mit HOCHTIEF zu lernen und sich das Claim Management nicht mehr gefallen zu lassen. In der Folge dieses Nachtrags 4 hat die Stadt bei der ReGe erheblich aufgerüstet. Die von HOCHTIEF verursachten Mängel und Fehler wurden gutachterlich fixiert, eine Vertragsstrafe in Höhe von 40 Millionen Euro geltend gemacht und Vorbereitungen getroffen, um von HOCHTIEF Schadensersatz zu verlangen. Nachdem politisch entschieden wurde, HOCHTIEF mit der Kündigung zu drohen, wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, tatsächlich ohne HOCHTIEF weiterzubauen. All das hat der Geschäftsführer der ReGe, Herr Leutner, vor dem letzten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss sehr eindrucksvoll dargelegt.

(Ole Thorben Buschhüter SPD: Stimmt überhaupt nicht!)

In diesem Sinne sind auch Barbara Kisseler und Olaf Scholz mit dem Schlachtruf "Keine Spielchen mehr, genug gezahlt, Nachtrag 4 hält" in die Stadt gezogen. Mit diesem Kampfruf haben sie Ultimaten verkündet und mit Kündigung gedroht. Und dann dieser 15. Dezember. Mit einer Handbewegung wischt der Senat all diese Forderungen vom Tisch. Wir erleben eine 180-Grad-Wende. Es sollen 198 Millionen Euro mehr ausgegeben werden. Es hat selten ein Beispiel gegeben, wie jemand als brüllender Tiger gestartet und als Bettvorleger, in diesem Fall vor HOCHTIEF, gelandet ist.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN, der FDP und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Ich frage Sie von der SPD: Ist das Ihre Konsequenz aus Ihrer eigenen Haltung von 2010? Ist

(Dietrich Wersich)

das Ihre Konsequenz aus dem Nachtrag 4? Ist das die Konsequenz, die die SPD aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses zieht?

Zu diesem 180-Grad-Kursschwenk hat der Bürgermeister viel geredet, aber nichts gesagt. Warum ist der im Juli als großer Durchbruch verkündete Vertrag mit HOCHTIEF geplatzt? Was waren die wahren Gründe? Warum hat der Senat anderthalb Jahre lang die Haltung eingenommen, HOCHTIEF nicht mehr Geld zu bezahlen, und warum hat er diese Haltung dann plötzlich aufgegeben? Welcher Schaden ist der Stadt durch diesen Konfrontationskurs und den einjährigen Baustillstand entstanden? Hat sich etwa der sonst so unfehlbare Bürgermeister geirrt?

Herr Scholz, benennen Sie Ihre eigene Verantwortung, benennen Sie Ihre Fehler und bekennen Sie sich zu ihnen. Tragen Sie diese Verantwortung.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Wir fragen aber auch: Warum hat uns der Bürgermeister vor Weihnachten eigentlich nur die Hälfte der Wahrheit erzählt? Denn die Summe von 198 Millionen Euro zusätzlicher Kosten für die Stadt stimmt nicht. Da ist nicht nur die Sache mit der vergessenen Mehrwertsteuer, da sind nicht nur die städtischen Kosten, die durch die Verlängerung der Bauzeit noch weiter steigen werden, sondern da ist auch der Verzicht auf die der Stadt vertraglich zustehende Vertragsstrafe von 40 Millionen Euro,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und da ist der Verzicht auf Schadensersatzforderungen, die im hohen zwei- bis dreistelligen Bereich liegen. Das kostet die Stadt nicht 198 Millionen Euro mehr, sondern der Bürgermeister hat auf über 300 Millionen Euro für die Stadt verzichtet.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Warum, so frage ich Sie, hat der Bürgermeister die Fakten zum Alternativ-Szenario verschwiegen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Stimmt nicht! Ich war ja dabei, das stimmt überhaupt nicht!*)

und zwar sowohl in der Öffentlichkeit als auch im gemeinsamen Gespräch mit den Fraktionsspitzen? Er hat eine Scheinalternative vorgestellt.

Was und wie kalkuliert die Stadt den Weiterbau ohne HOCHTIEF? Welche Einschätzung der städtischen Behörden und der ReGe liegen dazu vor, welche Gutachten Dritter? Welche Ansprüche hat die Stadt aus Vertragsstrafen und Schadensersatz? Weshalb stimmt der Bürgermeister einer Lösung ohne Schiedsgerichtsverfahren zum Streit der Vergangenheit zu?

Auf all diese Fragen gab es vor Weihnachten keine Antwort und es gab auf sie in den Schriftlichen Kleinen Anfragen keine Antworten. Ich hoffe und erwarte, dass es heute dazu Antworten gibt.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Bei Regierungsübernahme betrug die Bauzeitverlängerung 14 Monate – für drei dieser Monate hat die Stadt die Verantwortung übernommen, elf Monate hat HOCHTIEF verschuldet – und es war die Rede von 323 Millionen Euro für HOCHTIEF. Zwei Jahre später reden wir über 55 Monate Bauzeitverlängerung und über 300 Millionen Euro Mehrkosten. Das ist die erschreckende Bilanz von zwei Jahren Management der Elbphilharmonie von SPD und Olaf Scholz.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Ich will gar nicht weiter auf die anderen Fragen eingehen, die sich mit der Neuordnung stellen, beispielsweise hinsichtlich der Qualität. Was wird aus den 7300 festgestellten Mängeln, sind die auch alle weggewischt? Was wird mit den Ansprüchen auf Vertragsstrafe? Die Verhandlungen, die zu diesem Angebot geführt haben, hat der Bürgermeister selbst geführt. Diese Entscheidung hat er selbst getroffen. Und deswegen muss er hier Rede und Antwort stehen, hier im Parlament und in unseren Ausschüssen. Deswegen, Frau Dobusch, reichen auch die ständigen Vorwürfe gegenüber den Vorgängersensaten nicht aus; das nimmt Ihnen in Hamburg niemand mehr ab.

(Zurufe von der SPD – *Dirk Kienscherf SPD: Sie sind doch verantwortlich!*)

Olaf Scholz muss endlich zu seiner eigenen Verantwortung stehen, und dazu gehört auch, zu eigenen Fehlern zu stehen.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und bei *Robert Bläsing FDP*)

Weil Sie gerade auf uns verweisen: Dazu gehört auch ein veränderter Umgang mit der Opposition. Zu Beginn des Baus, in der Entscheidungsphase, haben wir das mit CDU, SPD und GRÜNEN gemeinsam gemacht; FDP und Linkspartei waren damals nicht dabei. Es wurde gemeinsam besprochen, es wurde gemeinsam gewollt, es wurde gemeinsam beschlossen, die Verträge lagen zu Ihrer Einsichtnahme aus. Olaf Scholz dagegen ist in den ersten zwei Jahren nicht ein einziges Mal auf die Oppositionsfractionen zugegangen. Er hat unsere Vorschläge, die wir Ende 2011 und im Juni 2012 gemacht haben, schlichtweg ignoriert. Wer so handelt, wer so wenig Wert auf die Einbeziehung der anderen Parteien legt, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, keinen Willen zur politischen Zusammenarbeit zu haben und diese Lösung ausschließlich gewählt zu haben, um politische Scha-

(Dietrich Wersich)

denzbegrenzung zugunsten der eigenen Person zu betreiben. Auf diese Weise sollen die eigenen Irrtümer und Fehler zulasten des Steuerzahlers ausgegült werden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Also, Herr Neumann wurde nie eingeladen!)

Deshalb wird und muss die Opposition ...

(Zurufe aus dem Plenum)

– Ich verstehe ja die Unruhe auf der Senatsbank, aber nicht Herr Dressel braucht Anweisungen, wie er zu reden hat, sondern der Bürgermeister muss vor das Parlament treten.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP – Dirk Kienscherf SPD: Nichts haben Sie eingebunden damals, gar nichts!)

Genau deshalb muss und wird die Opposition für demokratische Kontrolle und Transparenz sorgen. Deshalb erwarten wir Ihre Klarstellung. Deshalb beantragen wir heute die Einsicht in Akten, Unterlagen, den E-Mail-Verkehr und die Gutachten, damit die Wahrheit ans Licht kommt, denn nur wer Transparenz schafft, kann mit Unterstützung rechnen. Die großartige Idee der Elbphilharmonie sollte Ihnen das wert sein, Herr Bürgermeister. Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Geschichte Hamburgs gab es wohl kaum ein städtisches Projekt, das mit solch exorbitanten Zahlen verbunden ist wie das Projekt Elbphilharmonie.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Dabei geht es nicht nur um Hunderte Millionen Euro, mit denen der Steuerzahler jetzt konfrontiert wird, leider gilt das auch in ganz anderer Beziehung. Wir haben es einmal nachgerechnet. Seit Beginn dieser Legislaturperiode sind 104 Anfragen zum Bauprojekt Elbphilharmonie an diesen Senat gestellt worden, davon 58 Anfragen allein seit April vergangenen Jahres. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse erreichen auch ein Rekordniveau, sie gehen nämlich praktisch gegen null. Dieser Senat mauert dramatisch, wenn es um die Weitergabe von Informationen geht, er mauert aber nach wie vor leider nicht am Problembauwerk Elbphilharmonie.

(Beifall bei der FDP)

Diese Informationsverweigerung findet statt angesichts Hunderter offener Fragen zur geplanten

Neuordnungsvereinbarung. Sie ergeben sich aus der vorliegenden Drucksache, die der Senat der Bürgerschaft vor Kurzem zugeleitet hat. Offene Fragen gibt es zu den tatsächlich anfallenden Kosten, zu der vereinbarten Mehrvergütung in Höhe von mindestens 198 Millionen Euro, zur Haftung des Generalplaners, zur personellen Neuausrichtung bei der ReGe, zu den Vertragsstrafen und zu vielen anderen Punkten. Und die Fülle der offenen Fragen erscheint vor dem Hintergrund des Rücktritts von Herrn Leutner umso dramatischer.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann müssen Sie mal beantworten, ob Sie das der ReGe zutrauen!)

Wenn der oberste Projektverantwortliche hinschmeißt, wenn Mister Elbphilharmonie, wie die GRÜNEN ihn nennen, nicht mit der vom Bürgermeister geforderten Neuordnungsvereinbarung einverstanden ist und seinen Hut nimmt, dann liegt nicht nur beim Bau, sondern auch beim Senatsmanagement zur Rettung der Situation offenbar vieles im Argen.

(Beifall bei der FDP – Ole Thorben Buschhüter SPD: Sie waren ja dabei!)

Dafür sprechen auch die Äußerungen von Herrn Leutner im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss am 8. Januar. Er hat den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses sinngemäß viel Spaß beim nächsten PUA zur derzeitigen Neuordnungsvereinbarung gewünscht. Das können wir hier im Hause wohl nur als böses Omen werten. Alles andere als hoffnungsvoll stimmt auch die Aussicht, dass der Senat nun vorhat, mit HOCHTIEF bis zum 28. Februar ein neues Vertragswerk zu formulieren. Was also in fast zwei Jahren in einem unablässigen Strom aus Drohungen, Absichtserklärungen, Rahmenvereinbarungen und wieder neuen Drohungen nicht gelungen ist, das soll jetzt ganz plötzlich in gerade einmal acht Wochen zur tragfähigen Basis für die Neuordnung des Projekts werden. Hierzu hat Herr Leutner am 8. Januar im PUA gesagt – ich zitiere –:

"Jetzt haben wir den Druck, bis Ende Februar etwas fertigzustellen, das ist halt so."

Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber, dass Druck nie das richtige Mittel sein kann, um ein Großprojekt wie die Elbphilharmonie erfolgreich umzusetzen. Das gilt erst recht für diesen Senat, der seit fast zwei Jahren versucht, immer wieder Druck aufzubauen und trotzdem nicht weiterkommt.

(Beifall bei der FDP)

Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, versuchen stattdessen jetzt, mit einem offenbar ebenso untauglichen Rezept weiterzukommen. Sie vollziehen eine 180-Grad-Wende weg von der Konfrontationspolitik, die das Verhältnis zu HOCHTIEF nachhaltig

(Katja Suding)

vergiftet hat, und versuchen nun, mit mindestens 198 Millionen Euro einen Burgfrieden zu erkaufen. Ob aber alternativ die Kündigung der Verträge mit HOCHTIEF vielleicht auch ein gangbarer Weg ist, kann die Bürgerschaft auf Grundlage der bisherigen Informationspolitik des Senats nicht bewerten. Wir haben weder detaillierte Informationen zu der vorgesehen Neuordnungsvereinbarung noch grundlegende Informationen zu dem durch die ReGe vorbereiteten Kündigungsszenario.

Meine Damen und Herren! Für die FDP-Fraktion gilt wie für die Hamburger Öffentlichkeit: Wir sind angesichts des Ausmaßes des Desasters Elbphilharmonie nicht weiter bereit, die Katze im Sack zu kaufen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Muss ja auch keiner!)

Wir unterstützen deshalb das Aktenvorlageersuchen. Und wir fordern den Senat dringend auf: Ändern Sie in Sachen Elbphilharmonie Ihre Informationspolitik, überwinden Sie Ihre Bunkermentalität und informieren Sie das Parlament endlich anständig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich etwas Grundsätzliches sagen. An und für sich war die Rede von Herrn Wersich gut,

(Wolfgang Ploog CDU: Was heißt "an und für sich"?)

aber es war im Ursprung keine gute Rede. Eines möchte ich deutlich sagen: Der Tag, an dem diese Bürgerschaft einen einstimmigen Beschluss über die Elbphilharmonie gefasst hat und die Art und Weise, wie dies durchgeführt wurde – das müssen wir mit den heutigen Drucksachen doch auf jeden Fall feststellen –, ist einer der peinlichsten Momente, die diese Bürgerschaft je erlebt hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist eine der größten Niederlagen der politischen Klasse und wirklich hochnotpeinlich. Das haben wir in allen Bürgerschaftsdiskussionen festgestellt. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Schauen Sie sich einmal die gesamte Diskussion über Preissteigerungen bei aktuellen Bauprojekten in der Bundesrepublik an. Sie werden feststellen, dass Hamburg und die Elbphilharmonie bisher wirklich einmalig sind. Anders als alle anderen Großbauprojekte haben wir mindestens eine Verfünffachung, wenn nicht eine Verzehnfachung des Preises, den wir als Bürger zu bezahlen haben. Das ist einmalig dumm,

(Beifall bei der LINKEN – Olaf Ohlsen CDU: Schlauredner!)

und es ist entsprechend zu kritisieren. Zu sagen, Sie hätten das damals alle gemeinsam toll gemacht, ist wirklich peinlich, darüber kann man nicht hinweggehen.

(Zurufe von Finn-Ole Ritter FDP – Olaf Ohlsen CDU: Du bist ja nicht dabei gewesen, Hackbusch!)

– Genau so sehen Sie, Herr Ritter, auch aus. Sie wollen Vorsitzender der FDP werden und meinen, die 500 Millionen Euro könnte man auch noch rauschütten. So gehen Sie mit Geld um, peinlich, peinlich.

Gegenwärtig ist das nur der Anfang einer Debatte, denn die fünfseitige Drucksache vermittelt noch nicht so richtig, wo wir gegenwärtig stehen. Es gibt einige dürre Zahlen, aber um das ernsthaft diskutieren zu können, müssen wir natürlich mehr Informationen bekommen, das haben alle Redner ausgeführt. Doch ich bin schon jetzt äußerst skeptisch. In diesem Papier tauchen einige Begriffe auf, die alle Spezialistinnen und Spezialisten in Sachen Elbphilharmonie schon kennen, zum Beispiel der Begriff Pauschalpreis.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau! Ganz genau!)

Hier gehen bei mir alle Alarmglocken an. Sie sind sehr mutig, diesen Begriff zu benutzen und müssen das wirklich gut begründen. Herr Bürgermeister, zweitens haben Sie es gewagt zu sagen, HOCHTIEF verpflichtete sich, kein Claim-Management mehr zu machen. Sprechen Sie einmal mit irgendjemandem von der Bauwirtschaft. Alle werden Ihnen sagen, dass es kein Bauunternehmen in der Bundesrepublik gibt, das kein Claim-Management macht. Sie können noch so viel versprechen, aber nur dann, wenn sich dies rechtlich durchsetzen lässt – und das wird es nicht –, wird es anders aussehen. Ich habe deshalb das Gefühl, dass Sie mit Naivität an die Sache herangehen. Wir werden das genau beobachten.

Weiter ist wichtig, dass wir seit Dezember 2008 eine völlig veränderte Situation dessen haben, auf was die Stadt gebaut hat; ich will das genauer ausführen. Seit Dezember 2008 hat die ReGe einen großen Anteil der 40 Millionen Euro, die wir in den vergangenen Jahren für ihre Arbeit ausgegeben haben, darauf verwendet, um gewissermaßen ein Gegen-Claim-Management gegenüber HOCHTIEF aufzubauen. Das wurde von uns allen in der Bürgerschaft unterstützt, weil wir meinten, gegen ein Bauunternehmen wie HOCHTIEF antreten zu können. Es wurden Akten gefüllt und unglaublich viel geprüft im Gegensatz zu dem, was bei Nachtrag 4 alles nicht geprüft wurde, was vernünftig war und was HOCHTIEF nicht gemacht hat. Mit dieser Entscheidung, Herr Bürgermeister und SPD-Fraktion,

(Norbert Hackbusch)

treten Sie alles, was dort in den vergangenen Jahren aufbereitet wurde, in die Tonne und meinen, das wird mit HOCHTIEF schon irgendwie gut gehen. Diesen Schritt möchte ich begründet bekommen, denn für diese Arbeit der ReGe wurden wirklich Dutzende von Millionen Euro ausgegeben. Man muss sehr mutig sein, um einen solchen Schritt zu tun. Wir werden kritisch nachvollziehen, was dort schon gemacht worden ist.

Ich komme zum letzten Punkt. Die 575 Millionen Euro, die gegenwärtig als Preis genannt werden, beziffern natürlich auch nicht die wahre Summe; das hat Herr Wersich schon ausgeführt. Dieses Geld erhält HOCHTIEF netto von der Stadt, das heißt, sämtliche Kosten, die bisher für die Architekten anfielen, alle künftigen Kosten für die ReGe, die Umsatzsteuer, sämtliche Kosten für Toyota – auch bei den Klangkörpern ist mir noch nicht klar, wie die bezahlt werden – sind noch nicht eingepreist. Es werden noch etliche andere Kosten dazukommen. Wir verlangen von Ihnen, dass Sie nicht nur den Nettobetrag für HOCHTIEF nennen, sondern dass Sie sagen, wie teuer das Projekt insgesamt für diese Stadt wird. Ich bin mir sicher, dass es ein Betrag weit über 800 Millionen Euro sein wird, aber das werden wir uns in der Drucksache ansehen.

Zusammengefasst: Wir haben die peinlichste Sache aufzuarbeiten, die diese Bürgerschaft je beschlossen hat. Wir werden sehr sorgfältig damit umgehen. Ich befürchte, dass sich die SPD als Nächste – nachdem es vorher schon Schwarz-Grün passiert ist – über den Tisch hat ziehen lassen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nur DIE LINKE, die hat immer recht!)

Das ist meine Kritik, und auf diese Punkte werden wir kritisch achten; mal gucken, was die Debatte noch bringt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Senatorin Kisseler hat jetzt das Wort.

Senatorin Barbara Kisseler: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie Sie sehen, spricht nicht der Erste Bürgermeister, zuständig bin ich allerdings trotzdem.

(Dietrich Wersich CDU: Für welchen Teil?)

Meine Vorredner haben alle vom Senat mehr Transparenz gefordert und sowohl hier als bis heute Mittag auch in den Medien noch reklamiert, dass sich der Senat nicht ausreichend zu Schriftlichen Kleinen Anfragen und dem Verhandlungsstand im Ganzen verhielte.

(Beifall bei Jörg Hamann CDU – Dietrich Wersich CDU: So ist es!)

An dieser Stelle darf ich der Klarheit halber noch einmal darauf hinweisen, dass der Senat bisher keine Vereinbarung oder gar einen Vertrag mit HOCHTIEF geschlossen hat.

(Andreas C. Wankum CDU: Also erst hinterher!)

– Wenn Sie einfach zuhören könnten, würde das helfen.

(Beifall bei der SPD)

Dem Senat liegt seit dem 14. Dezember 2012 ein Angebot – ich betone, ein Angebot – von HOCHTIEF vor. Wenn es dieses Angebot nicht gegeben hätte, dann hätten wir gekündigt.

(Andreas C. Wankum CDU: Und dann?)

Der Senat hat beschlossen, auf der Grundlage genau dieses Angebots die Verhandlungen mit HOCHTIEF fortzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Die Besonderheit von Vertragsverhandlungen, das darf man bei der Projektgeschichte der Elbphilharmonie wohl voraussetzen, ist allen Anwesenden bewusst. Ich freue mich, liebe Frau Dr. Gümbel, dass Sie bereits 2008 an dieser Stelle etwas klargestellt haben, dem wir aktuell zustimmen können. Zutreffend stellten Sie in der Plenarsitzung vom 5. November 2008 fest, dass man nicht aus laufenden Verhandlungen berichten kann, sondern erst in dem Augenblick, wenn diese abgeschlossen sind. Sie fügten hinzu – ich zitiere –:

"Das ist nicht so kompliziert zu verstehen."

Sie hatten recht.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Frau Senatorin, entschuldigen Sie. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hamann?

Senatorin Barbara Kisseler (fortfahrend): Ich bin so wunderbar im Fluss. Nein, danke.

(Jörg Hamann CDU: Das ist auch nur Ihre Meinung!)

Insofern wundere ich mich über die heutige Initiative der Oppositionsparteien, mit der Sie mitten in den Verhandlungen, in denen wir versuchen, das beste Ergebnis für die Stadt zu erreichen, eine komplette Offenlegung aller Unterlagen einfordern.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist Demokratie!)

Die Frage ist an dieser Stelle, glaube ich, erlaubt: Wem wollen Sie damit nützen? Das Einzige, was Sie damit erreichen, ist, dass Sie die Position unseres Verhandlungspartners HOCHTIEF stärken, der sich ganz bestimmt über so viel unerwartete

(Senatorin Barbara Kisseler)

Transparenz mitten in den Verhandlungen freuen würde.

(Beifall bei der SPD)

Dem Senat, und ich dachte auch der Opposition, geht es immer noch um die Interessen der Stadt. Der Stadt erweisen Sie damit ganz sicher einen Bärendienst.

(*Jörg Hamann CDU*: Das ist ja unmöglich! Was ist das für eine Argumentation?)

Ich würde sogar, ehrlich gesagt, so weit gehen zu behaupten, dass ein solcher Dienst für eine ganze Bärenhorde ausreichen würde.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings ist diesem Senat auch klar, dass das Projekt Elbphilharmonie ein besonderes Projekt ist und dass auf dem Weg zur Fertigstellung dieses Projekts leider viel Vertrauen zwischen allen Beteiligten und nicht zuletzt auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt verloren gegangen ist. Es ist diesem Senat, dem Ersten Bürgermeister und mir persönlich ein ernsthaftes Anliegen, genau dieses Vertrauen wieder herzustellen. Bei diesem Projekt kann das dann allerdings nur durch echte Transparenz gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Nur damit kann es auch gelingen, Vertrauen in staatliches Handeln, das in diesem Projekt verloren gegangen ist, wiederzugewinnen. Ich möchte betonen, dieser Senat sah sich bisher und sieht sich auch zukünftig sowohl gegenüber dem Parlament als auch gegenüber der Öffentlichkeit zu genau dieser größtmöglichen Transparenz verpflichtet. Bisher haben wir diese Transparenz hergestellt, indem wir die Verträge zum Projekt Elbphilharmonie so weit wie möglich öffentlich gemacht haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Richtig!)

Und zu jenen, die derzeit noch nicht öffentlich sind, führen wir mit den Vertragspartnern Gespräche mit genau dem Ziel, dass diese einer Offenlegung zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir auch in den weiteren Schritten transparent handeln wollen, haben wir der Bürgerschaft mit der vorliegenden Drucksache ebenfalls zugesagt. Wir wollen darüber hinaus eine intensivere Beteiligung des Parlaments ermöglichen. Die Bürgerschaft soll nicht nur über das Ergebnis der Verhandlungen unterrichtet werden, wie dies in der Vergangenheit der Fall war, sondern sie soll auch um Zustimmung zum Vertragsinhalt ersucht werden. Dass dieser letzte Schritt aus unserer Sicht selbstverständlich erst nach Abschluss der Verhandlungen möglich ist, habe ich versucht, Ihnen gerade deutlich zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch zukünftig wird die Einbindung der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit, anders und vor allem umfangreicher als vorherige Senate es praktiziert haben, erfolgen. Der Erste Bürgermeister und ich werden unmittelbar nach Abschluss der Verhandlungen die Fraktionsvorsitzenden über den Inhalt der Verträge unterrichten, und wir werden den Austausch über den Inhalt der Neuordnung mit Ihnen suchen. Der Senat wird die Verträge beziehungsweise die Vertragsänderung nach Abschluss der Neuordnungsvereinbarung der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit rechtzeitig und vollumfänglich zur Kenntnis geben.

(Beifall bei der SPD)

Die Verträge stehen selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bürgerschaft, und diese Zustimmung soll sich nicht auf die Freigabe der Haushaltsmittel beschränken. Der Senat wird die Bürgerschaft um Zustimmung zum Inhalt der Verträge ersuchen, und er bietet der Bürgerschaft an, die zukünftige Realisierung der Elbphilharmonie intensiver als bisher zu begleiten

(*Dietrich Wersich CDU*: Das geht auch gar nicht anders!)

und in den Stand des Projekts zeitnäher eingebunden zu sein.

(*Dietrich Wersich CDU*: Die Stadt ist doch dann raus! Ich denke, die Stadt ist raus!)

Und dies alles mit dem Ziel, neues Vertrauen aufzubauen und damit die Grundlage für Glaubwürdigkeit neu zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Dieser Senat hat darüber hinaus deutlich gemacht – und dies betrifft sowohl mich als auch den Ersten Bürgermeister –, dass er sich in der damit verbundenen öffentlichen Debatte nicht hinter der Verantwortlichkeit städtischer Gesellschaften oder Geschäftsführer beziehungsweise der Verantwortung von Aufsichtsräten verstecken wird. Wenn es zu dieser Neuordnung kommt, dann, weil es der Wille dieses Senats ist und weil diese in Wahrnehmung der diesem Senat obliegenden Verantwortung erfolgt ist.

(Beifall bei der SPD – *Jörg Hamann CDU*: Was soll denn das bedeuten?)

Ich hoffe sehr, dass es dann allerdings auch parteiübergreifend der Wille dieser Bürgerschaft sein wird, diese Neuordnung zu erreichen. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Dann muss er aber das Oberlehrerhafte sein lassen!)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

Anja Hajduk GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen Herren! Sehr geehrte Frau Senatorin Kisseler, Sie sind bekannt für das geschliffene Wort,

(*Olaf Ohlsen CDU:* Aber nicht heute!)

aber indem Sie vor dem Hintergrund eines Aktenvorlageersuchens der gesammelten Opposition diese in den Vergleich mit einer Bärenhorde setzen, haben Sie sich vollständig im Ton vergriffen, und ich glaube, das sollten Sie nicht wieder tun.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Ich möchte ausdrücklich begründen, warum ich das als ein extremes Sich-im-Ton-Vergreifen einer Senatorin empfinde.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Sie teilen so viel aus, und jetzt müssen Sie was einstecken und heulen rum! Das ist doch lächerlich!)

– Hören Sie doch einmal zu.

Wer hat denn das Ultimatum 15. Dezember 2012 für die Entscheidung des Senats gestellt? Wer hat denn die öffentliche Erwartung geweckt, in einer Senatssitzung würde eine Abwägung stattfinden? Und wer hat darüber die Öffentlichkeit in den entscheidenden Eckpunkten informiert? Das war der Bürgermeister dieser Stadt nach einer Senatssitzung. Sie haben dort nicht nur gegessen und gesagt, wir verhandeln weiter, bisher ist nichts passiert, sondern Sie haben die Öffentlichkeit über wesentliche Eckpunkte informiert. Oder habe ich das missverstanden?

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Robert Bläsing FDP – Dr. Andreas Dressel SPD:* Ja!)

Wenn Sie jetzt vor dem Hintergrund dieses Faxes, was Sie ebenfalls der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt haben, sagen, es stimme nicht, dass die zusätzlichen 198 Millionen Euro – die haben wir uns doch nicht ausgedacht – als Eckpunkt in einen Vertrag überführt werden sollen, das stünde alles noch zur Verhandlung, dann haben Sie und der Bürgermeister vorneweg am 15. Dezember die Öffentlichkeit getäuscht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Robert Bläsing FDP*)

Sie haben uns glauben gemacht, dass Sie sich dafür entschieden haben, ein Angebot von HOCHTIEF in einen Vertrag zu überführen, auch wenn es 198 Millionen Euro Mehrkosten beinhaltet. Das ist die Basis, auf der mein Kollege Dietrich Wersich argumentiert hat.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Ah, schwarzgrün!)

Wir haben als Parlament mehr als einen, sondern sehr viele Gründe zu fragen, warum es eigentlich 198 Millionen Euro sind. Was steckt eigentlich hinter dieser Zahl? Die Pflicht, diese Frage zu stellen, hat auch die SPD-Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Die SPD-Fraktion hat durch ihren Vorsitzenden Herrn Dr. Dressel schon pflichtschuldigst gesagt, das sei ein optimales Verhandlungsergebnis.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das hat der Bund der Steuerzahler gesagt!)

– Sie haben dem aber ausdrücklich beigespflichtet.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ja, ich sag auch gleich was dazu!)

Ich möchte einmal wissen, auf welcher Informationsgrundlage Sie das eigentlich getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Wenn Sie solch ein Urteil auf der Informationsgrundlage fällen, die ich habe, dann sind Sie in dieser Frage ein unverantwortlicher Parlamentarier.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Frau Senatorin, wir beziehen unser Aktenvorlageersuchen ausdrücklich auf Akten zu jener Entscheidung, die Sie, wie Sie sagten, schon getroffen haben, das heißt auf die Abwägung, mit HOCHTIEF auf Basis dieses Papiers vom 12. Dezember weiter zu verhandeln. Sie als Senat haben monatelang auch die ausführliche Prüfung eines Ausstiegs in Erwägung gezogen.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Unerträglich!)

Unsere Frage ist, warum Sie uns diese Abwägung nicht aktenmäßig darlegen. Wenn Sie diese Entscheidung getroffen haben, dann möchte ich einmal wissen, was an einer solchen Vorlage Sie jetzt in Ihrer Verhandlungsposition schädigt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP – *Jörg Hamann CDU:* Genau!)

Das, Herr Bürgermeister, müssen Sie erklären. Sie müssen einmal erklären, ob der 15. Dezember überhaupt ein Ultimatum war.

(*Jörg Hamann CDU:* Ein Angebot!)

Oder will Frau Kisseler das jetzt alles in Frage stellen? Insofern bitte ich die SPD-Fraktion, auch in dieser zugespitzten Situation noch einmal zu überlegen, ob es nicht wichtig ist, mehr Transparenz zu haben, um diese Abwägung auch nachvollziehen zu können. Wir haben dieses Aktenvorlageersu-

(Anja Hajduk)

chen bewusst heute ins Parlament gegeben, weil wir uns vorstellen können, dass die zeitlichen Abläufe eng sind.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, elf Tage!)

Wenn Sie uns Ende Februar nach abgeschlossenen Verhandlungen eine Drucksache vorlegen, dann brauchen wir eine gewisse Vorbereitung. Ich finde, es gehört zur Informationspflicht des Senats gegenüber dem Parlament, jetzt schon einmal die Akten zusammenzustellen, die bis zu seiner Abwägung wichtig waren.

(Dr. Andreas Dressel SPD: In elf Arbeitstagen! Sie waren doch mal Senatorin, Sie wissen doch, dass das unmöglich ist!)

Die Akten, die Sie jetzt in den Verhandlungen brauchen, wollen wir bewusst nicht einsehen, denn wir wissen, dass das Ihre Position schwächen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP – Dirk Kienscherf SPD: Sie wissen, dass das in elf Tagen nicht geht! Das ist doch idiotisch!)

Sie müssen aber begründen, warum 198 Millionen Euro Mehrkosten eigentlich einen Verhandlungserfolg darstellen. Sie müssen das den Bürgerinnen und Bürgern erklären, weil Sie sich dazu schon verhalten haben. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir im Oktober – darauf hat Frau Gümbel hingewiesen – eine von den GRÜNEN angemeldete Debatte geführt haben, in der es um Mehrkosten von 175 Millionen Euro plus X ging. Nach unserer etwas weniger ausgereiften Kenntnis wussten wir, dass 190 Millionen Euro strittig sind, dass man davon Mehrkosten in Höhe von rund 20 Millionen Euro abziehen kann, die wir als Stadt verursacht haben, aber auch 40 Millionen, die wegen Terminverzug zulasten von HOCHTIEF gehen. Wenn Sie das saldieren, dann kommen Sie auf diese 175 Millionen Euro plus X. Ein paar Monate später muss ich dann zur Kenntnis nehmen, dass der Senat bei 198 Millionen Euro allein für die Stadt einschlagen will. Nun stellt sich doch die Frage, ob wir jetzt alles Strittige allein tragen oder ob es auch einen Verhandlungserfolg gibt, den ich in Zahlen greifen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Die GRÜNEN Fraktion ist ausdrücklich nicht darauf festgelegt, wie wir am Ende diesen Abwägungsprozess bewerten.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das lässt ja hoffen!)

Wir sind deswegen auch nicht auf Zustimmung, Enthaltung oder Ablehnung festgelegt.

(Sören Schumacher SPD: Da könnte ich heute schon eine Wette eingehen!)

Herr Bürgermeister, Sie hatten zusammen mit der Senatorin öffentlich verkündet, dass es zukünftig ein Schiedsverfahren geben soll, um strittige Dinge zu klären. Warum dieser wichtige Eckpunkt nicht mehr gilt, auch das müssen Sie erklären. Warum ist das für die Stadt gut? Bei diesen strittigen Dingen handelt es sich immerhin um einen Streitwert in dreistelliger Millionenhöhe. Ich glaube deswegen in der Tat, Herr Bürgermeister, dass Sie sich in den vergangenen anderthalb Jahren von einigen Fehleinschätzungen haben leiten lassen. Sie schütteln schon wieder den Kopf, ohne mir zu Ende zugehört zu haben, darauf komme ich noch zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP – Philipp-Sebastian Kühn SPD: Sagen Sie auch mal, warum!)

– Ich kann in einer Debatte auch selbstkritisch sein. Wir beherrschen diese Kunst, Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Ich möchte jetzt allen Ernstes auf den Punkt zurückkommen und bitte Sie, nicht dazwischenzureden, sondern mir zuzuhören. Ich glaube, der Bürgermeister hat sich von Fehleinschätzungen leiten lassen.

(Zurufe von der SPD)

Das Thema Elbphilharmonie ist nicht so einfach. Hören Sie mir bitte zu.

Die erste Fehleinschätzung ist, dass man mit einer Konfrontationsstrategie zu einer finanziell günstigen Lösung für die Stadt kommen kann. Meine Ansicht ist, dass das eine Fehleinschätzung war und dass der Bürgermeister sich davon hat leiten lassen, denn er hat diese Konfrontationsstrategie ausgelöst.

(Hansjörg Schmidt SPD: Sie haben das Geld ja nie freiwillig überwiesen!)

Sie haben viel Zeit und Ressourcen aufgebracht, um ein Ausstiegsszenario zu entwickeln, dies dann aber nach jetziger Erkenntnislage überhaupt nicht wirksam eingesetzt. Deswegen kommt nun das Aktenvorlageersuchen, denn es ist nichts zu finden, wo das wirksam geworden wäre. Sie haben Ultimaten gesetzt, die wirkungslos verpufft sind, wenn wir nur an die Eckpunkte mit HOCHTIEF denken, was das Schiedsgerichtsverfahren angeht. Das ist später anscheinend von HOCHTIEF vom Tisch genommen worden, und Sie haben sich mit dem letzten Ultimatum selbst unter Druck gesetzt, um am 15. Dezember eine öffentliche Inszenierung zu vollführen. Es wird Zeit, dass der Bürgermeister für diese Fehleinschätzungen die Verantwortung übernimmt. Wir vermuten, dass diese Fehleinschätzungen auch Geld gekostet haben. Ich sage Ihnen von der SPD: Von dem Typ SPD-Politiker, der immer

(Anja Hajduk)

glaubt, er mache alles richtig, können wir in diesem Land ein paar weniger gebrauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der FDP und der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Dressel, Sie haben jetzt das Wort.

(*André Trepoll CDU:* Das ist so einer!)

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was ich bisher in den Oppositionsreden nicht gehört habe – vielleicht kann mir jemand auf die Sprünge helfen –, ist irgendeine Alternative zu dem aufgezeigten Weg.

(*Dietrich Wersich CDU:* Welcher Weg? – *Jens Kerstan GRÜNE:* Wie denn?)

Wenn Sie so in die Kritik einsteigen, dann wäre es erforderlich gewesen, auch eine Alternative vorzulegen. Davon habe ich aber nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Ich nehme DIE LINKE ausdrücklich aus. Herr Hackbusch hat recht damit, dass Sie bei den Zustimmungssentscheidungen nicht dabei waren.

(Zuruf von der LINKEN: Wir hätten auch nicht zugestimmt!)

– Das ist alles richtig.

Das richtet sich vor allem an die GRÜNEN und die CDU, die den wesentlichen Teil der Strecke bei diesem Projekt selbst skizziert haben. Dann muss man auch verantwortlich agieren, und dazu waren nicht alle Wortbeiträge angetan.

(Beifall bei der SPD)

Es wird insinuiert, dass man das früher und billiger hätte haben können.

(*Andreas C. Wankum CDU:* Richtig!)

Das ist ein Angebot, und ob aus dem Angebot ein Vertrag wird, werden wir bis Ende Februar sehen.

(*Andreas C. Wankum CDU:* Sie haben die Unterlagen ja noch nicht mal gelesen!)

Erst dieses Last-Minute-Angebot von HOCHTIEF ist überhaupt annahmefähig. Insofern hat sich doch herausgestellt, dass das Baggern und Arbeiten mit HOCHTIEF und der gewisse Druck, den man aufbauen musste, notwendig waren, um überhaupt in eine Sphäre zu kommen, die annahmefähig ist. Das hat sich jetzt schon für die Stadt ausgezahlt.

(Beifall bei der SPD)

Was haben wir bei dem Projekt vorgefunden? Vieles, was die öffentliche Seite angeht, von der Frage nach notwendigen Genehmigungen, die vorliegen müssen, bis hin zur Frage der Arbeitsschutz-

genehmigung für die Fassadenkletterer. Alles Mögliche, was hätte vorliegen müssen, war nicht da. Die Stadt musste erst ihre Hausaufgaben machen, damit es weitergehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage, ob es überhaupt die Alternative gibt, selber zu bauen, hätte sich auch schon vor Nachtrag 4 gestellt, aber da war null Komma null. Also musste man erst einmal fragen, ob es diese Alternative gibt und ob man sie verwaltungstechnisch und projektmäßig irgendwie darstellen kann. Auch hier musste man bei null anfangen. Ich bin sehr dafür, nachher in der Zustimmungsdrucksache noch einmal vorzulegen, was die Alternative gewesen wäre. Das Aktenvorlageersuchen ist insoweit in Ordnung, als dass man die Alternative danebenlegt. Aber es war nichts vorzufinden für eine Alternative ohne HOCHTIEF, und es gehört zur Ehrlichkeit und Redlichkeit dazu, das hier noch einmal zu betonen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht nur um die Frage, ob das genauso teuer wäre, sondern auch um die Frage, ob man sich das zutraut.

(*Dietrich Wersich CDU:* Aber das muss man doch vor der Kündigungsandrohung tun!)

Ich schaue jetzt die Kollegen an, die im PUA gesessen haben, Herr Buschhüter und viele andere, die sagen, dass das dann die ReGe alles hätte abwickeln müssen.

(Glocke)

– Herr Wersich kann sich gleich noch einmal melden.

Natürlich schauen wir immer mit einem Auge nach Berlin auf das Bauchaos am Berliner Flughafen, wo die öffentliche Hand auch meinte, sie könne das allein. Dass man neben der monetären Betrachtung in eine Risikoabwägung die Frage miteinbezieht, ob wir weiter mit HOCHTIEF planen oder ob wir es allein machen, ist doch klar. Der Senat hat jetzt erst einmal einen verantwortlichen Weg bis Ende Februar vorskizziert und in die Abwägung miteinbezogen, dass die risikoärmere Variante eben nicht ist, es alleine zu machen.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GRÜNE:* Wann hat er denn damit gedroht? Das war ein leerer Bluff!)

– Das war überhaupt kein leerer Bluff.

Lassen wir, weil Sie der SPD-Fraktion vielleicht nicht glauben, andere Beobachter sprechen, und zwar die "Bild"-Zeitung vom 15. Dezember.

(Zuruf aus dem Plenum: Ich lese keine "Bild"!)

(Dr. Andreas Dressel)

– Das wird sicher mit Interesse zur Kenntnis genommen.

Ich zitiere:

"Scholz hat hart verhandelt. Das Hochtief-Angebot geht ausgesprochen weit. Der Baukonzern ist bereit, erhebliche Risiken zu übernehmen. Und er verzichtet auf Geld. Denn eigentlich wollte Hochtief 645 Millionen Euro."

(*Dr. Eva Gümbel GRÜNE*: Ja, wenn das in der "Bild"-Zeitung steht! – Zurufe von der CDU)

– Wenn Ihnen die "Bild"-Zeitung zu unseriös ist, dann können Sie auch in die "Neue Osnabrücker Zeitung" schauen.

Ihr Problem ist wohl, dass die professionelle Öffentlichkeit das erzielte Ergebnis erkennbar besser goutiert hat als Sie. Das ärgert Sie, das kann ich verstehen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Und noch ein anderes Zitat aus einer aus Sicht der GRÜNEN seriösen Zeitung.

(*André Trepoll CDU*: Bergedorfer!)

– Nein, aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 17. Dezember.

(*André Trepoll CDU*: Die haben ja keine Ahnung!)

"Olaf Scholz hat es geschafft: Im Streit um den Bau der Elbphilharmonie hat Hamburgs Bürgermeister dem Konzern Hochtief den 'weitestgehenden Vorschlag, der möglich ist', abgerungen."

Das ist ein Urteil, mit dem auch Sie sich einmal auseinandersetzen sollten, anstatt eine Kritik aufzubauen, die ein bisschen nach beleidigter Leberwurst klingt.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Dr. Dressel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Gümbel?

Dr. Andreas Dressel SPD (fortfahrend): Nein. Frau Gümbel, Sie können sich gleich noch einmal melden.

Aber vielleicht sagt Frau Dr. Gümbel etwas zu dem, was die Kultursenatorin herausgesucht hat, nämlich Ihr Zitat von damals, dass es vielleicht nicht sinnvoll ist, Verhandlungsergebnisse oder -zwischenstände auf dem Markte auszutragen. Damit sind wir beim Punkt Transparenz.

Es ist völlig klar, dass nur mit Transparenz wieder Akzeptanz bei diesem Projekt entstehen kann. Wir

haben schon eine Menge auf den Weg gebracht, sind aber noch nicht miteinander am Ende. Zum einen ist ausgeführt worden, dass der Bürgermeister Mitte Dezember die Fraktionsvorsitzenden über den bis dahin erreichten Stand informiert hat. Wir haben heute die Mitteilungsdrucksache vorliegen über das Angebot im Originalton mit dem Zusatzpunkt der Kündigungsoption und dass wir sofort auf die Baustelle können. Das wird jetzt, Frau Dobusch hat es aufgeführt, im Kulturausschuss weiter beraten.

(*Jörg Hamann CDU*: Erklären Sie uns doch mal die 198 Millionen Euro!)

– Die interessieren uns auch. Herr Hamann, wenn Sie sich aufregen, ist das immer ein sicheres Indiz dafür, dass wir auf der richtigen Fährte sind.

(Beifall bei der SPD)

Es wird so weitergehen, dass verhandelt wird, und dann wird aus dem Verhandlungsergebnis eine Zustimmungsdruksache für die Bürgerschaft; Frau Dobusch hat es gesagt. Alles wird unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bürgerschaft gemacht. Vorher wird eine Information durch den Bürgermeister an die Fraktionsvorsitzenden erfolgen.

(*Jörg Hamann CDU*: Was ist mit den 198 Millionen Euro?)

– Herr Hamann, bitte melden Sie sich nachher.

Es ist klar, dass in dem Moment, in dem wir die Drucksache bekommen, auch die Akten und Unterlagen vorliegen müssen, mit denen wir die Hintergründe beurteilen und bewerten können. Das ist genau das richtige Verfahren. Wir sollten uns Zeit lassen und ohne Hast im Frühjahr in den Ausschüssen alle Fragen auf den Tisch legen und alle Unterlagen einsehen, um eine verantwortliche Entscheidung miteinander treffen zu können. Das ist der richtige Weg, dazu sind wir bereit, und das ist die verantwortliche Entscheidung für die Stadt. Und diesen Weg sollten Sie mitgehen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern haben wir mit Ihrer Aktenvorlage auch überhaupt kein Problem, wir würden dem auch zustimmen.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Das klang bei ihrer Senatorin aber ganz anders! – *André Trepoll CDU*: Das klang vorhin aber anders!)

Ich wende mich an die beiden ehemaligen Senatskollegen Wersich und Hajduk, die wissen, wie eine Behörde funktioniert.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Frau Goetsch hat ja auch mal eine Behörde geleitet!)

– Aber diese beiden haben heute das Aktenvorlageersuchen begründet.

(Dr. Andreas Dressel)

Dort steht eine Frist von elf Arbeitstagen für das Aktenvorlageersuchen.

(Dr. Walter Scheuerl CDU: Das wird ja wohl reichen!)

– Herr Scheuerl, dass Sie von Behörde keine Ahnung haben, ist schon klar, aber Herr Wersich und Frau Hajduk müssten das eigentlich wissen. Sie sind ja mehr für den außerparlamentarischen Teil zuständig.

(Beifall bei der SPD)

Wer ein Aktenvorlageersuchen mit elf Arbeitstagen einbringt, den kann man nicht ganz ernst nehmen.

(Roland Heintze CDU: Wir beantragen eine Aktenvorlage, Herr Dressel! Hören Sie doch endlich mal mich!)

Das ist in keiner Behörde zu leisten. Wir wollen ein Aktenvorlageersuchen und würden auch zustimmen, aber eine Frist von elf Tagen ist ein Witz und zeigt einmal mehr, dass es Ihnen heute mehr um Show geht als um Inhalt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass einige schon an Argumentationen basteln, um sich nachher vom Acker machen zu können. Das will gut vorbereitet sein, damit es im Frühjahr nicht so plötzlich kommt.

(Andreas C. Wankum CDU: Wann ist denn Frühjahr?)

Das ist nicht in Ordnung, vor allem, wenn es von den GRÜNEN und der CDU kommt, denn sie haben ein gehöriges Stück Verantwortung für dieses Projekt und eine moralische Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit dieser Stadt, auch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger. Diese erwarten von Ihnen, dass Sie zu Ihrer Mitverantwortung stehen. Dem sind Sie heute nicht gerecht geworden. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Wersich, Sie haben das Wort.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Da sind wir mal gespannt! – Zuruf aus dem Plenum: Jetzt geht's rund!)

Dietrich Wersich CDU: – Nein, wir bleiben ganz ruhig. Den meisten Applaus hat Herr Dressel bekommen, als er gegen die Argumente der Opposition persönlich wurde.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – Gabi Dobusch SPD: Weil er den Nagel auf den Kopf getroffen hat!)

Das ist ein Ausdruck der Hilflosigkeit.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Ihr Beitrag war wenig hilfreich für die Politik des Senats. Wer die Güte politischer Entscheidungen am Pressespiegel ableitet, der regiert nicht innerhalb der Realitäten dieser Stadt und nicht zum Wohl dieser Stadt.

Und wenn Sie, Herr Dressel, uns sagen, dass man zum Jahresende gemerkt habe, dass das mit der Drohung, zu kündigen, gar nicht gehe,

(Juliane Timmermann SPD und Philipp-Sebastian Kühn SPD: Das wurde nie gesagt! Sie zitieren falsch!)

dann haben Sie dem Bürgermeister keinen Gefallen getan, denn er hat diese Kündigung seit über einem Jahr angedroht. Wir wollen aus den Akten wissen, auf welcher Grundlage er das getan hat; das ist unser Anspruch an Transparenz.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Ich komme nicht umhin festzustellen, dass der Bürgermeister am 15. Dezember vor der versammelten Presse in Hamburg einen einstündigen Monolog über seine Befindlichkeiten im Zusammenhang mit dieser Entscheidung ausgebreitet hat. Heute schickt er Senatorin Kisseler vor. Das ist politische Feigheit.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Die arme Frau Kisseler hat sich hier energisch hingestellt

(Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

– es ist schön, dass Sie sie auch bedauern – und trotzig gesagt, dass sie doch zuständig sei. Von dieser Zuständigkeit durfte sich die Stadt ein Bild machen, denn das ging genau bis zum sogenannten Durchbruch im Juli, diesen durfte sie verkünden. Aber diese Neuordnungsentscheidung, daraus hat der Bürgermeister überhaupt keinen Hehl gemacht, ist eine Entscheidung des Ersten Bürgermeisters, und im Zweifel hat er dabei nicht einmal auf seine Senatorin gehört.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN – Gabi Dobusch SPD: Jetzt will er auch persönlich werden, um zu punkten!)

Der Auftritt des Bürgermeisters vor der Pressekonferenz hatte etwas von einem missglückten Facebook-Posting, als er uns von seinen schlaflosen Nächten berichtet hat.

(Karin Timmermann SPD: Das ist ja peinlich, was Sie hier abziehen! Nur noch peinlich!)

Frau Kisseler, Sie haben in einer zentralen Aussage der Sache ebenfalls keinen Dienst getan. Sie haben gesagt, dass Transparenz nicht im Interesse der Stadt wäre. Das war ein Bärendienst gegenüber dem Bürgermeister selbst, der mit vielen Wor-

(Dietrich Wersich)

ten versucht hat, der ganzen Stadt deutlich zu machen, wie transparent er diese Entscheidung für uns alle ableiten will. Die kritischen Nachfragen der Opposition haben erst aufgedeckt, dass keine Transparenz geherrscht hat.

Und Sie haben einen weiteren Widerspruch gebracht, nämlich zu sagen, dass noch verhandelt werde. In der Drucksache, die der Senat uns hat zukommen lassen, steht ausdrücklich, dass zwischen HOCHTIEF und der Freien und Hansestadt Hamburg eine rechtsverbindliche Vereinbarung über das beste, was dann bis zum 28. Februar in Verträge gegossen werde.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Der Bürgermeister hat in der Pressekonferenz gesagt, dass 100 Prozent dieser Vereinbarungen in die Verträge fließen; er selbst werde diese, selbst wenn es 1000 Seiten seien, Wort für Wort durchlesen, sodass genau das vereinbart werde, was in der Vereinbarung steht. Dann können Sie doch nicht den Eindruck erwecken, als würden Sie noch inhaltlich verhandeln.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Was genau hast du jetzt zitiert? Wo findet sich diese Aussage?*)

Oder Sie tun das wirklich, aber dann ist das Wort des Bürgermeisters vom 15. Dezember nichts mehr wert.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Dann hat der Senat gar nicht verstanden, worum es dem Parlament mit dem Angebot geht.

Der Kollege Wankum ist gerade so nett, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD die Drucksache zu zeigen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Lesen hilft, verstehen ist noch besser.

Die Senatorin Kisseler hat den Eindruck erweckt, als gehe sie mächtig aufs Parlament zu. Dann frage ich mich aber, warum Sie noch vor einer Woche im Ausschuss die Selbstbefassung abgelehnt haben. Sie sagen, dass Sie, wenn die Verträge fertig sind, die Bürgerschaft einbinden würden wie noch nie. Diese solle das Projekt begleiten.

Herr Kollege Wankum, als Fraktionsvorsitzender bitte ich, den Kollegen Dressel von meinem Platz zu verweisen, so geht das nicht.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – *Sören Schumacher SPD: Das ist Aufklärungsarbeit Ihrer Fraktion! – Philipp-Sebastian Kühn SPD: Die können nämlich nicht lesen!*)

Lassen Sie uns zum Angebot, die Bürgerschaft zukünftig so stark zu beteiligen wie noch nie zuvor, zurückkommen. In den Eckpunkten ist vereinbart,

der FHH vollen Einblick in die Planung zu gewähren.

"Mitwirkungshandlungen der FHH bei der Planung sind hierzu nicht mehr erforderlich und [...] werden ebenso wie jedwede Eingriffsmöglichkeiten [...] vollumfänglich ausgeschlossen."

Wenn die Verträge fertig sind und die Stadt nichts mehr zu sagen hat, dann will dieser Senat das Parlament ganz intensiv beteiligen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich befürchte, wir erleben hier die Wiederholung einer Strategie des Senats, die immer dann zutage tritt, wenn es um dreistellige Millionenbeträge geht: Man schafft vollendete Tatsachen.

(*Dirk Kienscherf SPD: Das haben Sie heute schon mal gesagt!*)

Ich erinnere an die 540 Millionen Euro für den Netzerückkauf und an die 420 Millionen Euro für Hapag-Lloyd-Anteile. Man legt die fertigen Pakete vor und sagt, jetzt müsse aber ganz schnell entschieden werden.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Wer sagt denn ganz schnell?*)

Natürlich sagt dann jeder, wenn die Verträge vorliegen, dass weitergebaut werden soll. Aber dann hat das Parlament nicht mehr die Zeit, die Unterlagen zu prüfen. Deswegen noch einmal ganz klar: Es gibt keine Unterstützung ohne Transparenz in dieser Frage. Wir stehen zur Elbphilharmonie, aber wir sind nicht bereit, die Fehler Ihres Senats ungeprüft durchgehen zu lassen. Das ist mit der Opposition nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Bläsing, Sie haben das Wort.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Senatorin Kisseler, ich finde Ihre Argumentation etwas verquer. Sie sagen, es gebe nur ein Angebot und es werde noch verhandelt, andererseits laufen Sie aber durch die Stadt und sagen, dass Ihr großer Erfolg sei, diese und jene Punkte durchgebracht zu haben. Dann beschweren Sie sich darüber, dass das Parlament kritische Nachfragen stellt. Das ist ein Verständnis von Demokratie, das wir ausdrücklich nicht teilen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ihr Ausgangspunkt war: Schluss mit Spielchen. Wir haben uns die letzten zwei Jahre über angeschaut, was daraus folgte, und zwar ein Abenteuerspiel-

(Robert Bläsing)

platz, bei dem immer wieder neue Ultimativen mit immer wieder neuen Durchbruchverkündungen gesetzt wurden. Am Ende kamen die Bauaktivitäten völlig zum Erliegen, und das war dann Ihr großer Erfolg. Der vorläufige Höhepunkt war die schöne Bescherung zu Weihnachten letzten Jahres. Am 15. Dezember gab es eine bemerkenswerte Pressekonferenz, auf der der Erste Bürgermeister die Scheckbuchlösung, die er in den zwei Jahren zuvor stets in Abrede gestellt hatte, als großen Erfolg präsentierte, auch, wenn Sie zuletzt den Kostenschokk durchaus haben durchblicken lassen. Das Zwischenfazit, das man nach diesen rund zwei Jahren ziehen kann, ist, dass der Senat zwei Jahre Zeit verspielt hat; Sie haben zwei Jahre verplumpert.

(Beifall bei der FDP)

Auch im neuen Jahr ging es heiter weiter. Der Chef der ReGe, Heribert Leutner, warf unter Absingen schmutziger Lieder sein Amt hin und schwang sich zum Kronzeugen gegen den Senat auf. Ich habe schon viele PUA-Sitzungen erlebt; im Durchschnitt dauern diese ungefähr sechs Stunden. Da hört man vieles, aber selbst ich habe rote Ohren bekommen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Als Gelber?)

als Herr Leutner dort sein Gewissen erleichtern musste. Das muss man nun wirklich ernst nehmen.

(Jan Quast SPD: Sie müssen sich nicht entschuldigen! – Heike Sudmann DIE LINKE: Ich möchte auch rote Ohren bekommen!)

Zur konstruktiven Opposition, die die FDP nun einmal ist, gehört, dass wir Ihre Politik nicht nur konstruktiv begleiten, sondern dass wir sie auch kritisch hinterfragen.

(Beifall bei Katja Suding FDP)

Das wurde heute schon getan und ich will nicht alle Fragen wiederholen. Wir haben im Grunde jetzt viel mehr Fragen als Antworten und müssen Ihnen alles aus der Nase ziehen. Was ist denn mit dem Pauschalpreis? Eine letztmalige Einmalzahlung soll das sein, ein Einmalbetrag. Das sind Vokabeln, die ich aus dem PUA hinlänglich kenne; Herr Kollege Hackbusch hat bereits darauf hingewiesen. Wenn diese Vokabeln bisher gefallen sind, dann bildeten sie immer den Beginn der nächsten Kostenkaskade. Da werden wir wirklich hellhörig. Jetzt ist deshalb der Zeitpunkt, die Fakten auf den Tisch zu legen und Butter bei die Fische zu geben. Ansonsten können wir sehen, wo das wieder endet. Wir sehen es nun seit zwei Jahren, Herr Kollege Dressel.

(Dr. Till Steffen GRÜNE: Das Elend!)

Die SPD-Fraktion wird am Ende wieder brav die Hacken zusammenschlagen und Vollzug beim Ersten Bürgermeister melden, das ist dann ihr Beitrag

dazu. Das konnte man bei Hapag-Lloyd und auch beim Netzerückkauf sehen. Frau Dobusch sekundiert schon fleißig, und Herr Dr. Dressel hat eben in das gleiche Horn gepustet.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Geblasen!)

Er musste sich seine Bestätigung aus Zeitungsüberschriften holen. Das ist wirklich ein armseliger Akt, Herr Kollege Dressel.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist die Opposition nicht bereit, den Kakao zu trinken, durch den Sie uns ziehen wollen. Es geht nicht um Parteien, sondern um Haltungen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ah, die FDP hat Haltung!)

Wenn wir die letzten zehn Jahre betrachten – solange begleitet das Projekt Elbphilharmonie dieses Haus nun schon –, dann können wir doch nicht einfach sagen, das wird schon alles laufen, der Senat wird uns wieder vor vollendete Tatsachen stellen. Ein Grund, warum diese Bürgerschaft den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingerichtet hat, war, sich wieder glaubwürdig zu machen, was die Elbphilharmonie angeht. Es wird an dieser Stelle ganz wichtig sein, dass wir Haltung und Glaubwürdigkeit zeigen.

(Beifall bei der FDP – Dirk Kienscherf SPD: Das machen wir ja alles!)

Deshalb ist es in keiner Weise unredlich, wenn sich vier Oppositionsfraktionen – das ist übrigens ein sehr bemerkenswerter Akt und passiert nicht jeden Tag – zusammensetzen und die Akten haben wollen. Wenn der Senat uns die Informationen nicht gibt, dann holen wir uns diese eben selbst, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der FDP und bei Dietrich Wersich CDU)

Wie die Debatte in den letzten Minuten und Stunden lief, wirkt es so, als ob sich die Begründungen zur Einigungssumme von 198 Millionen Euro schon irgendwie bis Ende Februar finden werden. Diesen Eindruck habe ich leider, Herr Bürgermeister, und den kann ich in keiner Weise akzeptieren.

(Beifall bei der FDP und bei Dietrich Wersich CDU)

Und ja, Herr Bürgermeister, wenn man so alt ist wie Hamburg, dann verschmerzt sich über die Jahrhunderte tatsächlich vieles im Wind der Geschichte, aber das ist aus unserer Sicht kein Ansatz, um hier und jetzt Politik zu machen.

(Beifall bei der FDP und bei Dietrich Wersich CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nicht wiederholen, was schon von anderen gesagt worden ist, denn das ist in weiten Bereichen sehr gut, auch im Zusammenhang mit Transparenz. Auf zwei, drei Punkte will ich kurz eingehen.

Der erste Punkt geht an die SPD-Fraktion. Man muss sich schon ungefähr einigen, wofür man eigentlich ist. Sie haben in dem Augenblick, wo Herr Dressel sagte, dass eine Aktenvorlage kein Problem sei, frenetisch geklatscht, aber auch in dem Augenblick, als Frau Kisseler sagte, dass es ein Bärenienst im Zusammenhang mit der Stadt sei, wenn wir Aktenvorlage verlangen. Sie müssen sich irgendwann entscheiden, wofür Sie sind.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU, den GRÜNEN und der FDP – *Jan Quast SPD*: Über den Zeitpunkt reden wir! – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Der Zeitpunkt ist das Entscheidende!)

Und ein bisschen nachdenken müssen Sie auch, wenn Sie frenetisch klatschen.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Zum zweiten Punkt, der mich irritiert. Wir stellen fest, dass wir für eine professionelle Betrachtung der gegenwärtigen Situation keine Unterlagen, sondern nur einige Schlagworte haben. Der Senat stellt das Ganze als Erfolg dar. Wir können gegenwärtig keine kritische Wertung vollführen und sagen das auch. Aber Sie sagen nun, die professionelle Öffentlichkeit habe Ihnen recht gegeben, dass dieser Schritt, den der Bürgermeister verkündet hat, richtig sei. Das geht nicht. Sie müssen doch auch zugeben, dass eine kritische Beurteilung dessen, was dort geschehen ist, nur durch das Parlament möglich ist. Bei aller Begeisterung für die schreibende Zunft: Diese als Unterstützung heranzuziehen, um zu belegen, dass die Entscheidung richtig ist, funktioniert nicht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Robert Heinemann CDU*)

Und Sie wissen auch, dass das keine richtige Betrachtungsweise ist.

Sie haben viel Selbstkritik von Schwarz-Grün eingefordert – dabei haben Sie immer meine Unterstützung –, aber für Ihre eigene Politik der letzten zwei Jahre haben Sie keine selbstkritischen Worte gefunden. Dabei war es nicht so, dass alles zusammenpasst, sondern Sie haben einen Strategiewechsel vorgenommen. Dieser Strategiewechsel eines Konfrontationskurses mit HOCHTIEF hat uns viel Geld gekostet, und es ist nicht nachgewiesen, inwieweit sich das für die Stadt lohnt hat.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben bisher nichts dazu vorgelegt, wo weiterhin die Risiken sind. Stattdessen verbreitet der Bürgermeister wieder einmal, dass dieser Vertrag mit HOCHTIEF risikofrei sein werde. Das werden wir uns sehr genau anschauen und kritisch nachfragen. Die professionelle Öffentlichkeit konnte Ihnen bisher noch nicht recht geben, weil sie noch gar nicht professionell kritisch nachfragen konnte, und deswegen sind wir erst am Anfang dieser Debatte.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Robert Heinemann CDU*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Hajduk.

Anja Hajduk GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich habe den Eindruck, dass Sie sich dieser Debatte vollständig entziehen wollen. Das ist durch nichts zu begründen vor dem Hintergrund der Tragweite dieser Entscheidung, die Sie selber der Öffentlichkeit präsentiert haben, denn wir debattieren heute Ihre Drucksache, die Sie dem Parlament zugeleitet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU – *Philipp-Sebastian Kühn SPD*: Haben Sie bei von Beust auch so geredet?)

Und an die intelligenten Zwischenrufer der SPD gerichtet: Bei Entscheidungen von großer Tragweite ist es richtig, wenn der Bürgermeister das Wort ergreift.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU – *Gabi Dobusch SPD*: Aber wir entscheiden heute gar nicht!)

Man kann es nicht anders interpretieren, als dass Sie heute gekniffen haben, und es ist eine weitere Fehleinschätzung, dass Sie glauben, sich das leisten zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und einzeln bei der FDP)

Ich möchte noch etwas zum Aktenvorlageersuchen sagen, Herr Dr. Dressel, weil Sie sich so stark auf den 7. Februar und die Elftagesgeschichte bezogen haben. Das Gute ist, dass Sie die Informationsrechte des Parlaments nicht beschränken können; wir brauchen Ihre Zustimmung für die Aktenvorlage nicht. Das ist ein Glück, denn Sie haben nichts dazu gesagt, ob Sie selber ein Interesse daran haben, den Abwägungsprozess aus den Akten nachzuvollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und einzeln bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Doch, das habe ich doch gesagt!)

Noch etwas zu den Fristen. Wir haben nicht die Möglichkeit, ein Datum zu erzwingen, das wissen

(Anja Hajduk)

wir und das kennen Sie aus Ihren Oppositionszeiten. Wenn es Ihnen schwerfällt, das vollständig vorzulegen – es geht nicht um eine Presseveröffentlichung, sondern um Einsicht für die Parlamentarier, die verpflichtet sind, entsprechend vertraulich damit umzugehen –, dann möchte ich Ihnen noch einmal sagen, welches Angebot wir als Opposition machen wollen. Es ist in dieser hitzigen Debatte zugegeben untergegangen. Es wäre für uns auch eine denkbare Strategie, wenn wir das schrittweise vorgelegt bekämen, aber die wichtigsten Sachen, die zu der Entscheidung am 15. Dezember geführt haben, möchten wir so früh wie möglich haben, damit dieses Parlament nachvollziehen kann, was Sie angeblich schon nachvollzogen haben, dass dies ein optimales Verhandlungsergebnis ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und einzeln bei der FDP)

Der 7. Februar ist nicht entscheidend, entscheidend ist das, was vorgelegt wird. Bisher hat der Senat nämlich nur angekündigt, das Ergebnis der Vertragsverhandlungen und die Anpassung des bestehenden Vertragswerks vorlegen zu wollen. Das ist aber etwas anderes als die Abwägungsentscheidung zwischen Ja oder Nein. Ich bin froh, dass Sie uns diese nicht vorenthalten können,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das wollte Ihnen auch keiner vorenthalten, das habe ich doch gerade eben gesagt!)

weil das die Basis sein wird, um zu beurteilen, ob die 200 Millionen Euro angemessen sind oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Herr Buschhüter das Wort.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen, dass das nicht das erste Aktenvorlageersuchen ist, das wir zum Thema Elbphilharmonie haben; Frau Hajduk, Sie haben es eben schon ganz leicht anklingen lassen. Vor drei Jahren gab es anlässlich des Nachtrags 4 ebenfalls ein Aktenvorlageersuchen mit – ich musste nachschauen – einer ebenso kurzen Frist. Der damalige Senat hat drei Monate gebraucht, um dieses Ersuchen zu beantworten,

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

und die Akten lagen erst einen Monat, nachdem die Bürgerschaft Nachtrag 4 zugestimmt hatte, vor. So viel also zu Transparenz und Vorlage von Akten für die Entscheidungsfindung.

(Beifall bei der SPD – *Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Was interessiert mich mein Tun von gestern!)

Der Untersuchungsausschuss hat außerdem zutage gefördert, dass nach Aussage eines Zeugen – und daran haben die wenigsten Mitglieder des PUA Zweifel – Akten im Umfang von rund 60 Aktenordnern erst zum Zweck der Aktenvorlage angefertigt und zusammengestellt wurden,

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

also nachdem die SPD-Fraktion um die Aktenvorlage ersucht hat.

(*Robert Bläsing FDP:* Dann wird ja jetzt alles gut sein!)

Das wird es mit uns ganz bestimmt nicht geben.

Wir haben in der Sache überhaupt keinen Dissens über das Aktenvorlageersuchen. Alle Fragen, die Sie heute gestellt haben, interessieren die SPD-Fraktion genauso, und es wäre gut gewesen, wenn CDU und GAL als Regierungsfraktion vor drei Jahren zum Nachtrag 4 auch solche kritischen Fragen gestellt hätten. Sie müssen doch akzeptieren, dass das, was Frau Dr. Gümbel vor drei Jahren gesagt hat, noch heute Gültigkeit hat, dass es nämlich während eines laufenden Verhandlungsverfahrens über ein Angebot schwerlich denkbar ist, alle Akten vorzulegen. Es kommt alles auf den Tisch, und zwar dann, wenn die Bürgerschaft mit diesem Thema umfangreich befasst wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum Überweisungsbegehren.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/6480 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Kulturausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU, GRÜNEN, FDP und DIE LINKE aus Drucksache 20/6644.

Hierzu stelle ich fest, dass der Antrag mit dem nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung erforderlichem Quorum gestellt worden ist. Das Aktenvorlageersuchen ist damit wirksam zustande gekommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 93, Drucksache 20/6482, das ist der Antrag der FDP-Fraktion: Hamburg braucht einen Masterplan zur Sanierung von Gehwegen, Radwegen und Straßen.

(Präsidentin Carola Veit)

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Hamburg braucht einen Masterplan zur Sanie-
rung von Gehwegen, Radwegen und Straßen
– Drs 20/6482 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD und der LINKEN an den Verkehrsausschuss überweisen. Im Übrigen sind die Fraktionen übereingekommen, diesen Tagesordnungspunkt ohne Debatte zur Abstimmung zu stellen. Wir kommen also zum Überweisungsbegehren.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 83, 77 und 88, den Drucksachen 20/6465, 20/6349, 20/6470. Das sind die Anträge der Fraktion DIE LINKE: Flächendeckende Begrenzung der Kappungsgrenze auf 15 Prozent in drei Jahren, der CDU-Fraktion: Mietenstabilität – Während der Senat noch an sinnvollen Maßnahmen werkelt, werden im Bundestag die richtigen Entscheidungen getroffen sowie der SPD-Fraktion: Weiter für Verbesserungen im Mieterschutz eintreten – Verordnungsermächtigung für abgesenkte Kappungsgrenze aufgreifen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Flächendeckende Begrenzung der Kappungs-
grenze auf 15 Prozent in drei Jahren
– Drs 20/6465 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Mietenstabilität – Während der Senat noch an
sinnvollen Maßnahmen werkelt, werden im
Bundestag die richtigen Entscheidungen ge-
troffen
– Drs 20/6349 –]**

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Weiter für Verbesserungen im Mieterschutz ein-
treten – Verordnungsermächtigung für abge-
senkte Kappungsgrenze aufgreifen
– Drs 20/6470 –]**

Alle drei Drucksachen möchte die Fraktion DIE LINKE an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Sudmann, Sie haben es.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass Sie mit mir in einem Punkt übereinstimmen: Der Mietenwahnsinn ist in Hamburg noch lange nicht beendet. Wir konnten vor Kurzem feststellen, dass Hamburg spitze ist – leider bei der Entwicklung der Mieten für neue

Wohnungen. Es hat eine Untersuchung gegeben, nach der die Mieten bei Neuvermietungen in den letzten fünf Jahren um 20 Prozent gestiegen sind. Das ist schlecht und das ist keine Zukunftsvision für Hamburg. Aber auch die Bestandsmieten, also die Mieten für Menschen, die schon längere Zeit in ihrer Wohnung leben, sind weiter angestiegen. Mittlerweile, so hat das "Hamburger Abendblatt" recherchiert, werden fast 40 Prozent des durchschnittlichen Einkommens für die Zahlung der Miete benötigt. Das ist eine Tatsache, die immer mehr Menschen in Angst und Schrecken versetzt.

DIE LINKE hat hier vor anderthalb Jahren einen Schuttschirm für Mieterinnen und Mieter beantragt. Leider haben SPD und teilweise auch die anderen Fraktionen diesen Antrag abgelehnt oder enorm verwässert. Wir haben damals versucht, Ihnen ganz viele Brücken zu bauen. Weil wir wussten, dass Sie unsere viel weitergehenden Forderungen nicht so beschließen würden, wie wir es uns wünschen, haben wir versucht, Ihnen ganz realpolitisch kleinere Punkte vorzugeben. Immerhin gibt es mittlerweile auf Bundesebene die Chance, eine Mini-Bremse für die steigenden Mieten einzubauen. Noch ist es so, dass innerhalb von drei Jahren die Mieten um 20 Prozent erhöht werden können. Das heißt, um einmal ein Beispiel zu nennen, dass Sie, wenn Sie heute 600 Euro Miete zahlen, innerhalb von drei Jahren 120 Euro mehr zahlen, und wenn Sie Pech haben und Ihr Vermieter immer weiter erhöht, zahlen Sie nach neun Jahren über 400 Euro mehr. Aus 600 Euro Miete können in neun Jahren locker 1000 Euro werden.

Die Möglichkeit, die jetzt geschaffen wurde – und das ist wirklich ein Mini-Schritt, da brauchen sich CDU und FDP gar nicht so hinzustellen und zu sagen, wie super das ist, was die in Berlin gemacht haben –, bedeutet immerhin, dass die Mieterhöhung innerhalb von drei Jahren auf 15 Prozent gedeckelt werden kann. Das klingt nicht viel, aber Sie zahlen dann, um bei dem 600-Euro-Mietenbeispiel zu bleiben, nach drei Jahren maximal 90 Euro und nach neun Jahren maximal 310 Euro mehr. Das sind immerhin 100 Euro, die gespart werden können. Deswegen sagt DIE LINKE, diese Chance müssen wir nutzen, um für ganz Hamburg festzulegen, dass die Mieten innerhalb von drei Jahren um maximal 15 Prozent erhöht werden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun haben wir heute drei Anträge vorliegen, die auf den ersten Blick relativ ähnlich sind. Aber wenn Sie genau hinschauen, dann werden Sie feststellen, dass sowohl die CDU als auch die SPD sich darum drücken, ganz klar zu sagen, dass sie für ganz Hamburg diese 15-Prozent-Deckelung haben wollen. Die CDU sagt nur, es sollen entsprechende Verordnungen geschaffen werden, sie äußert sich nicht klar dazu, ob es um 15 Prozent oder um 20 Prozent und um ganz Hamburg geht, die SPD

(Heike Sudmann)

will sogar nur einen Prüfauftrag an den Senat geben. Ich vermute, dass diese Zögerlichkeit der SPD mit dem Druck aus der Wohnungswirtschaft zusammenhängt. Wir konnten heute, perfekt getimt,

(Dirk Kienscherf SPD: Den haben wir doch schon viel früher gestellt!)

dem "Hamburger Abendblatt", der "Hamburger Morgenpost" und NDR 90,3, um für alle Werbung zu machen, entnehmen, dass der Immobilienverband Nord – Sie hören es an der Begrifflichkeit, also die Interessenvertretung der Immobilienbesitzer und -besitzerinnen – erstaunlicherweise feststellte, der Mietenanstieg in Hamburg sei gebremst. Das ist auch deswegen erstaunlich, weil das nur der IVD, also der Immobilienverband, festgestellt hat. Es gibt andere Untersuchungen von unabhängigeren Instituten, die nicht der Immobilienwirtschaft verpflichtet sind und noch im September 2012 einen ungebremsten Mietenanstieg festgestellt haben. Und wenn ich mir die Pressemitteilung des IVD und diese Interviews anschau, dann habe ich das Gefühl, die leben in einer ganz anderen Welt. Die wissen gar nicht, was die Probleme der Mieterinnen und Mieter sind. Da sagt Herr Kloth, dass es kein Grundrecht darauf gebe, sich eine Wohnung im Schanzenviertel zu suchen, in anderen Stadtteilen seien doch Wohnungen für unter 11 Euro zu finden. Ich weiß nicht, wer sich Wohnungen unter 11 Euro sucht. 11 Euro, das sind 20 Mark, um das einmal in die alten Verhältnisse zu setzen. Das ist fast doppelt so viel wie die Einstiegsrente im sozialen Wohnungsbau. Das geht völlig am Bedarf vorbei.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe SPD, wenn Sie sich davon einschüchtern lassen ...

(Dirk Kienscherf SPD: Den Antrag haben wir doch schon vorher gestellt!)

– Ja, aber Ihr Antrag ist nicht klar. Ich bin sehr enttäuscht, dass Sie unseren Antrag nicht überweisen, weil wir als Einzige klar sagen, dass wir 15 Prozent wollen, und nicht rumeiern. Ich hoffe, dass Sie dem folgen werden.

(Beifall bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Es wird uns noch viel in Sachen Wohnungs- und Mietenpolitik erwarten, denn mittlerweile haben alle Fraktionen und Parteien erkannt, dass das ein wichtiges Thema für die Bundestagswahl ist. Die SPD macht gerade vor, wie so etwas laufen kann.

Ich habe unseren Antrag auf einen Schutzschirm für Mieterinnen und Mieter schon erwähnt, in dem wir zum Beispiel gefordert haben, den Zeitraum für eine Mieterhöhung um 15 Prozent auf vier Jahre zu verlängern. Das hat die SPD – und Herr Kienscherf war damals, glaube ich, schon im Ausschuss – vehement abgelehnt. Jetzt hat, man

glaubt es kaum, die SPD-Bundestagsfraktion genau das beschlossen. Das heißt, wir müssen alle sehr geduldig sein und kleine Schritte machen, vielleicht bewegt sich dann etwas. Es reicht aber nicht, immer nur zu sagen, die Lösung liege im Neubau. Wir müssen ganz viel dafür tun, dass die Mieten der Menschen, die jetzt in den Wohnungen wohnen, niedriger bleiben und nicht so enorm steigen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Und wir müssen endlich dazu kommen, dass Sie uns in diesem einen Punkt folgen: Wohnungen sind keine Ware. Ich kann mich zwar dafür entscheiden, mir keinen Fernseher zu kaufen, weil ich auf den Fernseher verzichten kann, aber ich kann mich nicht dafür entscheiden, auf eine Wohnung zu verzichten. Deswegen muss Wohnen ein Grundrecht werden, und ich hoffe, dass Sie das langsam einsehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Sudmann, Sie haben viel Richtiges gesagt zum technischen Klein-Klein, zu den Umsetzungsmöglichkeiten und was das eigentlich bedeutet; das hatte vom Charakter her etwas von einem Gesinnungsaufsatz. Aber eines ist doch klar, dass wir alles tun müssen, damit es nicht weiter zu frapierenden Mietsteigerungen in dieser Stadt kommt, und wir Sozialdemokraten handeln entsprechend.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die zwei Themenfelder richtig angesprochen, das eine ist der Wohnungsneubau und das zweite der Mieterschutz. Wenn man sich anschaut, was sich seit dem Regierungswechsel in dieser Stadt zugetragen hat, wo überall Wohnungen gebaut werden und dass wir im letzten Jahr – der eine wird es mehr, der andere weniger erfreut feststellen – über 8700 Baugenehmigungen erteilt haben, dann muss man sagen: Diese Stadt ist auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Das hat der Senat natürlich nicht alleine geschafft, sondern das wurde – ich habe es schon einmal dargestellt – insbesondere dadurch erreicht, dass wir Verträge mit den Bezirken und der Wohnungswirtschaft geschlossen haben und es uns gelungen ist, dass die Bezirke Flächen bereitstellen und zusammen mit der Wohnungswirtschaft Projekte realisieren und auch die SAGA GWG wieder Wohnungen baut. Das ist eine Maßnahme, die mittel- und langfristig zu einer Mietpreisdämpfung beitragen wird, wenn wir weiter entsprechend viele Woh-

(Dirk Kienscherf)

nungen bauen. Wir sind da auf dem richtigen Weg, wir müssen ihn nur verstetigen, und das wollen wir machen.

(Beifall bei der SPD)

Beim zweiten Punkt gebe ich Ihnen recht, Frau Sudmann, aber das müssen Sie uns nicht erzählen, denn wir Sozialdemokraten sind die Mieterpartei in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Was tun wir, bis der Wohnungsneubau, der über Jahre hin anhalten wird, seine Wirkung entfalten kann? Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, die wir auch ergreifen. Eine Möglichkeit ist die Soziale Erhaltungsverordnung. Dort, wo es besonders schlimm ist, wo Umwandlungen drohen und alteingesessene Mieter vertrieben werden, greifen wir zu diesem Instrument.

Eine weitere Frage ist natürlich, wie wir mit der Entwicklung bei den Bestandsmieten und den Mieten bei Neuvermietungen umgehen. Wir sind deswegen sehr erfreut, dass CDU, CSU und FDP auf Bundesebene einen Weg freigemacht haben – so sieht es zumindest aus. Das Gesetz ist noch nicht beschlossen und auch noch nicht durch den Bundesrat.

(Heike Sudmann DIE LINKE: 1. Februar!)

Es wäre schön gewesen, lieber Kollege Roock, wenn Ihre Kollegen das gemacht, andere Dinge aber gelassen hätten, denn das ist nur die eine Seite der Medaille dessen, was auf Bundesebene passiert. Die andere Seite ist, dass Schwarz-Gelb eine massive Verschlechterung für die Mieterinnen und Mieter herbeiführt und das Thema Modernisierung und Vertreibung von Mieterinnen und Mietern weiterhin auf der Tagesordnung bleibt. Dadurch wird es passieren, dass Mieter nach einer Modernisierung ihre Miete nicht mehr zahlen können. Das ist der falsche Weg, hier muss nachgebessert werden.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl wollen wir das, was wir in Hamburg an Handlungsmöglichkeiten haben, nutzen. Wir wollen, dass die Kappungsgrenze in Hamburg reduziert wird, aber wir wollen das mit der Wohnungswirtschaft beraten. Das gehört sich so, wenn man ein "Bündnis für das Wohnen" hat. Frau Sudmann, Sie und die anderen Kollegen wissen, dass es um eine Verordnung geht und hier der Senat alleine in der Lage wäre, etwas zu tun. Wir wollen aber, dass das Landesparlament über die entsprechenden Ergebnisse informiert wird. Sie können sicher sein, dass wir Sozialdemokraten da eine aktive Rolle spielen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir kuschen vor keinem. Ich finde es gut, Frau Sudmann, dass Sie – aber auch Herrn Roock

muss ich da wirklich einmal beglückwünschen – da sehr eindeutig sind und eine zügige Regelung für Hamburg wollen; wir wollen das auch.

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Dirk Kienscherf SPD: Aber immer doch.

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Kienscherf. Sie haben noch nicht gesagt, ob sich die SPD-Fraktion dafür aussprechen wird, die Kappungsgrenze von 15 Prozent flächendeckend in ganz Hamburg einzuführen.

Dirk Kienscherf SPD (fortfahrend): Danke für die Frage, Frau Sudmann. Ich habe schon in einem Interview erklärt,

(André Trepoll CDU: Das liest doch keiner!)

dass wir uns wünschen, dass möglichst viele Mieterinnen und Mieter in dieser Stadt davon profitieren können. Wir werden dafür sorgen, dass das in möglichst großen Bereichen geschieht. Wenn die Wohnungswirtschaft aber meint, das sei kritisch, dann wird sie die Fakten auf den Tisch legen müssen. Wir werden das zügig beraten und hier in der Bürgerschaft zu einer Entscheidung kommen. Wir als Landesparlament sollten sagen, dass wir eine Kappungsgrenze von 15 Prozent in Hamburg einführen wollen und darüber auch mit der Wohnungswirtschaft beraten wollen. Ich finde, das ist ein fairer Umgang, dazu stehen wir Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD – Heike Sudmann DIE LINKE: Warum überweisen Sie dann nicht?)

– Wir überweisen nicht, Frau Sudmann, weil wir glauben, dass die Behörde jetzt anfangen sollte, zügig zu arbeiten. Wir wollen, dass das Ergebnis der Bürgerschaft vorgelegt wird, und nicht erst über den Antrag beraten. Wir wollen, dass zügig begonnen wird.

(Beifall bei Hansjörg Schmidt SPD)

Eines ist aber deutlich: Die Entwicklung der Bestandsmieten, so schlimm sie auch ist – deswegen müssen wir da auch eingreifen –, ist nicht das drängendste Problem. Es geht, das haben Sie richtig angesprochen, um die dramatischen Mietpreissteigerungen bei Neuvermietungen, die dazu führen, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen von bestimmten Quartieren ausgegrenzt werden. Von daher kann die SPD-Fraktion ihre Senatorin nur loben, die sich auf Bundesebene dafür einsetzt, dass dieses Thema und auch das Thema Maklercourtage beherzt vorangetrieben werden. Das ist ein Thema, das gelöst werden muss. Das ist das

(Dirk Kienscherf)

Thema, das für Hamburg und für einzelne Quartiere am relevantesten ist, und wir alle sollten das Signal ausstrahlen, dass wir unsere Senatorin dabei unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem kann ich sagen: Der Wohnungsbau geht voran, das Thema Mieterschutz haben wir auf der Agenda. Wir glauben, dass wir die Möglichkeiten, die uns vom Bundestag und vielleicht auch vom Bundesrat eingeräumt werden, für die Mieterinnen und Mieter nutzen und vorher den Dialog mit der Wohnungswirtschaft betreiben sollten. Dabei haben wir bestimmte Ansichten und eine bestimmte Haltung. Aber ich glaube, es kommt jetzt für die Mieterinnen und Mieter und für den Wohnungsbau in Hamburg auf einen fairen Dialog an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, Sie haben zumindest bei mir den Eindruck hinterlassen, dass Sie sich ein bisschen um das Problem herumschlingeln. Um dieses Thema vom Grundsatz her aufzuarbeiten: Wir erleben seit geraumer Zeit eine Renaissance der Großstädte. Früher hatten wir das Problem der Abwanderung ins Grüne, heute haben wir die Gegenbewegung. Viele Menschen streben in die Innenstädte. Angebot und Nachfrage driften deshalb massiv auseinander, und das führt zu den exorbitanten Mietsteigerungen. Während die Länder, auch Hamburg, an den Symptomen wie den Maklergebühren oder der Änderung des Paragraphen 5 Wirtschaftsstrafgesetz oder des Wohnraumschutzgesetzes herumdoktern – die erstgenannten Bundesrecht, also Tetje mit de Ut-sichten –, gibt die Bundesregierung den Ländern mit der Mietrechtsnovelle ein wirksames Instrument zur Stabilisierung der Mieten an die Hand.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth* FDP)

Daneben wird den Mietern unter anderem ein verbesserter Kündigungsschutz bei Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen gewährt. Aber auch die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kann zufrieden sein. Ich verstehe Ihren Einwand, Herr Kienscherf, und dass Sie das möglicherweise kritisch sehen, aber ich habe mich mit den Verbänden unterhalten, und die haben durchaus Verständnis für unsere Position. Natürlich sind diese Verbände Interessenverbände, die ihre Positionen vertreten müssen – deswegen üben sie auch entsprechend Kritik –, aber die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft kann zufrieden sein. Mit dem Minderungsabschluss bei energetischen Sanie-

rungen und der beschleunigten Bearbeitung von Räumungsprozessen sind durchaus Akzente gesetzt worden, die investitionsfreundlich sind.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Aber nicht mieterfreundlich!)

Im Gegensatz dazu – ich meine jetzt nicht Sie, Frau Sudmann, sondern die SPD – hat der Kanzlerkandidat nun neben Kanzlerboni und Vortragshonoraren auch das Thema Miete entdeckt, allerdings mit einer Diktion, die dem Wohnungsbau den Garaus machen würde.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth* FDP)

In diesem Papier soll es heißen, dass die Mieten bei Neuvermietungen nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen und Mieterhöhungen bei Bestandsmieten innerhalb von vier Jahren auf 15 Prozent begrenzt werden.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Recht hat er!)

Er sattelt also in diesem Punkt bei der Mietrechtsnovelle noch ein Jahr obendrauf. Das löst sogar bei manchem SPD-Wirtschaftsexperten kräftiges Kopfschütteln aus und das zu Recht, denn das Entscheidende in Sachen Mietpreisdämpfung – das hat Herr Kienscherf auch ausgeführt – ist der Wohnungsneubau. Der ist, zugegeben, in den letzten Jahren massiv zurückgegangen. Das ist aber keine Hamburgensie, das ist bundesweit der Fall.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Der Wohnungsneubau treibt die Mieten in die Höhe!)

Lieber Herr Kienscherf, die Vorstellungen Ihres glücklosen Kanzlerkandidaten werden von der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zu Recht als Mietrechtskeule bezeichnet. Sie wären das Aus für den privaten Wohnungsbau, auf den wir dringend angewiesen sind.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Jan Quast* SPD: Ist aber sehr dünn, der Beifall!)

Wer bitte, lieber Herr Quast, baut und vermietet denn noch Wohnungen, wenn damit keine Einnahmen zu erzielen sind?

(*Jan Quast* SPD: Bei Ihnen wurden nicht mal Wohnungen gebaut, als Gewinne erzielt werden konnten!)

Aus ideologischen Gründen mag Ihnen diese staatliche Wohnraumbewirtschaftung genehm sein, aber Wohnraummangel beseitigen Sie damit nicht, im Gegenteil, Sie fördern ihn und schaden dem Markt.

(Beifall bei der CDU)

Ohne Ihnen Wahlkampfhilfe geben zu wollen – dafür schütze mich der liebe Gott, auch wenn Sie und Ihr Kanzlerkandidat dies zweifellos brauchen

(Hans-Detlef Roock)

könnten –, noch eine Randbemerkung: Glauben Sie wirklich, mit diesem Konglomerat aus Zwang und Subvention auf Zustimmung Ihrer potenziellen Wählerklientel in der Mitte zu treffen? Damit meine ich den Großteil der Bevölkerung, der zu viel verdient, um gefördert zu werden, und zu wenig, um sich Eigentum leisten zu können.

Wir können Sie nur auffordern, sich davon zu distanzieren, und als ersten Schritt eine Rechtsverordnung zur Mietenkappung im Bestand vorzubereiten. Nutzen Sie die Möglichkeiten, für die die Bundesregierung die Grundlage geschaffen hat. Verabschieden Sie sich von der Symbolpolitik einer Änderung des Paragraphen 5 Wirtschaftsstrafgesetz und des Wohnraumschutzgesetzes, das bringt im Ergebnis nichts. Nutzen Sie weiterhin das Angebot der Wohnungswirtschaft, den Wohnungsbau zu forcieren, und hören Sie auf mit den Gängelungen von Vermietern und Investoren, sonst werden Sie die vollmundigen Versprechungen des Bürgermeisters, 6000 Wohnungen pro Jahr fertigzustellen, nicht einhalten können. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Herr Duge hat jetzt das Wort.

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich halte es, gelinde gesagt, für ziemlich überzogen, wenn im Antrag der CDU steht, dass die Regierungskoalition in Berlin substanzielle Änderungen in der Mietrechtsnovelle vorgenommen habe. Eine Absenkung von 20 auf 15 Prozent ist doch wirklich ein Witz. Letztlich muss man doch eingestehen, dass dies nur ein Notnagel ist. Am Gängelband der FDP wird ein Placebo verabreicht, einer FDP, die hier mehr oder weniger alles, was dem Schutz der Mieter dient, abwehrt. Damit legt sie die Lunte an die Mietenpolitik und an den sozialen Frieden der Großstädte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Absenkung von 20 auf 15 Prozent bei Bestandsmieten innerhalb von drei Jahren bedeutet im Durchschnitt eine Absenkung der Mietsteigerung von 1,66 Prozent im Jahr. Das ist wahrlich nicht viel, und die Wohnungswirtschaft schreit, als sei es der Weltuntergang. Die SPD resümiert in ihrem Antrag durchaus richtig – ich zitiere –:

"Die Beschlüsse des Bundestags zur Novellierung des Mietrechts sind nicht geeignet, den Mietanstieg in deutschen Großstädten wirksam zu bremsen."

Wir meinen auch, dass weitergehende Beschlüsse zur Reduzierung von Mieterhöhungen und insbesondere – Herr Kienscherf hat es auch angesprochen – die Deckelung von Neuvertragsmieten dringend erforderlich sind. Ebenfalls muss das Bestellerprinzip umgesetzt werden, das heißt, wer den

Makler bestellt, der zahlt. Das ist ein Antrag, den wir initiiert haben, der hier zum weiteren Mieterschutz beschlossen wurde und in den Bundesrat eingebracht worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Absenkung ist kaum ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie gilt nicht nur grundsätzlich dort, wo der Mittelwert des Mietenspiegels schon erreicht ist, sondern ist darauf begrenzt. Dort nützt sie ohnehin nichts mehr, und das ist bei einem Großteil der Mieten besonders im innerstädtischen Bereich schon längst der Fall.

Nun möchte ich einige Worte zum Antrag der SPD sagen. Das ist eine Vorlage, wenn auch eine kleine, die Sie von der Bundesebene bekommen haben. Aber statt nun den Ball ins Tor zu schießen, fangen Sie vor Schreck an, erst einmal zu überlegen, ob es richtig war, was man gemacht hat, und stellen einen Prüfantrag an die Behörde. Herr Kienscherf, Sie haben immer so darauf gedrungen, dass man ein Datum und einen Termin setzt. Selbst das fehlt in Ihrem Antrag, nicht einmal die Limitierung ist darin zu finden. Es ist ein bisschen symptomatisch und entspricht der Dialektik der SPD, zuerst vorzupreschen und dann, wenn es so weit ist, mit Zögern und Zaudern wieder zurückzufahren frei nach dem Motto: Mir nach, ich folge euch.

Das hier eingeleitete Bündnis für das Wohnen scheint, wenn es um den Schutz der Mieter geht, langsam zu einem Pferdefuß zu werden. Ich wundere mich, Herr Kienscherf, warum Sie nur mit der Wohnungswirtschaft sprechen wollen und nicht auch mit den Mieterverbänden, sobald es um die Umsetzung geht. Davon höre ich kein Wort, und auch in Ihrem Antrag steht dazu nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dr. Andreas Dressel* SPD: Die sind im Bündnis für das Wohnen! Das sind Bündnispartner!)

Sie haben sich auch nicht eindeutig zu einer Trennung in unterschiedliche Wohngebiete geäußert, möglicherweise in solche, wo man 20 Prozent zulässt und solche, wo man 15 Prozent zulässt. Das würde zu einer weiteren Zersplitterung und Spaltung dieser Stadt bei der Mietpreisentwicklung führen und wäre kontraproduktiv. Ich möchte noch auf die Möglichkeiten, die wir nach der Wahl in Niedersachsen jetzt im Bund haben, zu sprechen kommen. Ich hoffe, dass wir und Sie dort vorneweg die Mietsteigerungen bei Neuvermietungen in die Schranken weisen. Wir haben dazu die Möglichkeit über das Wirtschaftsstrafgesetzbuch, und wir haben auch die Möglichkeit, das Bestellerprinzip bei Maklergebühren vorzugeben. Sie haben sozusagen den Ball auf dem Elfmeterpunkt liegen. Nehmen Sie Anlauf und schießen Sie den Ball endlich ins Tor und zögern und zaudern Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesen drei Anträgen kann man relativ einfach etwas sagen. Dem CDU-Antrag werden wir zustimmen, das ist selbstverständlich. Ich finde den SPD-Antrag sehr interessant, denn man hätte doch eigentlich dem CDU-Antrag zustimmen können. Jetzt noch den Senat zu bitten, etwas zu prüfen und mit der Wohnungswirtschaft und wem auch immer noch ein Kaffeekränzchen zu veranstalten, ist nicht sinnvoll und wird auch dem Problem nicht gerecht. Der Antrag der LINKEN, alles gleich stadtstaatenübergreifend zu gestalten, ist sinnlos. Damit wird der Stadtentwicklung ein Bärendienst erwiesen. Das Instrument der Deckelung von Mietpreisänderungen kann man sehr gezielt in Problemvierteln anwenden, aber wenn man das hamburgweit macht, die Hafencity mit Kirchwerder gleichstellt, dann ist das investitionshemmend und nicht investitionsfördernd.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man überall dieselben Regelungen hat, dann wird man die Sanierung von Bestandsimmobilien reduzieren, das ist betriebswirtschaftlich selbstverständlich. Eine der Auswirkungen wird sein, dass die Investitionen in den Neubau reduziert werden. Das ist eine einfache Tatsache, das muss man nicht schönreden. Alles, was in diesem Hause getan werden muss, ist, für mehr Wohnungsbau zu sorgen, vor allem im mittleren und niedrigen Mietpreisniveau in City-Nähe. Das ist das Wichtigste, und das muss in dieser Stadt durchgeführt werden.

(Beifall bei der FDP)

Zum Schluss ein Zitat:

"Wohnungen zu bauen ist die einzig wirksame Maßnahme gegen die angespannte Lage am Wohnungsmarkt."

In diesem Zusammenhang stimme ich der Senatorin Jutta Blankau zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Die hat jetzt auch das Wort. Frau Senatorin Blankau, bitte.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Wenn die FDP schon zustimmt, Frau Senatorin!)

Senatorin Jutta Blankau: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der SPD-Senat hat sich die nachhaltige Verbesserung der Situation auf dem Wohnungsmarkt auf die Fahne geschrieben. Dazu gehört für uns, dass vor allem neuer Wohnraum geschaffen wird und der beste-

hende Wohnraum natürlich geschützt wird. Mit unserem Wohnungsbauprogramm und dem Wohnraumschutzgesetz, das wir in und für Hamburg auf den Weg gebracht haben, tun wir das. Mit unseren Bundesratsinitiativen wollen wir die Mieterinnen und Mieter vor Mietwucher schützen und bei der Maklercourtage entlasten. Herr Rook, die noch nicht in Kraft getretene Rechtsverordnung zum Paragraphen 558 schützt erst einmal ausschließlich die Bestandsmieter. Sie selbst haben hervorgehoben, dass in Hamburg das maßgebliche Problem die Neuvermietungen sind. Sie haben allesamt recht, die Angebotspreise sind das Problem und dagegen hilft maßgeblich der Neubau von Wohnraum.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihung, Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senatorin Jutta Blankau (fortfahrend): Nein, denn ich bin mit meiner Rede gleich am Ende.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Mit Ihrer Rede! – Heiterkeit bei der CDU)

– Mit meiner Rede, genau.

Deswegen finde ich auch den Weg gut, den die SPD-Fraktion vorschlägt, nämlich eine intensive Prüfung unter Einbeziehung des Bündnisses für das Wohnen. Herr Duge, ich dachte, durch die sehr intensiven Diskussionen im Stadtentwicklungsausschuss wüssten Sie, dass die Mietervereine im Bündnis für das Wohnen vertreten sind.

(Beifall bei der SPD)

Insofern sind sie auch bei der Prüfung dabei, um dann in geeigneter Weise von der Rechtsverordnung, wenn sie denn in Kraft tritt, Gebrauch zu machen. Das ist verantwortungsvolle Politik, die den Mieterinnen und Mietern auch wirklich nützt. Aber eine solche Maßnahme kann nicht allein die entscheidende Herausforderung meistern.

(Zuruf von *Hans-Detlef Rook CDU*)

– Herr Rook, wir können das in den nächsten Stadtentwicklungsausschuss-Sitzungen weiter diskutieren.

(*Thilo Kleibauer CDU:* Hier, heute!)

Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Ein Jahrzehnt lang sind in Hamburg zu wenige Wohnungen gebaut worden.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Jahrzehnte!)

Das haben wir geändert. Die mehr als 8 700 Wohnungsbaugenehmigungen im vergangenen Jahr stehen für den Kurswechsel. Saga GWG und unsere anderen Partner im Bündnis für das Wohnen haben in den vergangenen zwei Jahren Enormes

(Senatorin Jutta Blankau)

geleistet, und dieser Erfolg ist das Ergebnis einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Senat und Bürgerschaft – auch von Ihnen –, von Bezirken und Wohnungswirtschaft und stößt überall in der Bundesrepublik auf reges Interesse. Das Wichtigste ist, dass wir alle gemeinsam dafür Sorge tragen, dass der Wohnungsneubau nach wie vor auf einem anhaltend hohen Niveau fortgesetzt wird. Das ist der Schlüssel zur Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte dieses Thema eigentlich abschließen, aber Frau Senatorin Blankau hat mich doch noch einmal herausgefordert.

Ich gebe Ihnen recht, Frau Senatorin, dass das zentrale Ziel der Wohnungsneubau sein muss, damit das mietpreisdämpfend wirkt. Sie haben aber als gravierendes Problem die Neuvermietungen beschrieben. Wenn Sie in die Richtung Ihres Kanzlerkandidaten denken – das habe ich vorhin schon deutlich gemacht –, dann kann ich davor nur warnen, denn damit treten Sie dem Bündnis für das Wohnen direkt vor die Knie. Scheibe.

(Beifall bei der CDU)

Die Investoren werden sich aus Hamburg zurückziehen. Sie werden keine einzige Wohnung mehr bauen, wenn Sie in Richtung Ihres Kanzlerkandidaten gehen. Insofern glaube ich, dass es verkehrt ist, die Preise für Neuvermietungen deckeln zu wollen, sondern wir sollten uns primär dem Ziel widmen, neuen Wohnraum in Hamburg zu erstellen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Frau Sudmann bekommt das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Herr Roock hat mich dazu veranlasst, mich doch noch zu melden.

(*Roland Heintze CDU: Oh Mann!*)

– Genau, oh Mann, oh Frau, das kann ab und zu passieren.

Herr Roock malt ein Bild an die Wand, das wir einfach nicht so stehen lassen können. Sie haben schon in Ihrem ersten Wortbeitrag gesagt, der Wohnungsneubau sei entscheidend für Mietpreisdämpfung. Das ist, gelinde gesagt, Unsinn, denn jede neue Miete fließt in den Mietenspiegel ein, und ich habe Ihnen schon erzählt, dass die Mieten enorm ansteigen. Das heißt, der Mietenspiegel wird weiter explodieren, wenn wir teure Wohnun-

gen bauen, und günstige Wohnungen gibt es leider noch viel zu wenige in Hamburg. Sie haben im Gegensatz zu uns kritisiert, dass sich die SPD auf Bundesratsebene für 20 Prozent Deckelung bei Neuvermietungen einsetzen will.

(*Hans-Detlef Roock CDU: 10!*)

Lieber Herr Kienscherf, im Ausschuss haben Sie unseren Antrag auf 15 Prozent Deckelung, der extra für Sie wirklich schon so etwas von gelinde war, abgelehnt. Ihr wunderbarer Fettnäpfchen-Peer-Steinbrück will mittlerweile sogar eine Deckelung auf 10 Prozent. Ich bin immer fasziniert, was auf Bundesebene passiert,

(*Dirk Kienscherf SPD: Wir sind eine pluralistische Partei!*)

aber er hat doch recht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Ist doch toll, dass Sie jetzt Steinbrück-Fan sind!*)

– Nein, ich bin kein Steinbrück-Fan, ich kritisiere, dass Sie in Hamburg ganz andere Sachen machen, als Sie auf Bundesebene wahrscheinlich unterstützen und was Sie hier niemals umsetzen werden. Das kritisiere ich, Herr Dressel, und ich finde, dass eine SPD, die vorgibt, Mieterinnenpartei in Hamburg zu sein, sagen sollte: Wir setzen uns für 10 Prozent ein, die 20 Prozent waren ein Betriebsunfall, jetzt wollen wir 10 Prozent haben. Im Bundesrat, Frau Blankau, werden Sie wahrscheinlich jetzt die Mehrheit haben, also fangen Sie doch dort an. Hier zu sagen, wir sind gut, reicht nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann können wir zu den Abstimmungen kommen.

Hierzu hat der Abgeordnete Klaus-Peter Hesse mitgeteilt, dass er nicht teilnehmen werde. Wir kommen zunächst zu den Überweisungsbegehren.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/6465 und 20/6470 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer möchte dann einer Überweisung der Drucksache 20/6349 ebenfalls an den Stadtentwicklungsausschuss zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über die Drucksachen jeweils in der Sache ab. Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, das ist Drucksache 20/6465. Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Präsidentin Carola Veit)

Wer möchte dem Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 20/6349, seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen schließlich zum Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 20/6470. Hierzu hat die Fraktion der GRÜNEN eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer stimmt Ziffer 1 des Antrags zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 mehrheitlich beschlossen.

Wer möchte Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch das mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 21, Drucksache 20/6335, Senatsantrag: Errichtung der Hamburgischen Investitions- und Förderbank (IFB).

**[Senatsantrag:
Errichtung der Hamburgischen Investitions-
und Förderbank (IFB)
– Drs 20/6335 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/6621 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Hamburgs Mittelstand braucht keine neue
Staatsbank!
– Drs 20/6621 –]**

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache 20/6335 an den Haushaltsausschuss überweisen. Die FDP-Fraktion möchte sie zusätzlich mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Zur Drucksache 20/6621 liegt ebenfalls ein Antrag der FDP-Fraktion auf Überweisung federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien vor.

Wer wünscht das Wort? – Frau Rugbarth, bitte.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute ist ein ganz besonderer Tag für die SPD.

(Zurufe von Norbert Hackbusch DIE LINKE und Roland Heintze CDU)

– Ich werde es gleich begründen, Herr Hackbusch.

Im Jahr 2003 hat die SPD-Fraktion schon einmal einen Antrag auf eine Investitions- und Förderbank zur Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft gestellt. Das war nicht der einzige Antrag, er wurde 2004 wiederholt, 2009 ein weiteres Mal und 2011

haben wir dann endlich einen Antrag beraten können.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Der ist aber nicht besser geworden!)

– Doch, er ist besser geworden, Herr Kluth.

Selten hat eine Drucksache schon vor ihrem Erscheinen eine so heftige Beratung ausgelöst. Dafür möchte ich allen Beteiligten, allen Fraktionen und allen Kammern meinen herzlichsten Dank aussprechen, denn durch diese kritische Begleitung der vorliegenden Drucksache konnte ein schlüssiges Gesamtkonzept vorgelegt werden, mit der wir die Wirtschafts- und Innovationsförderung in Hamburg weiter verbessern und effizienter organisieren werden.

(Beifall bei der SPD)

Die EU hat die Europäische Investitionsbank, der Bund hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau und 15 Bundesländer haben vergleichbare Förderinstitute. Lediglich Hamburg hat sich bisher selbst der Möglichkeit beraubt, Wirtschaftsförderung bei einem Förderinstitut zu bündeln. Stattdessen ist die Beratungs- und Förderlandschaft zersplittert. Der Rechnungshof führt dazu aus:

"Die Abwicklung der Förderungen, die im Auftrag der BWA durch Projektträger erfolgt, ist durch einen aufwendigen Verfahrensablauf geprägt. Die Vorbereitung des Antrags wird von der jeweils beauftragten Fördereinrichtung vorgenommen, die Erteilung des Förderbescheids erfolgt grundsätzlich durch die BWA, die weitere Abwicklung liegt dann zum Teil wieder bei den Fördereinrichtungen."

Das ist nur einer der vom Rechnungshof kritisierten Punkte. Eine vom Senat in Auftrag gegebene Potenzialanalyse hat eindeutig die Felder identifiziert, bei denen wir Aufholbedarf haben. Es besteht ein höherer Bedarf an Mikrokrediten, also im Bereich bis 25 000 Euro. In Zeiten sinkender finanzieller Spielräume der öffentlichen Haushalte fehlen die darlehensbasierten Förderungen, es gibt keine gekoppelten Zusammenhänge zwischen EU-Förderangeboten oder Bundesangeboten, es fehlt an einem qualifizierten Informations- und Beratungsangebot zur finanziellen Förderung und es fehlt bisher an Kooperation mit Hausbanken, und nicht zuletzt fehlt auch teilweise der Nachweis der Fördereffizienz. Die identifizierten Handlungsfelder der zukünftigen Investitions- und Förderbank sind damit vorgegeben. Förderinstitute nach der sogenannten Verständigung II haben alle eines gemeinsam: Sie profitieren von der Gewährträgerhaftung des Staates und können sich damit am Markt günstiger refinanzieren, und diesen Refinanzierungsanteil können sie an ihre Kunden weitergeben. Genau das ist der springende Punkt, Herr Kluth. Als ich Ihre Pressemitteilung gelesen habe, schien mir,

(Andrea Rugbarth)

dass Sie diesen Vorteil gar nicht verstanden haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

Vor allem Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen werden von der Investitions- und Förderbank profitieren, und für die zentrale Innovationsförderung werden zukünftig mehr Mittel bereitstehen als bisher. Ängste, es könnte zu einem weiteren Bankendesaster kommen, sind unbegründet. Die Investitions- und Förderbank steht nicht im Wettbewerb mit den regionalen Geschäftsbanken, das Geschäftsfeld ist gemäß der Verständigung II sehr klar umrissen und die Förderzwecke werden von der Politik definiert. Spekulationen mit dem eingelegten Geld sind tabu. Ich bin überzeugt, dass die Investitions- und Förderbank den Wirtschaftsstandort Hamburg nachhaltig stärken wird. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Prien.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer die Geschichte dieser Senatsdrucksache und ihren Inhalt kennt, der versteht das Unbehagen und Misstrauen, das viele Bürger und viele Unternehmen gegenüber politischen Entscheidungsprozessen haben. Es wird wider besseres Wissen gegen den erklärten Willen von Unternehmen, von Kammern und Verbänden ein neues städtisches Bankenabenteuer begonnen, wo wir doch wahrlich mit der HSH Nordbank im Augenblick genug zu tun haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

Und warum? Wir haben es eben von Frau Rugbarth gehört. Die SPD wünscht sich das schon seit 2003. Der Bürgermeister hat zudem dieses Großprojekt im Wahlprogramm und in der Regierungserklärung angekündigt. Bei der Umsetzung hat man dann gemerkt, dass es ein bisschen schwierig wird. Das Ganze verzögert sich also. Sie planen inzwischen schon fast zwei Jahre. Die Wirtschaftsbehörde beschäftigt sich mit fast nichts anderem mehr, und die eigentliche Wirtschaftsförderung in unserer Stadt bewegt sich seitdem gar nicht mehr. Innovation ist inzwischen zwar Beiname der Wirtschaftsbehörde, aber mit Inhalten ist bisher gar nichts gefüllt worden.

(Beifall bei der CDU)

Die Institutionen der bestehenden Förderlandschaft, vor allem die Männer und Frauen, die dort Verantwortung tragen, werden verunsichert und beschädigt. Das, meine Damen und Herren, ist genau das Gegenteil von ordentlichem Regieren. Er-

innern wir uns einmal gemeinsam an die Regierungserklärung unseres Ersten Bürgermeisters aus dem März 2001. Der Senat, sagte er damals, würde sich verpflichten, gute Argumente für seine Sache vorzubringen, und er würde auch zuhören, wenn bessere Argumente in der Debatte vorgebracht würden. Davon, Herr Scholz, merken wir in dieser Sache in diesem Parlament leider gar nichts. Warum, Herr Scholz, Herr Tschentscher, Frau Blankau und vor allem Sie, Herr Horch, hören Sie nicht einfach einmal auf die Argumente aller, die von dem Thema etwas verstehen, anstatt deren Argumente zu ignorieren und einfach durchzuregieren? Nun also soll die Drucksache, für die man anderthalb Jahre gebraucht hat, mal eben bis Ende März in den Ausschüssen und in der Bürgerschaft beraten werden, natürlich mit Expertenanhörung. Das machen wir alles in der Zeit, wir kennen das schon von der Hapag-Lloyd-Entscheidung – schnell, schnell und möglicherweise mit fatalen Folgen für unsere Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Begründet wird das Vorhaben mit der Bedeutung für die Wirtschaftsförderung der Stadt – ich zitiere –:

"Die [...] Bestandsanalyse zeigt die Notwendigkeit, die städtischen Maßnahmen in der Wirtschafts- und Innovationsförderung weiter zu verbessern, effizient zu organisieren, das Förderinstrumentarium zu erweitern, [...]."

All diese Fragen sollen dann nicht einmal im Wirtschaftsausschuss beraten werden? Meine Damen und Herren, das ist wirklich ein Treppenwitz.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP* und *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE* – Zuruf von *Andrea Rugbarth SPD*)

– Nein, Frau Rugbarth, jetzt nicht. Sie können gleich noch einmal reden.

Lassen Sie mich zu dem Argument, in den anderen 15 Bundesländern würde man es genauso machen, was Sie eben zum wiederholten Mal vorgebracht haben, etwas sagen. Worum geht es denn eigentlich? Dass wir es genauso machen wie die anderen oder das Richtige für unsere Stadt tun?

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

Lassen Sie mich noch einen kleinen Aspekt hinzufügen. Uli Wachholtz als Präsident des ivh hat beim Neujahrsempfang Anfang dieses Monats gesagt, für die norddeutsche Zusammenarbeit sei 2012 ein verlorenes Jahr gewesen. Leider hat er recht damit, und Sie erwägen im Prozess zur Gründung dieser Bank nicht einmal ernsthaft, ob Sie mit dem Land Schleswig-Holstein gemeinsame Sache machen wollen. Was Sie bringen, ist einfach zu wenig für unsere Stadt.

(Karin Prien)

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, ob das ein Ausdruck von Ignoranz oder Überheblichkeit ist oder einfach nur mangelnder politischer Weitblick. Ich zitiere noch einmal den Bürgermeister, weil er viele gute Zitate in seiner Regierungserklärung hat:

"Vielleicht wird der eine oder andere morgen bemängeln, dass unseren Plänen der Glamour fehle,"

– das kann man manchmal denken –

"dass wir keine großen Überraschungen bieten und keine neuen Leuchttürme bauen. Wer das feststellt, der hat richtig zugehört und falsch gewertet. Denn es geht jetzt nicht darum, neue Projektnebelkerzen zu werfen."

Das haben die Hamburgerinnen und Hamburger nämlich satt, das haben Sie damals ergänzt, und genauso ist es. Wir brauchen keine neuen Projektnebelkerzen in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Halten Sie deshalb ein, Herr Bürgermeister, stoppen Sie dieses Vorhaben, lassen Sie sich an Ihren eigenen Worten messen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Dr. Tjarks das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich an dieser Stelle zuerst einmal beim Senat bedanken. Ich möchte mich dafür bedanken, dass er uns nach zwei Jahren endlich einmal eine Drucksache zu dem heißdiskutierten Thema vorgelegt hat. Ich möchte mich auch dafür bedanken, weil das nämlich die Debatte ungemein erleichtert. Wir saßen bei der Expertenanhörung ohne Drucksache und dachten nach der Hälfte der Expertenanhörung, jetzt bräuchten wir eigentlich eine Drucksache, sonst müssen wir gar nicht weiterreden. Deswegen wäre es gut, wenn wir im Nachgang noch eine Expertenanhörung machen könnten; zum Zeitplan kommen wir gleich. Ich möchte mich aber auch bedanken, weil ich glaube, dass es vielleicht im Gegensatz zu einigen anderen Rednern durchaus auch einige positive Aspekte gibt. Wenn man meint, dass man damit mehr Bundes- und EU-Fördermittel nach Hamburg holt, dann haben wir nichts dagegen, dass mehr Geld in diese Stadt fließt. Wir hätten aber auch nichts dagegen gehabt, wenn ein wenig mehr Schnelligkeit an den Tag gelegt worden wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wir glauben, dass eine Neuordnung der Wirtschaftsförderung sinnvoll ist. Sie ist sogar eine Bedingung für eine weitere positive Begleitung dieses

Projekts unsererseits. Hamburg unterhält, wenn ich richtig informiert bin – Herr Kluth, korrigieren Sie mich –, 43 Wirtschaftsförderungsprogramme. In der Evaluation – es gibt eine, ich kann aber verstehen, wenn Sie sie nicht so nennen wollen, insofern sind wir hier vielleicht auf einem Nenner – befinden sich davon dann nur noch 17. Wenn man so etwas wie einen One-Stop-Shop machen möchte, dann frage ich mich, wo eigentlich die anderen 26 Programme bleiben. Wenn das nicht am Ende zum 26-Stop-Shop werden sollte, dann ist es entweder nicht zu Ende gedacht oder handwerklich schlecht gemacht.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben auf dieser Seite auf jeden Fall eine Menge Nachfragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir finden es im Grundsatz richtig, dass man nicht nur Zuschussfinanzierungen, sondern auch Darlehensfinanzierungen anstrebt. Wenn dann aber ausgeführt wird, das würde sich mittelfristig auch haushaltsentlastend auswirken, dann würden wir uns freuen – ich weiß nicht, welcher der Senatoren gleich redet –, wenn an dieser Stelle einmal gesagt wird, was das eigentlich konkret in Zahlen bedeutet, damit man so etwas auch einmal ein bisschen genauer planen kann.

Nun zur Innovationsstiftung. Die lange Debatte war richtig; wir hatten das im Wirtschaftsausschuss besprochen. Wir finden es gut, dass sich der Senat nicht an sein Ursprungskonzept gehalten hat, sondern seine Ideen zur Innovationsstiftung weiterentwickelt hat. Er will jetzt eine Innovationsagentur aufbauen. Das kann gut sein. Wir werden sehen, ob die Innovationsagentur in dieser neuen Konstruktion wirklich die Schlagkraft entwickelt, die sie bisher hat. Die muss sie behalten, wenn die Innovationsbehörde ihren Namen zu Recht tragen möchte.

Meine Damen und Herren! Wir haben aber auch ein paar Punkte, die wir deutlich kritischer sehen. Zum einen wird in der Drucksache ausgeführt, die IFB werde zur Förderung des Umwelt- und Klimaschutzes gebraucht – dies sei ein Schwerpunkt der Senatspolitik. Das ist schon ein gewisser Euphemismus, wenn man erst die Projekte um die Hälfte kürzt und dann sagt, das sei ein Schwerpunkt der Senatspolitik. Bei diesem SPD-Senat hilft da im Umweltbereich auch keine Investitions- und Förderbank weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir finden es richtig, dass es für die Investitions- und Förderbank ein Gewinnausschüttungsverbot gibt, aber ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Probleme, die wir in diesem Bereich insbesondere bei Banken hatten, vor allen

(Dr. Anjes Tjarks)

Dingen die Verluste waren und nicht die Gewinne, die sie eingefahren haben, und es deswegen zwangsläufig einen Verlustausgleich durch die Stadt gab. Deshalb können wir uns an dieser Stelle nur vorstellen zuzustimmen, wenn es für diesen Ausgleich, den die Stadt im Verlustfall leistet, danach auch ein Verlustausgleichsgebot durch die Investitions- und Förderbank gibt, sodass die Stadt bei dieser Bank nicht immer nur draufzahlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir halten die Vergleiche mit der HSH Nordbank zwar zum Teil für schief, zum Teil aber auch für gerechtfertigt, weil wir momentan das Problem haben, dass wir auf diesen 30 Milliarden Euro Gewährträgerhaftung sitzen, wir aber die Situation haben, dass wir jetzt eine neue Bank gründen oder erweitern, die wir mit Gewährträgerhaftung und Anstaltslast ausstatten, und diese Bank ihr Geschäft in einem Bereich machen soll, in dem mit der Haspa im kleinen mittelständischen Bereich und der HSH Nordbank bei den großen Mittelständlern bereits zwei starke Banken in unserer Stadt vertreten sind. Da stellt sich nun wirklich die Frage, wofür man das Geschäftsfeld der Investitionsbank eigentlich genau braucht.

In dem Bereich ist die Begründung in dieser Drucksache doch sehr dürrig. Da wird wolkig darüber geredet, 2019 könnten durch Basel III irgendwelche Kreditrestriktionen in Kraft treten – es sieht sie zwar noch niemand, auch die Handelskammer nicht –, und ansonsten wird kaltschnäuzig darauf verwiesen, dass es darum gehe, die Marge zu erwirtschaften, um den anderen Teil, nämlich die Förderbank, quersubventionieren. Das kann man machen, aber es ist wichtig, hier aufgrund der Erfahrungen der Stadt eine recht konservative Strategie an den Tag zu legen. Deswegen sagen wir Ja zur Förderbank, aber die Investitionsbank ist zum jetzigen Zeitpunkt für uns noch mit einem großen Fragezeichen versehen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mir ist bei dem Debattenbeitrag von Frau Rugbarth ein Punkt – aber wirklich nur ein Punkt – klar geworden, und dieser lautet, dass die SPD-Fraktion es sich bei der Begründung des Nutzens einer Investitions- und Förderbank nach unserem Eindruck wirklich sehr einfach macht.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Sie sagen nämlich im Grunde, wir müssten darüber gar nicht mehr viel diskutieren, denn die Förderbank komme. Und warum kommt die Förderbank? Aus drei Gründen: erstens weil es im SPD-

Wahlprogramm steht, zweitens weil es in der Regierungserklärung des Bürgermeisters steht und drittens weil es im Arbeitsprogramm des Senats steht. Mit anderen Worten: Das Ergebnis stand eigentlich schon zu Beginn der parlamentarischen Debatte fest, egal, was die Sachverständigen der Expertenanhörung gesagt haben oder was die Diskussion ergeben hat. Wir halten eine solche Vorgehensweise für falsch. Sie schadet der Innovations- und Förderpolitik in Hamburg, und das zeigt unserer Auffassung nach auch die vorliegende Drucksache.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Wer eine neue städtische Institution schaffen will, der ist zunächst in der Pflicht, den Bedarf unter Beweis zu stellen und die möglichen und absehbaren Nachteile und Risiken gegen die möglichen Vorteile abzuwägen. Aber genau diesen Nachweis und diese Abwägung ist der Senat bislang schuldig geblieben, und auch die spät und eilig nachgelieferte Potenzialanalyse ändert unserer Auffassung nach an dieser Beurteilung nichts.

Wie ist die Situation heute? Hamburg hat bereits eine sehr vielfältige und differenzierte Förder- und Beratungslandschaft, die von der Stadt, von den Kammern und auch von vielen privaten Einrichtungen getragen wird. Das ist unserer Auffassung nach auch gut so, weil diese vielfältige Struktur dem vielfältigen und differenzierten Förder- und Beratungsbedarf entspricht, denn in der Praxis ist es in der Tat ein Unterschied, ob sich ein Mensch aus einer Langzeitarbeitslosigkeit heraus mit einem kleinen Dienstleistungsunternehmen selbstständig macht oder ob ein hochinnovatives neues Produkt zur industriellen Marktreife geführt wird und dabei viele Zertifizierungsprozesse durchlaufen muss. Vielfalt ist also gut, eine Zentralisierung von Strukturen muss dies nicht sein.

Was macht der Senat in dieser Situation? Anstatt die vorhandenen Förderinstrumente zu optimieren oder die bestehenden Einrichtungen besser zu verzahnen, wird erst einmal eine neue Einrichtung geschaffen. Das mag zwar sozialdemokratischer Institutionengläubigkeit entsprechen, aber einer Verbesserung der Wirtschafts- und Innovationsförderung dient das nicht, denn wenn Sie sich in der Drucksache die konkreten Förderprogramme der vier Geschäftsbereiche anschauen, dann finden Sie da, was Förderinstrumente und –mittel betrifft, im Grunde sehr wenig Neues. Mit anderen Worten: alter Wein in einem neuen Schlauch.

(Beifall bei der FDP)

Es stellt sich auch die Frage, warum die Wirtschafts- und Innovationsförderung dadurch besser werden soll, dass man dieselben Fördermaßnahmen und Fördermittel einfach bei einer anderen Institution andockt, und dann noch bei der Wohnungsbaukreditanstalt, einer Institution, die mit

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Wirtschafts- und Innovationsförderung bislang nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte und bei der vor allem – das ist wichtig – die Wirtschafts- und Innovationsförderung, gemessen an dem zukünftigen Geschäftsvolumen, nämlich Wohnungsbau und Klimaschutz einerseits, Wirtschafts- und Innovationsförderung andererseits, auch zukünftig nicht das Hauptgeschäft der Investitions- und Förderbank darstellen wird, sondern nur ein Nebengeschäft sein wird. Allein diese Strukturänderung – und mit dieser Strukturänderung an sich ist noch nichts für die Wirtschafts- und Innovationsförderung erreicht – kostet den Steuerzahler bereits 39 Millionen Euro, nachzulesen auf Seite 23 der Drucksache. Das ist Geld, das für direkte Maßnahmen der Mittelstands- und Innovationsförderung besser hätte verwendet werden können.

Das sind nicht die einzigen zusätzlichen Kosten. Wir haben von Anfang an befürchtet, dass die Investitions- und Förderbank das Risiko einer Doppung von Zuständigkeiten und eines weiteren Aufwuchses von Personal mit sich bringen wird. Genau das ist nun eingetreten, nachzulesen auf Seite 5 der Drucksache, linke Spalte. Durch die Schaffung der Investitions- und Förderbank werden zusätzliche Personalressourcen notwendig. Auch das kostet Geld, welches für direkte Maßnahmen der Wirtschafts- und Innovationsforschung besser angelegt wäre.

Wirklich neu an Ihrem Konzept ist einzig und allein, dass Sie bei der Wirtschaftsförderung nun selbst in das Kreditgeschäft einsteigen wollen, mit Anstaltslast und voller Gewährträgerhaftung – Herr Tjarks hat darauf hingewiesen – und das in einer Situation, wo wir noch 26 Milliarden Euro Gewährträgerhaftung aus dem Kreditgeschäft der HSH Nordbank auf der Uhr haben und überhaupt kein Bedarf für einen solchen Einstieg in ein neues staatliches Kreditgeschäft besteht oder ersichtlich ist. Warum? Weil die Kreditversorgung in Hamburg funktioniert – das haben uns jedenfalls alle Experten in der Expertenanhörung gesagt – und weil sich die Kreditzinsen auf einem historischen Tiefstand befinden. Das Hausbankprinzip wollen Sie durchlöchern und stattdessen Risiken für Geschäftsmodelle übernehmen, die von den Hausbanken abgelehnt wurden – ebenfalls nachzulesen in der Drucksache auf Seite 10 –, also Kredite mit besonders hohem Risiko und das mit dem Geld des Steuerzahlers. Offensichtlich haben Sie Ihre Lektion aus der HSH Nordbank nicht gelernt.

(Beifall bei der FDP – *Andrea Rugbarth SPD*: Sie haben nichts verstanden, aber auch gar nichts!)

Wo tatsächlich Handlungsbedarf besteht – ich nenne zwei Stichworte: Konsortialfinanzierung und Mikrofinanzierung –, können wir die vorhandenen Schwächen in der bestehenden Struktur lösen. Eine HSH Nordbank light brauchen wir jedenfalls da-

für nicht. Die FDP-Fraktion lehnt daher den Einstieg in eine neue Staatsbank ab.

(Beifall bei der FDP)

Wir schlagen Ihnen stattdessen mit unserem Änderungsantrag konkrete Maßnahmen der Wirtschaftsförderung vor. Wir unterstützen die Einrichtung einer One-Stop-Shop-Agentur, also einer Institution, die Gründer und Menschen mit Geschäftsideen oder mit Bedarf an einer Nachfolgeregelung an die Hand nimmt und sie bei der richtigen Förder- oder Beratungsstelle abgibt. Diese Agentur – Herr Tjarks, da sind wir relativ leidenschaftslos – kann man meinetwegen gerne auch Landesförderinstitut nennen, damit auch Hamburg dann über eine solche Institution verfügt.

Wir wollen für alle Gesetze eine Mittelstandsklausel einführen, also die Prüfung der Frage, welche Lasten und Kosten mit dem Gesetz oder der Verordnung für mittelständische Unternehmen verbunden sind. Wir wollen eine Debatte und dann auch eine gesetzliche Festlegung der Förderziele und der Fördergrundsätze für die Mittelstandsförderung, und wir fordern eine kontinuierliche Evaluierung und Optimierung der bestehenden Förderprogramme. Was wir dort als Anhang zur vorliegenden Drucksache finden, reicht nicht aus. All das sind konkrete Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, und sie sind allemal besser als die Schaffung einer neuen Institution.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Offensichtlich hält auch die SPD-Mehrheitsfraktion die Bedenken gegen die Investitions- und Förderbank für begründet, denn sonst wäre es nicht verständlich, dass die Beratung über die Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung nicht da geführt werden soll, wo sie hingehört und bislang auch geführt worden ist – Beispiel Expertenanhörung und Senatsanhörung –, nämlich im Wirtschaftsausschuss und nicht im Haushaltsausschuss. Das ist ein für eine parlamentarische Beratung höchst ungewöhnlicher und merkwürdiger Vorgang. Wir beantragen daher, die Drucksache 20/6335 und auch unseren Zusatzantrag an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, und wir fordern die SPD-Fraktion auf, diesem Überweisungsantrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Banken sind in einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft unverzichtbar. DIE LINKE steht für stabile Banken.

(Zuruf von der CDU: Staatliche Banken!)

(Kersten Artus)

– Was dachten Sie denn?

Und wir stehen dafür, dass die Banken den Zweck erfüllen, für den sie geschaffen wurden: Kreditvergabe und Verwaltung von Spareinnahmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Andrea Rugbarth SPD*)

Die Fraktion DIE LINKE hat bereits deutlich gemacht, dass sie der Investitions- und Förderbank positiv gegenübersteht,

(*Olaf Ohlson CDU*: Natürlich!)

denn sie bietet viele Chancen für kleine und mittelständische Unternehmen, für den sozialen Wohnungsbau und das Gesundheitswesen, aber auch für die Bereiche Jugend, Bildung und Sport. An der Kapitalausstattung für die Bank gibt es nichts auszusetzen. Die Bank besteht bereits als Wohnungsbaukreditanstalt, deswegen verstehe ich auch nicht, warum sie hier als neue oder weitere Bank bezeichnet wird. Das Eigenkapital wird überführt, und zusätzliche Positionen aus integrierten Netzwerken bestehen bereits. Weitere Eigenkapitalreserven sind für den Kernhaushalt lediglich ein Aktivtausch und daher nicht liquiditätsbelastend. Die Investitions- und Förderbank kann eine Bereicherung für die Stadt und ihre Bevölkerung werden.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Voraussetzung für eine Akzeptanz der Investitions- und Förderbank ist jedoch, dass sich alle Beteiligten ihrer Verantwortung auch bewusst sind. Insbesondere auf den zu bildenden Verwaltungsrat kommt ein Höchstmaß an Verantwortung zu. Wir wissen es doch alle: Banken und Banker haben einen denkbar schlechten Ruf und das wohl auch zu Recht. Banken gelten als reine Zockerbuden. Vor allem auf Kosten von Kleinsparerinnen und Kleinsparern wurde doch das große Geld gemacht, und auch die ehemaligen Manager der HSH Nordbank haben zu diesem Ruf beigetragen. Die Verschleierungen für misslungene Risikogeschäfte sind nach wie vor ein Skandal, der nachwirkt und auch niemals vergessen werden darf.

(Beifall bei der LINKEN)

Nie wieder dürfen persönliche Gier und Verantwortungslosigkeit von Vorstandsmitgliedern die Freie und Hansestadt Hamburg in Mithaft nehmen; das gilt natürlich auch für alle anderen Bundesländer. Die Kreditvergabe an die Realwirtschaft muss daher zwingend in die öffentliche Hand gelegt werden, sie gehört unter öffentliche Kontrolle.

(*Dietrich Wersich CDU*: Und die Bäckereien auch!)

Dieses erfordert eine umfassende Kontrolle der Geschäftstätigkeit durch die neu ins Leben zu rufenden Gremien wie Verwaltungsrat und Beirat. Zudem ist auch eine regelmäßige Information an die Bürgerschaft unumgänglich.

Was wir schon kritisieren, und ich wundere mich über das Ergebnis, ist, dass die Drucksache nicht an den Wirtschaftsausschuss überwiesen wird. Hier haben die Beratungen in den letzten Monaten stattgefunden, und wir haben uns noch in der letzten Ausschusssitzung dafür ausgesprochen, dass die Beratungen dort auch weiterhin stattfinden. Das kann ich überhaupt nicht verstehen. Gerade weil für diese Bank um Vertrauen geworben werden muss – selbstverständlich auch bei Hausbanken, bei der Bevölkerung und bei der Industrie- und Handelskammer –, wäre es doch sinnvoll, wenn hier die Beratungen fortgeführt würden. Ich möchte wirklich an die SPD-Fraktion appellieren, die Ablehnung noch einmal umzukehren und eben doch an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was uns irritiert hat, war die Pressemitteilung der CDU. Vielleicht wird daraus aber noch einmal deutlich, warum es wichtig sein kann, eine weitere intensive Beratung vorzunehmen und vielleicht zu einer weiteren Expertinnen- und Expertenberatung zu kommen, denn ich kann Ihnen da nicht folgen, Frau Prien. Natürlich kann man gewisse Vergleiche zur HSH Nordbank ziehen, aber die HSH Nordbank macht keine Mittelstandsförderung. Ich weiß nicht, wie Sie in Ihrer Pressemitteilung darauf kommen, das zu erwähnen. Es ist auch keine weitere Bank, sondern die Wohnungsbaukreditanstalt wird erweitert, und von daher ist das doch eine ganz andere Grundlage. Da habe ich mich wirklich extrem gewundert. Wir dürfen nicht vergessen, dass die HSH Nordbank eine Aktiengesellschaft ist und diese Bank unter öffentliche Kontrolle gestellt werden soll. Das ist auch gut so.

Liebe SPD-Fraktion, überweisen Sie das bitte an den Wirtschaftsausschuss, dann sind wir auch damit einverstanden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Nun hat Herr Senator Dr. Tschentscher das Wort.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Gründung einer Hamburgischen Investitions- und Förderbank verfolgen wir drei Ziele:

Erstens sollen die an vielen unterschiedlichen Stellen durchgeführten Maßnahmen der Wirtschaftsförderung in eine Hand zusammengeführt werden. Daraus ergibt sich eine wirtschaftlichere Aufgabewahrnehmung für die Stadt, und die Fördermittel können in höherem Umfang denjenigen zugutekommen, die gefördert werden sollen. Zugleich entsteht ein zentraler und dann bekannter Ansprechpartner für alle Fragen, die sich in der Wirtschaftsförderung ergeben.

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

Zweitens sollen bewährte Organisations- und Arbeitsformen wie zum Beispiel die Innovationsstiftung unter dem Dach des neuen Instituts fortgeführt werden und durch eine Vernetzung mit anderen Förderinstituten und Fördergebieten noch besser zur Geltung kommen.

(Beifall bei der SPD)

Und drittens versprechen wir uns von einem neuen Kompetenzzentrum Wirtschafts- und Innovationsförderung eine bessere Inanspruchnahme von bundes- und europaweiten Förderprogrammen. Mit anderen Worten: Wir wollen mehr Mittel des Bundes und der EU nach Hamburg lenken, damit wir nicht weiter auf dem letzten oder vorletzten Platz liegen. Die gute Entwicklung der Hamburger Wirtschaft ist mindestens so wichtig wie die der anderen Bundesländer.

Sie lesen in der Drucksache, aufgrund welcher Fakten und Problemanalyse wir diese Ziele verfolgen und wie wir sie erreichen wollen. Hamburg ist das einzige Bundesland, das in der Wirtschafts- und Innovationsförderung bisher ausschließlich Zuschüsse und Bürgschaften einsetzt und auf darlehensbezogene Maßnahmen schon deshalb verzichten muss, weil wir hierfür kein geeignetes Förderinstitut haben. Genaugenommen haben wir mit der Wohnungsbaukreditanstalt zwar ein geeignetes Institut, das aber durch die bestehenden Regelungen auf die Wohnraumförderung eingeengt wird. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die WK ihre in den letzten Jahrzehnten ausgesprochen vorzeigbare Wohnraumförderung fortsetzen und im Interesse unserer Wohnungsbauziele noch verstärken. Unter dem Namen Hamburgische Investitions- und Förderbank soll aber die Geschäftstätigkeit um die Bereiche Klimaschutz und Wirtschafts- und Innovationsförderung erweitert werden.

Wir haben Ihnen im Wirtschaftsausschuss, der zu diesem Thema getagt hat, bevor die Entscheidungsvorbereitung des Senats abgeschlossen war, bereits vorab berichtet, worauf wir bei diesem Projekt besonders achten. Herkunft und Verwendung der öffentlichen Mittel sollen in Geschäftsfeldrechnungen für die Bereiche Wohnungsbau, Innovation sowie Wirtschaft und Umwelt getrennt ausgewiesen werden. Die Gremienstruktur der neuen IFB ermöglicht die Mitwirkung externer Fachleute. Die Innovationsstiftung wird in ihrer bisherigen Arbeitsweise als Innovationsagentur unter dem Dach der IFB fortgeführt.

Nun kann man darüber hinaus viele Fragen stellen – die meisten werden übrigens beantwortet, wenn man die Drucksache so sorgfältig liest, wie sie geschrieben wurde –, und man kann auch Befürchtungen zum Ausdruck bringen, zum Beispiel mit dem Hinweis darauf, welche falschen Strategien und Forderungen in früheren Jahren an Landesbanken gerichtet wurden. Da steckt in manch ei-

nem Hinweis, Frau Prien und Herr Kluth, auch ein bisschen Selbstkritik. Aber man sollte eben auch zur Kenntnis nehmen, dass wir keine neue Landesbank gründen, sondern ein bestehendes Förderinstitut mit einem vernünftigen Auftrag ergänzen. Eine Gewinnausschüttung, die aus falschen Beweggründen zu unangemessenen Renditeerwartungen verleiten könnte, wollen wir gesetzlich ausschließen. Die IFB wird daher ebenso wie die bisherige WK keine normale Geschäftsbank sein, sondern ein Institut unter der sogenannten Verständigung II. Das ist ein verbindliches Regelwerk, das die Geschäftstätigkeit auf Förderaufgaben in öffentlichem Interesse beschränkt. Die IFB wird danach nicht in Konkurrenz zu anderen Finanzinstituten treten, sondern nach dem Hausbankenprinzip mit ihnen kooperieren und deren Kreditversorgung dort ergänzen, wo es sinnvoll und erforderlich ist. Das sind vor allem Existenzgründungen, Kleinstkredite, aber zum Beispiel auch Konsortialdarlehen, bei denen Hamburger Unternehmen einen zusätzlichen Partner suchen, um eine wirtschaftlich gute Entwicklung zu nehmen.

Hamburg ist ein starker Wirtschafts- und Finanzplatz,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Sehr schön!)

aber wir dürfen nicht auf einem hohen Ross sitzen und uns darauf verlassen, dass schon von alleine alles gut wird. Eine Hamburgische Investitions- und Förderbank wird uns helfen, neben dem Wohnungsbau auch die Zukunftsthemen Klimaschutz und Innovation so zu unterstützen, wie es die Hamburger Wirtschaft, die Arbeitsplätze, die Umwelt und unsere gesamte Stadt verdienen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Der Abgeordnete Christoph de Vries hat mir mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Wer möchte nun zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/6335 an den Haushaltsausschuss zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren einstimmig angenommen.

Wer möchte darüber hinaus diese Drucksache mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

(*Dietrich Wersich CDU*: Das ist echt ein Skandal, nicht an den Wirtschaftsausschuss!)

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

Nun zum Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/6621.

Wer möchte diese Drucksache federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich über den FDP-Antrag aus Drucksache 20/6621 in der Sache abstimmen.

Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe nun den Punkt 52 auf, das ist die Drucksache 20/6458, Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses: Verlängerung der Wahlperiode.

**[Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses über die Drucksache 20/4316: Verlängerung der Wahlperiode (Antrag der CDU-Fraktion)
– Drs 20/6458 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/6629 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der GRÜNEN vor.

**[Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN:
Verlängerung der Wahlperiode – Anpassung von Fristen
– Drs 20/6629 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Trepoll, Sie haben es.

André Trepoll CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Zitat des Schweizer Theologen Markus M. Ronner beginnen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Hui, den kennen Sie?)

– Hören Sie gut zu, Frau Schneider.

"Der Behauptung, dass Politiker nicht denken können, ist zu widersprechen. Jeder Politiker denkt – an die nächsten Wahlen."

In unserem Fall also an die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft, die bisher alle vier Jahre stattfinden. Aber was steht hinter diesem Zitat? Natürlich die Sorge, dass Politiker eher daran denken, was zu tun ist, um die nächste Wahl zu gewinnen, und vielleicht nicht daran, was wirklich notwendig ist. Vielleicht ist auch etwas Wahres dran, aber Fakt ist, dass bei einer Legislaturperiode von lediglich vier Jahren für Parlament und Regierung oft zu wenig Zeit bleibt, um zukunftsfähige Entscheidungen für Hamburg zu treffen, denn zunächst dauert

es, bis ein Parlament nach erfolgter Konstituierung wirklich arbeitsfähig ist. Und die neu gewählten Abgeordneten benötigen eine gewisse Einarbeitungszeit; Gleiches gilt natürlich auch für die Regierung. Wir haben es eben erlebt: Bei einem zentralen Wahlversprechen der SPD dauert es zwei Jahre, bis es zum ersten Mal im Parlament beraten wird. Erfahrungsgemäß ist das Jahr vor einer Wahl eher durch abgrenzende parteipolitische Profilierung geprägt als für zukunftsweisende Entscheidungen bekannt. Fasst man das zusammen, bleiben nur circa zweieinhalb Jahre echte Arbeitszeit übrig, viel zu wenig Zeit, um den komplexen Problemen dieser Stadt gerecht zu werden.

Hinzu kommt, dass wir als Hamburgische Bürgerschaft ein Feierabendparlament sind. Was unsere Kollegen in den anderen Bundesländern mit wesentlich mehr Arbeitszeit bewältigen können, müssen wir in kürzerer Zeit erledigen, ganz abgesehen von der sitzungsfreien Zeit, die insgesamt ein Vierteljahr ausmacht. Unsere Aufgaben in Hamburg sind kaum kleiner als die Herausforderungen in anderen Bundesländern, und das gilt auch im Vergleich zu den Flächenstaaten, denn in diesen wird bereits nur noch alle fünf Jahre gewählt. Und es wäre Hybris zu glauben, dass wir unsere landespolitischen Aufgaben mit 20 Prozent weniger Zeit genauso erledigen können wie unsere Kollegen in Niedersachsen, Baden-Württemberg oder Berlin. Deshalb benötigen wir auch mehr als zweieinhalb Jahre effektive Arbeitszeit in unserem Parlament.

(Beifall bei der CDU und bei Carl-Edgar Jarchow FDP)

Mittlerweile wurde die Wahlperiode in 14 der 16 deutschen Bundesländer auf fünf Jahre verlängert, ebenso die Wahlperiode für die Wahlen zur Bezirksversammlung in Hamburg, und wir stellen heute den Antrag, diesen Schritt endlich auch für die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft zu vollziehen.

Einen ähnlichen Antrag haben wir bereits als damalige Regierungsfraktion in der vergangenen Legislaturperiode gestellt, und wir machen es diesmal als größte Oppositionsfraktion wieder. Das zeigt, wie überzeugt wir von der Notwendigkeit unseres Vorschlags sind, egal ob wir auf oder vor der Senatsbank sitzen. Wir freuen uns, dass sich nun auch die SPD-Fraktion unserem Antrag anschließt und damit den Argumenten, die für eine Verlängerung der Wahlperiode sprechen, folgt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Kritiker meinen, die Verlängerung der Wahlperiode verringere die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und diene lediglich einer Regierung. Dies sehen wir nicht so, denn die Mitwirkungsmöglichkeiten der Hamburger beschränken sich schon lange nicht mehr nur auf die turnusgemäßen Wahlen. Nirgendwo wird so umfangreich und auch – wir mussten es manchmal selbst schmerzhaft erfah-

(André Trepoll)

ren – so erfolgreich von Volksbegehren und Volksentscheiden Gebrauch gemacht wie in Hamburg. Die Hürden sind bekanntermaßen niedrig, und zusätzlich wird keine politische Entscheidung ohne vorhergehende umfangreiche öffentliche Beteiligung und Diskussion im Parlament beraten und beschlossen. Daran ändert auch eine Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU)

Gerade die Beratung komplexer und zukunftsreicher Themen wird immer schwieriger, denn deren Erarbeitung, die anschließende umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit und die parlamentarischen Beratungen nehmen in der Regel viel Zeit in Anspruch, bevor eine endgültige Verabschiedung im Parlament erfolgen kann. Das Mehr an Zeit hilft also nicht nur der Quantität an Entscheidungen, sondern letztendlich auch deren Qualität, denn nur eine Politik, die auch materielle Erfolge und greifbare Veränderungen für die Menschen mit sich bringt, rechtfertigt das, was wir in diesem Gebäude in unseren Abgeordnetenbüros Tag für Tag wählerfinanziert tun. Letztlich geht es darum, zwei originäre Bürgerinteressen zum Ausgleich zu bringen: das Interesse an regelmäßiger demokratischer Partizipation auf der einen Seite und das Interesse an fundierter inhaltlicher Arbeit der gewählten Vertreter auf der anderen Seite.

(Beifall bei der CDU)

Die Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre für die Hamburgische Bürgerschaft wird schließlich auch zu diesem Interessenausgleich beitragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Duden, Sie haben das Wort.

Barbara Duden SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Trepoll hat schon sehr viel Richtiges dazu gesagt. Richtig ist in der Tat auch, dass die CDU einen zweiten Anlauf macht mit der Verlängerung der Wahlperiode, und wir zeigen jetzt auch sehr eindrücklich, dass wir einem CDU-Antrag, wenn er denn gut gemacht ist, durchaus zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD und bei *André Trepoll*
CDU – André Trepoll CDU: Wir haben da noch so ein paar!)

– Die Sie da noch haben, gucken wir uns jeweils an.

Wir Deutschen gehen immer davon aus, dass Legislaturperioden vier, manchmal auch fünf Jahre dauern. Aber wer sich in Europa umschaute, wird sehen, dass es Legislaturperioden gibt, die von drei bis sieben Jahren reichen. Von daher sind wir

mit den fünf Jahren da ganz gut vertreten. Uns hat in der Sachverständigenanhörung, die wir durchgeführt haben, und in der Beratung im Ausschuss unter anderem auch die Frage umgetrieben, wie wir es eigentlich den Wählerinnen und Wählern in dieser Stadt verkaufen können, dass sie zukünftig bei Europawahlen und Bezirksversammlungswahlen über fünfjährige Legislaturperioden abstimmen und dann die Bürgerschaft nur für vier Jahre wählen. Ich bin nicht so gut im Rechnen, aber irgendwann wird es dann auch eine Situation geben, dass wir drei Wahlen in einem Jahr haben werden. Deshalb sind wir zu der Auffassung gelangt, dass wir sehr wohl zustimmen werden, fünfjährige Legislaturperioden zu beschließen.

Was nun das Argument betrifft, es gäbe in Zukunft weniger Bürgerbeteiligung, so können wir Hamburger mit unserer weitgehenden und weitreichenden Bürgerbeteiligung auch sehr selbstbewusst sagen, dass die Bürger immer die Möglichkeit haben, mitzumachen. Ich weise noch einmal auf einen Rekord hin, auf den wir vermutlich nicht stolz sein können. Wir sind deutscher Meister, was das vorzeitige Auflösen von Parlamenten betrifft.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Das wird diesmal nicht passieren!)

Diese Möglichkeit besteht dann auch noch weiterhin. Von daher stimmen wir dem CDU-Antrag heute in erster Lesung zu und werden, weil es eine Verfassungsänderung ist, in zweiter Lesung am 13. Februar auch zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Steffen, Sie haben das Wort.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch die GRÜNEN Fraktion wird dieser Verfassungsänderung zustimmen. Herr Trepoll und Frau Duden haben schon viele richtige Argumente hervorgebracht. Im Gegensatz zu Herrn Trepoll sage ich jedoch, dass Abgeordnete ab dem ersten Tag die Verantwortung haben, vernünftige Entscheidungen zu treffen, und das auch bis zum letzten Tag. Da sollten Wahlkämpfe nicht zu leichtfertig eine Ausrede sein, nicht mehr vernünftig zu entscheiden.

Aber richtig ist auch, dass viele Gesetzgebungsverfahren geraume Zeit dauern und es deswegen häufig zu Unterbrechungen kommt und zu Unproduktivität in der Politik für die Stadt. Ein wichtiger Einwand, mit dem man sich ernsthaft auseinandersetzen muss, ist in der Tat, ob wir die Bürgerinnen und Bürger entmündigen; die wichtigen Punkte hierzu wurden gesagt. Es gibt die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger zu intervenieren und zu sagen, so wollten sie es nicht, es ginge in die

(Dr. Till Steffen)

falsche Richtung, was die Politik mache. Wir sind in diesem Punkt als Hamburger Politik sehr gut aufgestellt. Das haben SPD, CDU und auch einmal die GRÜNEN vorgemacht. Wenn man nicht mehr weiter weiß, dann gründen wir keinen Arbeitskreis, sondern dann fragen wir die Wählerinnen und Wähler. Insoweit sind die Bürgerinnen und Bürger weiterhin gefragt. Sie werden nicht abgekoppelt, sondern es gibt eine vernünftige Austarierung der Regelungen für unsere Verfasstheit in Hamburg. Deswegen sollten wir auch diese Zustimmung heute mit möglichst großer Mehrheit zustande bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Robert Heinemann und André Trepoll, beide CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Jarchow, Sie haben das Wort.

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch die FDP-Fraktion hat sich ausführlich mit dieser Thematik befasst. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass auch wir als FDP diesem Antrag der CDU unsere Zustimmung geben werden. Die Argumente sind schon ausgiebig genannt worden. Vielleicht lassen Sie mich noch eines hinzufügen.

Gerade vor dem Hintergrund, dass alle anderen Bundesländer bis auf Bremen eine fünfjährige Legislaturperiode haben, sollte man sich unter diesem Aspekt noch einmal mit dem Gedanken befassen, ob es nicht eines Tages schlaue wäre, sämtliche Landtagswahlen an einem Tag abzuhalten und dadurch etwas weniger Wahlkampfzeiten zwischen den Legislaturperioden zu haben. Das wäre vielleicht durchaus zustimmungspflichtig, aus meiner Sicht wäre es jedoch sinnvoll.

Alles andere wurde genannt. Ich möchte mich deswegen an dieser Stelle nicht wiederholen. Die FDP-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Trennung der Bürgerschaftswahl von den Wahlen zur Bezirksversammlung wurde für die Bezirksversammlung eine fünfjährige Legislaturperiode eingeführt, und die ist ab 2014 immer parallel zu den Wahlen zum Europäischen Parlament. Nach intensiver Diskussion im Verfassungsausschuss und unter Hinzuziehung von Experten über das Für und Wider einer Verlängerung der Legislaturperiode für die Hamburgische Bürgerschaft wird das Parlament heute entscheiden. Und ich habe eben mit Verwunderung ver-

nommen, dass entgegen dem Votum im Verfassungsausschuss die FDP einen Lernprozess durchgemacht hat – im Protokoll steht es so – und jetzt auch dafür stimmt.

(Finn-Ole Ritter FDP: Seien Sie doch froh!)

Eine breite öffentliche Debatte zu dieser Frage hat es in Hamburg nicht gegeben, auch keinen Volksentscheid. Es wurde häufig als Argument angeführt, dass eine Legislaturperiode von fünf Jahren die Phase für effiziente Regierungs- und Parlamentsarbeit verlängere und damit unter dem Strich auch die parlamentarische Arbeit insgesamt verbessern würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist eine reine Vermutung, dafür gibt es keinen einzigen statistischen oder empirischen Beleg. Eine fünfjährige Wahlperiode könnte genauso gut zur Folge haben, dass Gesetzentwürfe und strittige Sachthemen eben nicht zügig behandelt werden. Herr Trepoll, Sie haben mich sehr irritiert mit Ihrer Aussage, dass die CDU-Fraktion offenkundig davon ausgeht, wenn sie in eine vierjährige Periode gewählt wird, dass sie nur zweieinhalb Jahr parlamentarisch arbeitet. Das finde ich höchst bedenklich.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch für die These, dass schwierige Reformprojekte eher in Parlamenten verwirklicht würden, die eine längere Legislaturperiode haben, gibt es kein Beispiel aus den Bundesländern, die bereits umgestellt haben. Man hätte doch merken müssen, wenn man von vier auf fünf Jahre umstellt, dass dort irgendetwas besser läuft, aber dafür gibt es keinen Beleg.

Dass sich "Mehr Demokratie" auf einer Mitgliederversammlung deutlich gegen eine Verlängerung ausgesprochen hat, ist nur konsequent. Die längere Entkopplung vom Wählervotum kommt einer Entfernung von den Bürgerinnen und Bürgern gleich.

(Beifall bei der LINKEN)

Seltener zu wählen – und da beißt die Maus keinen Faden ab – bedeutet weniger Mitbestimmung und damit ein Weniger an Demokratie. Diese Verminderung von effektiven politischen Einflussmöglichkeiten der Bürger kann auch nicht durch plebiszitäre Elemente ausgeglichen werden.

Und ganz problematisch wird es, wenn die Einflussmöglichkeiten parallel auch noch eingeschränkt werden, so wie es einige Parteien zurzeit in Hamburg betreiben.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Richtig!)

Die Bürgerschaft nur noch alle fünf statt vier Jahre zu wählen, bedeutet für uns einen substantziellen Demokratieverlust.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN)

Auf der Webseite des Vereins "Mehr Demokratie" gibt es eine ganze Menge Argumente gegen eine längere Legislaturperiode. Eines davon ist, dass die Bürgerinnen und Bürger eine schlechte Regierung länger ertragen müssten, bevor sie sie abwählen können.

(Beifall bei Heike Sudmann DIE LINKE)

DIE LINKE hält die Verlängerung der Wahlperiode daher für eine Maßnahme in dem Sinne: seltener wählen, bequemer regieren.

Auch der Finanzierungsaspekt wird gern von den Befürwortern angeführt. Damit können wir uns als LINKE überhaupt nicht einverstanden erklären. Mit der Einsparung von circa 15 Millionen Euro alle fünf Jahre kann ein Weniger an Demokratie überhaupt nicht gerechtfertigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das geht weder demokratiethoretisch noch realpolitisch. Wenn man nämlich zu Ende denkt, dass die Wahlen Geld kosten, dann könnte man doch gleich sagen, man will eine Periode von sechs, sieben oder acht Jahren machen; das geht gar nicht.

(Dirk Kienscherf SPD: Ist das ein Änderungsvorschlag?)

Sie werden nicht überhört haben, dass wir die einzige Partei und die einzige Fraktion sind, die heute gegen diesen Antrag stimmt. Und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses aus Drucksache 20/6458. Nach Artikel 51 unserer Verfassung sind zum einen für die die Verfassung ändernden Gesetze zwei übereinstimmende Beschlüsse der Bürgerschaft erforderlich, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens 13 Tagen liegen muss. Außerdem müssen beide Beschlüsse bei Anwesenheit von drei Vierteln der gesetzlichen Mitgliederzahl und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten gefasst werden. Das Sitzungspräsidium hat sich davon überzeugt, dass mindestens 91 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Wer möchte nun der Empfehlung des Verfassungs- und Bezirksausschusses folgen und das Vierzehnte Gesetz zur Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg aus Drucksache 20/4316 in der vom Ausschuss geänderten Fassung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Für das Gesetz haben mindestens zwei

Drittel der anwesenden Mitglieder gestimmt. Es ist damit in erster Lesung angenommen worden.

Die zweite Lesung wird für die Sitzung am 13. Februar 2013 vorgesehen.

Nun zu dem Gesetzentwurf aus dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN aus Drucksache 20/6629. Nach Artikel 6 Absatz 4 Satz 2 der Hamburgischen Verfassung bedürfen Gesetzesbeschlüsse hierzu einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

Wer möchte nun diesen Antrag annehmen und das darin aufgeführte Zehnte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen. Für das Gesetz haben mindestens zwei Drittel der anwesenden Mitglieder gestimmt. Es ist somit in erster Lesung beschlossen worden.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die zweite Lesung ebenfalls für die Sitzung am 13. Februar 2013 vorzusehen.

Ich rufe nun den Punkt 50 auf, das ist die Drucksache 20/5955, Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses: Ruhegehälter und Übergangsgelder für Senatorinnen und Senatoren sowie Staatsrätinnen und Staatsräte – Altersgrenze und Anrechnungsvorschriften.

**[Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses zum Thema: Ruhegehälter und Übergangsgelder für Senatorinnen und Senatoren sowie Staatsrätinnen und Staatsräte – Altersgrenze und Anrechnungsvorschriften (Selbstbefassungsangelegenheit)
– Drs 20/5955 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/6640 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und LINKEN sowie als Drucksache 20/6641 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor. Zum Antrag 20/6640 liegt Ihnen zusätzlich als Drucksache 20/6643 ein Antrag der GRÜNEN Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und LINKEN:
Maßvolle Korrekturen bei der Altersversorgung für Senatsmitglieder – Änderung des Senatsgesetzes
– Drs 20/6640 –]**

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Senatsgesetzes: Absenkung der Amtsbezüge und maßvolle Anpassung der Versorgungsregelungen für Senatsmitglieder an die Lebenswirk-**

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)**lichkeit Hamburger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

– Drs 20/6641 –]

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Neuregelung der Ruhegeldansprüche muss auch für den amtierenden Senat gelten**

– Drs 20/6643 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Dressel, bitte.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit können wir es relativ kurz machen, weil wir ziemlich lange über dieses Thema miteinander gesprochen haben. Es war insgesamt eine gute Diskussion zwischen den Fraktionsvorsitzenden, aber auch im Verfassungsausschuss. Wir haben es uns nicht einfach gemacht und haben uns Zeit gelassen. Aber wir sind schon dem gerecht geworden, was an Erwartungen an die Politik besteht in Zeiten, in denen sich die Alterssicherungssysteme an vielen Stellen ändern. Da muss Politik einfordern, dass es auch einen maßvollen Beitrag für die politische Leitungsebene geben muss. Ich denke, insgesamt ist uns ein guter Entwurf gelungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will im Einzelnen nicht mehr auf die Inhalte eingehen. Wir haben die Frage des sogenannten Renteneintrittsalters besprochen und die Anrechnungsbestimmungen.

Ich möchte aber auf das eingehen, was an Kritik geäußert wurde von den GRÜNEN. Eigentlich sind wir im gesamten Verfahren relativ nah beieinander gewesen, denn alles, außer dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen, ist etwas, das zwischen den Fraktionen schon sehr weitgehend vereinbart war. Mein Verständnis von parlamentarischem Gesetzgeber ist auch, dass man immer schauen muss, rechtmäßige Vorlagen zu produzieren. Jedenfalls sollte unser Anspruch sein, wenn wir Gesetze machen, dass sie auch den Anforderungen unserer Verfassung gerecht werden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das wär ja mal schön!)

– Das wäre schön, damit sollten wir immer starten.

Und so weit sind wir an dieser Stelle auch gekommen zu sagen, dass wir bei einem Beitrag der politischen Leitungsebene möglichst zeitnah etwas ändern. Trotzdem muss es verfassungsgemäß sein. Ich freue mich, dass die Verständigung zwischen vier Fraktionen möglich war und wir bei den Anrechnungsbestimmungen, die auch nicht ohne Gewicht sind in diesem Gesetzentwurf, gesagt haben, sie würden ab sofort gelten, das heißt, auch für den in der 20. Legislaturperiode amtierenden Senat.

Aber bei der Frage des Renteneintrittsalters machen es sich die GRÜNEN etwas zu einfach. Es geht nämlich darum, dass wir mit einem Federstrich heute das Renteneintrittsalter für Senatoren von 55 Jahren auf 65 Jahre hochfahren. Ich habe nicht alle Änderungen von Alterssicherungssystemen im gesetzlichen Bereich und im öffentlichen Dienst verfolgt. Aber so viel habe ich mitbekommen, dass eine Anhebung um zehn Jahre in einem Schritt nirgendwo erfolgt ist, sie wäre nämlich grob rechtswidrig. Sie wird den Ansprüchen, die die Verfassung an den Vertrauensschutz stellt, nicht gerecht. Und ich möchte in diesem Parlament – so verstehe ich auch unsere Aufgabe als parlamentarischer Gesetzgeber – keine Gesetze machen, die rechtswidrig sind. Deswegen ist es richtig, dass wir jetzt differenziert vorgehen. Die Anrechnungsbestimmungen gelten ab sofort; das neue Renteneintrittsalter für die zukünftig zu ernennenden Senatoren. Damit ist unser Gesetzentwurf rechtmäßig, und trotzdem setzt er das gewollte politische Signal.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde von unserer Seite aus das politische Begehren der GRÜNEN schwierig zu sagen, man solle das anders machen und darauf setzen, dass keiner klage, und die Betroffenen könnten sich persönlich damit einverstanden erklären, dass es ab jetzt anders läuft. Wir können kein rechtswidriges Gesetz machen und dann darauf setzen, dass sich niemand dagegen wendet. Das finde ich jedenfalls mit den Anforderungen an einen Gesetzgeber nicht so recht zu vereinbaren. Deshalb habe ich zwar das Ansinnen verstanden, aber es einfach so parlamentarisch umzusetzen, ist sehr schwierig.

Trotzdem überwiegt insgesamt der Dank, den ich auch an die anderen Fraktionen für die Beratungen aussprechen will. Der Dank geht durchaus noch einmal an die Links-Fraktion, denn sie sorgte durch ihr stetes Nachbohren bei diesem Thema immer dafür, dass es auch auf der Agenda behalten wurde. Das ist auch richtig. Und ich finde es ausdrücklich gut, dass uns ein relativ breites Votum gelingt.

Was ich in den Beratungen noch gelernt habe, ist, dass dieses Gesetz an vielen Stellen schwierig zu lesen ist. Wer sich diesen Paragraphen 16 anschaut – sei er nun Jurist oder nicht – und die Absätze 3, 4 oder 5, der kommt ganz schön ins Schlingern. Es ist auch nicht gerade gut, dass es an einer Stelle, die durchaus öffentlich sensibel betrachtet wird, Rechtsnormen gibt, die eigentlich kein Schwein versteht. "Schwein" ist natürlich ein unparlamentarischer Begriff, also sage ich besser, die kein Mensch versteht.

(Olaf Ohlsen CDU: Nee, für Sie nicht!)

– Genau, es versteht kein Mensch.

Deshalb wäre es gut, wenn wir jetzt diesen sehr breit getragenen parlamentarischen Beschluss fas-

(Dr. Andreas Dressel)

sen würden. Der Senat beziehungsweise das Personalamt steuern dann nachher die Umsetzung und die Auszahlungen. Dann geht es auch darum, handhabbare Anwendungshinweise zu erarbeiten. Und sollte sich beim Erarbeiten dieser Anwendungshinweise technisch oder redaktionell Widersprüchliches und Problematisches herausstellen, dann muss es möglich sein, auch noch eine technische Korrektur hinterherzuschieben.

Alles, was nachher der Lesbarkeit und damit auch der Transparenz von Senatorenversorgung dient, ist gut. Das verstehen dann die Menschen draußen auch leichter. Aber ein Gesetz, das an der Stelle so unverständlich ist, dass es auch für uns Parlamentarier kaum nachvollziehbar ist, ist nicht immer unbedingt das beste Gesetz. Das haben wir jetzt nicht alles regeln können, aber das kann man noch nachholen. Insofern vielen Dank noch einmal für die Beratungen. Die Arbeit wird uns bei diesem Thema sicher nicht ausgehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Trepoll, Sie haben das Wort.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Besoldung von Politikern und die öffentliche Diskussion darüber ist sicherlich kein großes Gewinnerthema. Aber auch solche Debatten müssen geführt werden, und in diesem Fall musste sie geführt werden, da aus meiner Sicht schlichtweg vergessen wurde, die Senatorenbesoldung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung anzugleichen. Deshalb gilt zunächst der Dank den Kollegen der LINKEN, die dieses Thema, sicherlich nicht aus politischem Eigennutz, in den Fokus gerückt haben. Und der Dank gilt natürlich auch den anderen Fraktionen, die dieses Thema sachlich und fundiert diskutiert haben, ohne in die sonst übliche Neiddebatte zu verfallen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

In Zeiten des Renteneintrittsalters von 67 Jahren und den erfolgten Anpassungen der Ruhestandsgelder für Politiker auch auf Bundesebene und in vielen Bundesländern, ist es auch in Hamburg selbstverständlich an der Zeit, eine maßvolle Anpassung dieser Regelung für Senatsmitglieder vorzunehmen.

Zukünftig haben, ähnlich der Regelung für die Bundesminister, Senatsmitglieder ebenfalls erst nach 67 Jahren statt wie bisher schon mit 55 Jahren einen Anspruch auf ein Ruhegehalt, begrenzt auf einen bereits 2007 nach unten angepassten Versorgungshöchstsatz von 71,75 Prozent. Wer dieses bereits ab 60 Jahren in Anspruch nehmen möchte, muss entsprechende Abschlüsse hinneh-

men. Auch gibt es Anpassungen in der Anrechnung von Übergangsgeldern und Ruhegehalt mit anderen Einkommensarten, beispielsweise unseren Abgeordnetendiäten. Diese Änderungen halten wir für angemessen und gerecht.

Es ist daher auch begrüßenswert, dass dieser Antrag von einer breiten Mehrheit getragen wird. Bedauerlich ist, das will ich ausdrücklich hinzufügen, dass sich gerade die GRÜNEN kurz vor Toreschluss davongemacht haben. Aus PR-Kalkül, das ist meine Überzeugung, haben sie sich vom gemeinsamen Vorgehen verabschiedet. Sie wollen diese Neuregelung auch für bereits aus dem Senat ausgeschiedene Mitglieder, also jetzige, zur Anwendung bringen. Herr Dressel hat es gesagt, der Vertrauensschutz ist einer der wichtigsten Rechtsgrundsätze in unserer Rechtsordnung, sogar verfassungsrechtlich geschützt.

Herr Kerstan, diese Bemerkung kann ich mir nicht ersparen: Was Ihre Kompetenz vor dem Verfassungsgericht angeht, haben wir doch in den letzten Monaten so einiges erlebt. Positiv für Sie ist es nie ausgegangen. Von daher mutet es schon etwas komisch an, dass gerade Sie die anderen vier Fraktionen in dem Bereich belehren wollen. Bei dem Thema, was verfassungsrechtlich möglich ist, sollten Sie lieber kleine Brötchen backen.

(Beifall bei der CDU und der FDP und Beifall und Heiterkeit bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Früher gab es einmal die Befürchtung, dass es zu viele Juristen im Parlament gäbe. Vielleicht hat die grüne Bürgerschaftsfraktion in diesem Punkt noch ein bisschen Nachholbedarf, aber das müssen Sie mit sich ausmachen.

Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die vorhandene Nichtvereinbarkeit von Senatorenamt und Abgeordnetenmandat und dass Senatsmitglieder bekanntermaßen keinen besonderen Kündigungsschutz besitzen, sind die hier vorgelegten Änderungen mehr als gerecht, zeitgemäß und geboten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Kerstan, Sie haben das Wort.

(*Philipp-Sebastian Kühn* SPD: Der Verfassungsspezi!)

Jens Kerstan GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Tat sind Debatten über Gehalt, Ruhegehalt und die Versorgungsansprüche von Politikern immer heikle Debatten, weil in Teilen der Bevölkerung immer der Eindruck entsteht, dass die Politiker selbst darüber entscheiden, was sie bekommen, und da besteht ein großes Misstrauen. Deshalb müssen wir uns alle

(Jens Kerstan)

bei solchen Änderungen immer auch bewusst sein, dort hohen Maßstäben gerecht werden zu müssen.

Insofern war es auch richtig, dass bei der letzten großen Änderung des Senatsgesetzes im Jahr 1998, als unter anderem von der rot-grünen Koalition eingeführt wurde, dass Senatsmitglieder auch selbst einen Beitrag zu ihrer eigenen Versorgung leisten müssen, wie es der größte Teil der Bevölkerung auch tun muss, vereinbart wurde, dass in dem Moment, in dem bei Beamten größere Ruhegehaltsänderungen eintreten, solche Regelungen im Bereich der Politik auch überprüft werden müssen. Genau das tun wir gerade, und ich finde es gut, dass wir in diesem Haus einen Konsens haben, dass eine Ruhegehaltsregelung, die ab dem 55. Lebensjahr Auszahlungen an ehemalige Senatsmitglieder vorsieht, nicht mehr in die Zeit passt. Das muss geändert werden und das begrüßen wir. Wir haben das von Beginn der Debatte an unterstützt, und wir werden das auch jetzt unterstützen.

Was wir allerdings bedauern, ist, dass dieses neue Paket an einem entscheidenden Punkt eine Lücke enthält. Es ist eine Lücke, die den positiven Aspekt, nämlich die Ruhegehaltsregelung im Senat an die Lebenswirklichkeit der Menschen anzupassen, ein ganzes Stück weit entwertet und die Akzeptanz dafür wieder zerstört. In allen Änderungen der letzten Legislaturperiode des Senatsgesetzes war es klar, dass diese Änderungen auch für die amtierenden Senatsmitglieder gegolten haben. Auch in einem Teil der von Ihnen vorgelegten Änderungen wird das für diesen Senat ebenfalls gelten. Vor diesem Hintergrund ist es wirklich unverständlich und auch in höchstem Maße angreifbar, dass für den jetzt amtierenden SPD-Senat eine Sonderregelung geschaffen wird, indem er von dieser neuen Regelung ausgenommen wird.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Das stimmt schon wieder gar nicht! Das ist völlig neben der Spur!)

Dieser Sonderregelung und Privilegierung des jetzt amtierenden SPD-Senats können und werden die GRÜNEN nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Philipp-Sebastian Kühn SPD: Sie haben es nicht verstanden!)

Diese Argumentation nämlich, die wir eben auch von Herrn Dressel gehört haben, halten wir für rechtlich nicht zutreffend, denn Sie gehen dort von falschen Annahmen aus. Natürlich ist die Alimentation unserer Senatoren an das Beamtengesetz angelehnt, aber die Senatsmitglieder sind keine Beamten. Beamte sind auf Lebenszeit ernannt und können nicht entlassen werden. Sie haben deshalb einen bestimmten Vertrauensschutz. Die von Ihnen zitierten Verfassungsgerichtsurteile beziehen sich auf Beamte. Senatsmitglieder haben aber in dem

Bereich keinen Vertrauensschutz. Kein einziges Senatsmitglied kann davon ausgehen, dass es bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleibt und erst in dem Moment einen Ruhegehaltsanspruch erwirbt.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Da haben Sie ja Ihre Erfahrungen mit gemacht!)

Ich sage es ganz deutlich: Wenn wir heute beschließen, dass die Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre für diese Senatsmitglieder gelten soll, dann wird denen kein einziger Anspruch genommen, denn nach zwei Jahren hat kein einziges Senatsmitglied einen Anspruch auf nur einen einzigen Cent Ruhegehalt. Den werden Sie erst in zwei Jahren, am Ende der Legislaturperiode, erwerben. Insofern ist Ihre Argumentation in dem Punkt nicht zutreffend und auch in höchstem Maße angreifbar, und Sie sollten sich das gut überlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt mögen Sie uns unterstellen, dass wir dort populistisch vorgehen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Allerdings!)

Darum würde ich Ihnen empfehlen, sich die Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei von heute einmal genauer anzusehen. Ich zitiere jetzt sinngemäß. Es wird dort gefragt, wo eigentlich der Vertrauensschutz der letzten Jahre gewesen sei in Bezug auf die Beamten, wo sämtliche Änderungen niemals für erst zukünftig eingestellte Beamte gelten, sondern immer auch für die Beamten, die im Dienst sind. Ihre Argumentation aber – Herr Dressel, Sie werden dort auch persönlich genannt – empfindet die Gewerkschaft der Polizei als eine Ungehörigkeit gegenüber allen Beamten, Polizeibeamten und Feuerwehrleuten in dieser Stadt. Sie empfindet diese Argumentation als unerträglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind die Worte der Gewerkschaft der Polizei aus der Sicht von Beamten.

Nun sind wir nicht immer einer Meinung mit den Stellungnahmen der Gewerkschaft der Polizei, aber in diesem Punkt muss man einfach sagen, wo sie recht haben, haben sie recht. Sie sollten wirklich noch einmal in sich gehen, ob Sie sich mit dieser unzulässigen Privilegierung dieses SPD-Senats hinter den Beamten verstecken wollen. Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, das nicht zu tun. Es wird dem Ansehen der Politik in dieser Stadt Schaden zufügen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrem eigenen Antrag sagen Sie zu Recht, dass es maßvolle, vertretbare Änderungen seien, die dort vorgeschlagen werden. Wir halten diese maßvollen Änderungen auch vertretbar für Senatsmitglieder, die jetzt im Amt sind. Ich kann Sie einfach nur auffordern, unserem Zusatzantrag zuzustimmen.

(Jens Kerstan)

men, damit wir ein Paket bekommen, das eine Ruhegehaltsregelung der Lebenswirklichkeit anpasst und nicht durch ein neues Ärgernis und eine neue Angreifbarkeit ersetzt, so, wie es in dem gemeinsamen Antrag der anderen vier Fraktionen vorgesehen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Suding, Sie haben das Wort.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kerstan, ich kann Ihren Groll grundsätzlich verstehen. Auch wir sind nicht immer zufrieden mit der Arbeit des Senats, aber darum geht es an dieser Stelle gar nicht. Der bestehende Senat genießt einfach den Vertrauensschutz, was die Altersgrenze bei den Versorgungsleistungen angeht. Das hat auch nichts mit Sonderregelung oder mit Privilegierung zu tun, das ist einfach verfassungsrechtlich geboten.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte erst einmal allen beteiligten Fraktionen danken, dass wir die Beratungen zu diesem Gesetz in der nötigen Ruhe und Gelassenheit geführt haben; das war sehr gut. Mit der Änderung des Senatsgesetzes passen wir die Regelung der Altersvorsorge für Mitglieder des Senats endlich an die gesellschaftlichen Realitäten an. Und diesem Anspruch wurden die bisherigen Regelungen definitiv nicht gerecht. Dass Menschen, auch ehemalige Senatoren, im Alter von 55 Jahren durchaus in der Lage sind, beruflich noch erfolgreich zu sein, wird wohl niemand in diesem Hause ernsthaft bestreiten. Deswegen war die Anpassung nicht nur notwendig, sondern auch überfällig. Wir werden mit dieser Anpassung hoffentlich auch die gesellschaftliche Akzeptanz steigern können. Was die Menschen teilweise zu Recht empört, sind Sonderregelungen, die sich in der Politik in der Regel von den betroffenen Politikern selbst genehmigt werden.

Ich will an dieser Stelle nicht alles Richtige wiederholen, was Herr Dressel und Herr Trepoll schon gesagt haben. Ich möchte nur noch auf einige wenige Punkte eingehen. Ziel unserer Gesetzesänderung war es, eine faire und vernünftige Regelung für die Altersversorgung zu finden, gleichzeitig aber auch den Steuerzahler nicht über Gebühr zu belasten. Deswegen ist es ein wesentlicher Punkt, dass mit der Neuregelung auch die Anrechnung weiterer Versorgungsansprüche an die öffentliche Hand angegangen wird.

Wir vermeiden künftig Doppelalimentationen, und das ist nicht nur fair, das ist auch vernünftig.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch einen grundsätzlichen Punkt. Mit dem Gesetzentwurf lehnen wir die Altersversorgung von Senatoren maßgeblich an die Beamtenversorgung an. Das mag auf den ersten Blick auch sinnvoll erscheinen, sind die Mitglieder des Senats doch die Spitze, wenn auch die politische Spitze des jeweiligen Beamtenapparats, nämlich ihrer Behörde. Ein Senator ist jedoch genauso wenig Beamter, wie es die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft sind. Und ob es dann noch zeitgemäß ist, die finanziellen Angelegenheiten an das Beamtenrecht anzulehnen, sollten wir alle gemeinsam mittelfristig noch einmal genau unter die Lupe nehmen. Für die FDP-Fraktion ist es grundsätzlich vorstellbar, die Altersversorgung auch von Senatoren an die Regelungen für Selbstständige und Freiberufler anzulehnen.

Meine Damen und Herren! Wir wollen gute und kluge Köpfe in den Parlamenten und wir wollen gute und kluge Köpfe auf der Senatsbank. Damit diese Ämter auch attraktiv sind, braucht es eine angemessene Bezahlung und eine faire Altersvorsorge, und ich glaube, mit diesem aktuellen Gesetzentwurf sind wir da auf einem sehr guten Weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Sommer 2011 hat die Fraktion DIE LINKE die politische Initiative ergriffen, um das Senatsgesetz an die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger anzupassen. Gerade in Zeiten, in denen das Renteneintrittsalter hochgesetzt wird, das Rentenniveau in der Breite sinkt und die Altersarmut so sehr um sich greift, dass viele von ihr betroffen und noch mehr von ihr bedroht sind, konnten wir nicht mehr akzeptieren, dass ehemalige Senatsmitglieder regelhaft mit 55 Jahren Ruhegehälter erhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir freuen uns, dass die Fraktionen von SPD, CDU und FDP diese Regelung nach einem längeren parlamentarischen Prozess gemeinsam mit uns an das gesetzliche Renteneintrittsalter anpassen wollen. Ebenso überfällig war, dass bei ehemaligen Senatsmitgliedern, die wieder Bürgerschaftsabgeordnete werden, das Abgeordneten-einkommen zu 100 Prozent bei der Übergangsregelung gegengerechnet wird.

Staatsrechtler und Politikwissenschaftler kritisieren seit Langem den im bundesweiten Vergleich großzügigen Übergang und die Ruhegehälter der Hamburger Ex-Senatoren. Die Kritik lautete eigentlich immer: zu früh und schon nach sehr kurzer Amts-

(Dora Heyenn)

zeit. Wir teilen die Auffassung, dass die Übergangsregelungen und Ruhestandsgehälter ehemaliger Regierungsmitglieder in Hamburg nicht der Lebenswirklichkeit der Menschen entsprechen. Ehemalige Senatorinnen und Senatoren erhalten ab 55 ein Ruhegehalt von 35 Prozent, vorausgesetzt, dass sie eine vierjährige Amtszeit haben. Auch die Regelungen zum Übergangsgeld sind nicht der Lebenswirklichkeit der Hamburgerinnen und Hamburger angepasst. In allen Bereichen wird angerechnet und gegengerechnet. Ich kann es Ihnen nicht ersparen: Bei einem Hartz-IV-Empfänger wird alles gegengerechnet, sei es eine kleine Erbschaft, das Kindergeld oder eine Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Arbeit. Deswegen müssen wir auch hier etwas tun, damit das der Lebenswirklichkeit – auch der von Hartz-IV-Empfängern – angepasst wird. Die Abgeordnetenbezüge, die beim Übergangsgeld ehemaliger Senatoren nicht angerechnet wurden, waren ein ganz wichtiger Punkt für uns.

Die letzte Änderung des Senatsgesetzes – Herr Kerstan hat es angesprochen – fand 1998 unter Rot-Grün statt. Damals wurde eingeführt, dass Senatorinnen und Senatoren Verantwortung für ihre Altersvorsorge übernehmen und einen monatlichen Beitrag dafür zahlen, soviel ich weiß, irgendetwas unter 1000 Euro. Der Anspruch auf ein Ruhegehalt ab dem 55. Lebensjahr blieb aber bestehen, obwohl das gesetzliche Renteneintrittsalter damals bereits bei 65 Jahren lag. Herr Kerstan, da hätten Sie sich richtig austoben können – das haben Sie aber leider nicht getan –, da hätte man das schon ändern können.

Zu den jetzigen Änderungen. Wir hatten einen parlamentarischen Prozess, der schwierig und kontrovers war. Ich habe mich manchmal geärgert, Sie haben mich manchmal geärgert. Letztendlich war es aber doch sehr konstruktiv und sehr produktiv, und ich bedanke mich an dieser Stelle für die Zusammenarbeit mit den Fraktionen der SPD, der FDP und ...

(Dietrich Wersich CDU: CDU!)

... der CDU, genau.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und bei Dietrich Wersich CDU)

Was steht nun in unserem gemeinsamen Antrag? Wir haben die Heraufsetzung des Ruheeintrittsalters von 55 Jahren auf die Regelaltersgrenze. Wir haben darauf geachtet, dass dort "Regelaltersgrenze" steht, denn wir hoffen, dass wir – wie in vielen anderen Punkten auch – die SPD davon überzeugen können, das Renteneintrittsalter von 67 zurück auf 65 zu setzen. Zaghafte Anstöße haben Sie schon gemacht, wir hoffen also, dass es dazu kommt. Deswegen steht beim Renteneintrittsalter auch nicht 67, sondern Regelaltersgrenze.

Außerdem haben wir in diesem Antrag dafür gesorgt, dass es bei vorzeitiger Inanspruchnahme des Ruhegehalts eine Minderung gibt – das halten wir auch für ganz richtig – und dass bei den Ruhegehältern künftig auch Einkünfte angerechnet werden sollen.

Wichtig ist uns auch, dass von den vier Fraktionen die Idee der Karenzzeit in den Antrag aufgenommen und als gemeinsame zukünftige Aufgabe festgelegt wurde, dass wir uns Gedanken darüber machen, dass es für Senatorinnen und Senatoren eine Karenzzeit geben muss und sie, wenn sie aus ihrem Job ausscheiden, nicht gleich in einen sehr ähnlichen Betrieb gehen, wie einige Bundespolitiker es tun – ich will jetzt gar keine Namen nennen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir als LINKE gern noch drin gehabt hätten, wäre natürlich die Absenkung des Amtsgehalts insgesamt; das ist diese leidige Nummer mit den 123 Prozent von B11. Wir hätten das gern auf 100 Prozent heruntersetzt. Das haben wir nicht geschafft. Wir hätten auch gern erreicht, diesen unverständlichen Paragraphen so zu ändern, dass jüngere Senatoren beim Ruhegehalt nicht mehr benachteiligt werden – wir haben hier eine Altersdiskriminierung einmal andersherum. Und wir hätten gern geregelt, dass das Übergangsgeld festgelegt wird von mindestens einem Monat auf höchstens ein Jahr und dass die Regelsätze, die Ruhegehaltssätze von 35 auf 30 Prozent heruntersetzt werden.

Das haben wir alles nicht geschafft, aber Demokratie heißt auch, Kompromisse zu schließen, und das können wir recht gut.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – Robert Bläsing FDP: Hör, hört! – Finn-Ole Ritter FDP: Mutige Aussage!)

Nun muss ich sagen, dass mich der politisch-parlamentarische Stil der GRÜNEN in dieser Frage doch sehr irritiert hat. Ich glaube, es war Herr Treppoll, der gesagt hat, das war ein PR-Kalkül. Ich könnte auch noch ein ganz anderes Wort dafür finden. Ich kann mich erinnern, dass wir am Anfang dieser Debatte von den GRÜNEN immer gehört haben, die LINKE und insbesondere ich führten eine Neiddebatte, und ich habe immer wieder versucht, deutlich zu machen, dass es uns um eine Gerechtigkeitsdebatte geht. Dass Sie jetzt plötzlich so aus dem Knick kommen, irritiert mich sehr.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Ich will Ihnen genau erzählen, wie das in den vergangenen Monaten gelaufen ist, und fange mit der Expertenanhörung an. An dieser Anhörung waren Sie so sehr interessiert, dass Sie erstens gar kei-

(Dora Heyenn)

nen Experten benannt und sich zweitens an der Debatte überhaupt nicht beteiligt haben. Bei der Auswertung, Herr Kerstan, haben Sie noch nachhaltig darüber nachgedacht, dass es doch eigentlich gar nicht so schlecht sei, wenn Senatoren, die wieder zurück auf die harten Stühle des Parlaments kommen, ihre Diäten on top bekommen. Sie haben dort öffentlich gesagt und auch öffentlich darüber nachgedacht, dass es doch sehr problematisch sei und ob man dann überhaupt noch Leute finden würde, die Senator werden wollen, wenn man die Ruhegehälter herunterbiegt und an die Lebenswirklichkeit der Menschen anpasst, wie wir das immer gefordert haben. Das können Sie alles selbst nachlesen. Und dann auf einmal dieser Wechsel. Das finde ich ausgesprochen irritierend.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Als wir die Senatsbefragung hatten, hat der Abgeordnete Farid Müller – das fand ich auch sehr schlau – zum Thema Vertrauensschutz gesagt, da müssten wir uns alle noch einmal rechtlich schlau machen. Das stimmt, und das haben wir auch getan. Wir haben zum Beispiel in Brandenburg nachgefragt. Brandenburg ist das Bundesland, das aus den gleichen Argumenten heraus sein Senatsgesetz sehr stark geändert hat. Dort habe ich nachgefragt, und mir ist gesagt worden, dass eine Änderung des Renteneintrittsalters um zehn bis zwölf Jahre einfach nicht gehe. Meine eigenen Genossen haben mich natürlich überzeugt, das ist ja klar.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Ole Thorben Buschhüter* und *Dr. Andreas Dressel*, beide SPD)

Ich will gar nicht rechtlich argumentieren, aber es liegt doch allein vom Menschenverstand her auf der Hand, dass es ein Riesen-Unterschied ist, ob jemand von seinem recht guten Gehalt monatlich einen Betrag von 600 Euro für die Altersvorsorge zahlt oder ob jemand seine Rente zwölf Jahre später bekommt. Das können Sie einmal ausrechnen,

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD*: Das versteht Herr Kerstan aber nicht, das ist zu kompliziert!)

da fehlt am Ende eine Null. Das ist der Unterschied. Von daher ist das natürlich ein gewaltiger Eingriff. Und schauen wir uns einmal an, wie das mit der Anhebung der Rente von 65 auf 67 war. Da mussten auch nicht alle abhängig Beschäftigten und alle Beamten sofort bis 67 arbeiten. Ich zum Beispiel, Jahrgang 1949, muss bis zum Alter von 65 Jahren und drei Monaten arbeiten. Das geht dann immer so weiter, da gibt es eine Übergangsregelung. Wir hätten auch gern eine Übergangsregelung gehabt, weil ich es ein bisschen schlicht finde, diese Neuanpassung an das gesetzliche Renteneintrittsalter an einer Legislaturperiode festzumachen. Es wäre natürlich viel schlauer, das am

Alter festzumachen, aber das haben wir auch nicht mehr leisten können.

Bei einem weiteren Punkt muss ich mein großes Bedauern ausdrücken. Ich habe allen Senatorinnen und Senatoren einen langen Brief geschrieben und Sie persönlich gefragt, wie sie denn zu dieser Rentenregelung mit 55 stehen,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das wollen wir doch gar nicht wissen!)

und ich finde, es wäre nett gewesen, eine Antwort zu bekommen. Ich fand es nicht gut, dass ich keine Antwort bekommen habe.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Frau Heyenn, fragen Sie das noch mal, die hören gerade nicht zu, die da vorne sitzen! – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es können jetzt nicht alle über ihre privaten Ruhegelder diskutieren und der Senat auch nicht über die zu erwartenden. Im Moment hat ausschließlich Frau Heyenn das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE (fortfahrend): Diese Regelung bedeutet, dass ab 2015 alle, die neu zu Senatoren und Senatorinnen werden, ihr Ruhegehalt erst mit dem gesetzlichen Ruheeintrittsalter bekommen, also mit 65 oder 67. Das ist der gemeinsame Antrag der vier Fraktionen. Ich möchte noch einmal deutlich sagen, dass das keine Lex SPD ist. Alle Fraktionen haben ihren Anteil daran, und ich finde es nicht in Ordnung, wenn die GRÜNEN das jetzt plötzlich als Lex SPD bezeichnen. Das ist wirklich völlig falsch.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ab und an lese ich tatsächlich die "Bild"-Zeitung – gerade natürlich in den letzten Tagen –, und wenn ich dann lese, dass Sie von den GRÜNEN sogar Namen von Senatorinnen und Senatoren nennen,

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Ich hab da nichts gesagt, das ist nicht von mir!)

die besonderes begünstigt sind, dann will ich Sie daran erinnern, dass Herr Porschke gestern Geburtstag hatte, nun 59 Jahre alt ist und auch schon vier Jahre Ruhegehalt bekommt.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD*: Für GRÜNE gilt das nicht, das sind die besseren Menschen!)

Wenn Sie schon die Begriffe der "Bild"-Zeitung übernehmen, Luxus pension beispielsweise, habe ich das dann richtig verstanden, dass Sie der Auffassung sind, Herr Porschke bekomme ein Luxusruhegehalt? Ich finde, da muss man ein bisschen vorsichtiger sein; so geht es nicht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

(Dora Heyenn)

Wenn wir schon bei den Luxuspensionen in den einzelnen Parlamenten sind: Es gibt ein Bundesland, in dem es leider immer noch Luxuspensionen gibt und überhaupt keine Bewegung, das an die Lebenswirklichkeit der Menschen anzupassen, und dieses Bundesland ist Baden-Württemberg. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Fraktion der GRÜNEN sich einmal mit Baden-Württemberg in Verbindung setzen würde, da soll es nämlich einen grünen Ministerpräsidenten geben.

(Beifall bei der CDU)

Dort ist die Regelung so, dass ehemalige Ministerinnen und Minister ab dem 57. Lebensjahr ihr Ruhegehalt bekommen. Da haben Sie ganz viel zu tun, Herr Kerstan.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Ich bin wie Herr Dressel, Frau Suding und Herr Trepoll der Auffassung, dass auch dieser Senat schon Federn lassen muss. Ich glaube, wir gehen alle davon aus, dass nicht alle Senatoren, die jetzt im Amt sind, auch in der 21. Legislaturperiode wieder im Amt sein werden; das glauben die wohl auch selber nicht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Und diejenigen, die dann wieder hier auf den harten Bänken landen, bekommen dann eben nicht das Abgeordnetengehalt noch extra. Insofern betrifft das auch diesen Senat.

Insgesamt ist dieser gemeinsame Antrag in unseren Augen ein riesiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Deswegen freuen wir uns auch, dass wir das so hinbekommen haben. Ich finde es ein bisschen schade, dass Sie nicht an das Beamtenengesetz heranwollten und die Staatsräte auch gleich in die Lebenswirklichkeit mit einbeziehen wollten. Deshalb gab es von uns noch ein paar Anträge zu den Staatsräten. Wir werden uns Mühe geben, Sie auch in diesem Punkt davon zu überzeugen, dass auch das Beamtenengesetz so geändert werden muss, dass auch die Staatsräte in ihren Ruhe- und Übergangsgelältern der Lebenswirklichkeit der Menschen angepasst werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Zunächst kommen wir zum Antrag der GRÜNEN Fraktion aus der Drucksache 20/6643.

Wer diesen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun kommen wir zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und LINKEN aus der Drucksache 20/6640. Die GRÜNEN Fraktion möchte diesen Antrag zifferweise abstimmen lassen.

Wer Ziffer 1 des darin aufgeführten Siebten Gesetzes zur Änderung des Senatsgesetzes beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wer Ziffer 2 des Änderungsgesetzes annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2 ist einstimmig angenommen.

Wer der Änderung aus Ziffer 3a seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3a ist einstimmig angenommen.

Wer sich Ziffer 3b anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wer Ziffer 3c annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3c ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wer Ziffer 3d zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 3d ist einstimmig angenommen.

Das Gesetz ist damit in erster Lesung beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen nun zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 20/6641.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben und das darin aufgeführte Achte Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Schließlich stelle ich fest, dass die Bürgerschaft vom Bericht des Verfassungs- und Bezirksaus-

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

schusses aus der Drucksache 20/5955 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 87, Drucksache 20/6469, dem Antrag der CDU-Fraktion: Hamburg – Metropole der Chancen weiter als Mediationsstandort stärken.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Hamburg – Metropole der Chancen weiter als
Mediationsstandort stärken
– Drs 20/6469 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen.

Für diesen Punkt gibt es keine Debatte und wir können sofort zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/6469 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag überwiesen.

Wir sind am Ende des ersten Sitzungstages, wir wünschen unserem Geburtstagskind noch einige Stunden zu Hause in netter Umgebung, und wir sehen uns alle morgen wieder.

Ende: 20.17 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Tim Golke, Annegret Krischok, Dorothee Martin und Farid Müller